



Info-Brief

Nr. 27 / 2018

Liebe Mitglieder des
Rheinischen Pfarrvereins,

liebe Leserinnen und Leser
dieses 27. Infobriefs,

einfacher, klarer und unmissverständlicher kann man es nicht sagen: Die Kirche ist ihrem Wesen nach die um eine Kanzel, einen Taufstein und einen Tisch versammelte Gottesdienstgemeinde - sonst kann sie zumindest auf Dauer nicht Kirche sein. Sie ist keine effiziente Serviceeinheit einer fusionierten Großgemeinde, die den Gottesdienst nur als eine Dienstleistung unter vielen anbietet. Die Berliner Kirchenhistorikerin **Dorothea Wendebourg** legte in ihrem Vortrag auf dem Rheinischen Pfarrerinnen- und Pfarrertag 2018 in Bonn diesen Hauptgedanken als Maßstab an eine Kirche, die sich selbst gerne an administrativen und ökonomischen Idealen orientiert.

Das hat auch Folgen für das Verständnis der Ordination, durch die Einzelne zur öffentlichen Verkündigung des Evangeliums in der Predigt und zur theologisch verantworteten Leitung des Gottesdienstes und aller wesentlichen öffentlichen Vollzüge der Gemeinde berufen werden. Sie ist der Erosion ausgesetzt, „zum einen durch die immer größer werdende Zahl von Prädikantenberufungen, zum anderen durch die Einebnung in ein Tableau vielfältiger Dienste.“ Denkbar ist, dass diese kritischen Anmerkungen zur – EKD-weit gesehen uneinheitlichen – Ordinationspraxis

Gemeinschaft der Heiligen - zu Tode verwaltet?

Dorothea Wendebourg

3

Bericht des Vorsitzenden

Friedhelm Maurer

11

Von kleinen Würstchen und Uli Hoeneß

Arnulf Linden

19

Jahresbericht der Pfarrvertretung

Peter Stursberg

21

„Warum seid ihr gegangen?“

Kurt Franchy

33

Warum es reformatorisch weitergehen muss

Siegfried Eckert

50

Buch-Empfehlungen

*Martin Werner, Wer war der Apostel Paulus?
(Paul Gerhard Schoenborn)*

55

*Hans Thomas, Im Irrgarten
(Klaus Baschang)*

58

*Kaj Munk, Fünf politische Predigten
(Christian Hartung)*

61

weitere Diskussionen hervorrufen. Auf jeden Fall wünschenwert wäre es, wenn die laufenden kirchlichen Reformprozesse streng an den von Dorothea Wendebourg herausgearbeiteten Kriterien gemessen würden.

Im letzten Infobrief hat Wolfgang Liebster seine eindrucksvolle Pfarrer-Biographie erzählt. **Kurt Franchy** war ermutigt worden, es ihm gleich zu tun und seine Geschichte aufzuschreiben. Entstanden ist dabei ein bewegender Bericht über das Schicksal der Siebenbürger Sachsen, die ihrer Heimat verloren gegangen, für unsere Landeskirche aber zu einem großen Gewinn geworden sind. Während sie nach und nach in den Jahrzehnten seit dem Krieg in unsere Regionen zugewandert sind, hat die innere Zerrissenheit zwischen „Bleiben oder Gehen?“ Franchy selbst wie viele seiner Landsleute immer wieder umgetrieben. In einem oberbergischen Pfarrhaus aufgewachsen, sind sie mir seit meinen Kindertagen immer wieder begegnet – sympathisch, bescheiden, zuverlässig, fleißig und erkennbar an ihrer wunderbaren Mundart. Oft üben sie kirchliche Berufe aus und viele sind fest verwurzelt in ihrem meist lutherisch gefärbten Glauben und im kirchlichen Leben. Von 1960 bis 1978 war Franchy evangelischer Pfarrer in Wallendorf und Bistritz in Nordrumänien, dann von 1978 bis zum Eintritt in den Ruhestand 1994 in Drabenderhöhe, gewissermaßen dem im Gebiet der Aggersynode gelegenen Zentrum der siebenbürgischen Landsmannschaft.

Vielleicht haben Sie einen Pfarrer oder eine Pfarrerin im Blick, von der oder dem Sie den Eindruck haben: Er oder sie hätte auch eine Menge zu erzählen. Dann machen sie ihm oder ihr den Mut es auch zu tun und die eigene Geschichte aufzuschreiben. Vielleicht gelingt es uns ja, im Infobrief eine kleine Pfarrbiographien-Serie einzurichten. Nach meinem Eindruck haben die Kolleginnen und Kollegen irgendwas immer aus ihrem Leben zu erzählen. Warum sollten sie das nicht auch tun?

Neben diesem Blick in die Vergangenheit steht ein entschlossener Blick in die Zukunft: **Siegfried Eckert** hat keine Lust, nach dem Reformationsjahr 2017 das Jubiläum zu den Akten zu legen. Er will weitermachen – nach Möglichkeit bis 2030! Schließlich stehen die nächsten „500-Jahre-Ereignisse“ an, die Leipziger Disputation, die zentralen Programmschriften von 1520 und der Wormser Reichstag. Eckert schlägt ein „Forum Reformation“ vor: „Bündeln wir die reformatorischen Kräfte, die in jeder Konfession, Religion und Kultur schlummern“ und denken, machen und führen wir die Reformation weiter! Lesen Sie einfach selbst, was er sich vorstellt.

Wie jedes Jahr ist der Infobrief die Gelegenheit zur Veröffentlichung der Jahresberichte

von der Vorsitzenden des Pfarrvereins und der Pfarrvertretung, **Friedhelm Maurer** und **Peter Stursberg**. In ihnen spiegelt sich auch die unterschiedliche Schwerpunktsetzung und Arbeitsweise beider Organisationen wider. In seiner Morgenandacht auf dem Pfarrerinnen- und Pfarrertag hat uns **Arnulf Linden** einen kleinen Einblick in die Arbeit eines Gefängnispfarrers gewährt, der sehr nachdenklich macht.

Gerne weise ich auch auf die Buchempfehlungen hin. Es ist ja Tradition, dass Mitglieder und Freunde des Pfarrvereins auf Bücher aufmerksam machen, die ihnen am Herzen liegen und auf die wir sonst kaum stoßen würden. **Paul Gerhard Schoenborn** stellt das Paulusbuch des Berner Systematikers Martin Werner (1887-1964) vor. Da ist offenbar ein Schatz gehoben worden – über fünfzig Jahre, nachdem es als Serie von Vorträgen im Schweizerischen Reformierten Wochenblatt 1963/64 abgedruckt worden war.

Die beiden Buchempfehlungen, die uns **Klaus Baschang** und **Christian Hartung** zur Verfügung gestellt haben, sind zum Anlass einer Debatte unter uns Vorstandsmitgliedern geworden. Wenn Sie beide nacheinander lesen, werden Sie ahnen, warum. Ohne dass beide voneinander wussten, lassen beide Rezessenten eine völlig entgegengesetzte Sicht der Migrationsdebatte erkennen – bei Baschang ausführlich, bei Hartung zu Beginn seiner Rezension ange deutet. Wir haben uns gefragt, ob wir beide Rezessionen ohne Stellung zu nehmen so nebeneinanderstehen lassen dürfen und damit möglicherweise Verwirrung auslösen. Schließlich haben wir uns entschieden, auf eigene Kommentare zu verzichten, weil wir unseren Leserinnen und Lesen ein gesundes Urteilsvermögen unterstellen und Sie sich ihr Bild machen können. Lesen Sie einfach selbst. Vermutlich bildet die Meinungsspannbreite zwischen beiden Rezessionen ab, was auch die Mitglieder des Pfarrvereins dazu denken.

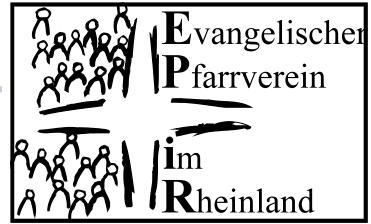
Wenn Sie auf einen Artikel dieses Heftes reagieren und sich zu Wort melden möchten, bitten wir Sie, dies via Email direkt bei den Autoren zu tun. Da unser Heft nur einmal im Jahr erscheint, können wir keine Leserbrief-Diskussionen eröffnen, weil sie dann viel zu spät kämen.

So wünsche ich Ihnen eine interessante und unterhaltsame Lektüre dieses etwas dicker als sonst geratenen Infobriefs Nr. 27,

Ihr

Stephan Sticherling

Stephan Sticherling,
Schriftleiter



Gemeinschaft der Heiligen - zu Tode verwaltet?

Vortrag auf dem 49. Evangelischen Pfarrerinnen- und Pfarrertag am 12. November 2018 in Bonn

Dorothea Wendebourg

„Gemeinschaft der Heiligen“ – dass wir das sind, sagen wir in jedem Gottesdienst, im Glaubensbekenntnis. Das sprechen wir ja als Menschen, die selbst zu der Gemeinschaft gehören, von der dort die Rede ist. So setzen wir uns selber ins Credo, oder genauer, wir finden uns selber im Credo vor. D.h., wir sprechen da von uns – nicht nur von Gott, von Inkarnation, Kreuzestod und Auferstehung des Gottessohnes oder vom Heiligen Geist, sondern auch von uns – als einem Gegenstand des Glaubens. Von uns als der Gemeinschaft der Heiligen, oder, mit den Worten des Konzils von Nizäa, von uns als der heiligen Kirche: Ich glaube eine „heilige ... Kirche“, *credo sanctam ecclesiam*. Das sind – nicht nur, aber auch – wir.

für steht der Heilige Geist, der in den Glaubensbekenntnissen nicht umsonst ausdrücklich auch das Attribut „heilig“ trägt und nicht umsonst unmittelbar zusammen mit der Gemeinschaft der Heiligen oder heiligen Kirche genannt wird. Mit den Worten des bekannten Credoliedes von Rudolf Alexander Schröder gesagt: Wir glauben „den Geist, der *heilig insgemein* lässt Christen Christi Kirche sein.“

Das ist nicht nur hoch gegriffen für Christi Kirche, wie wir sie kennen und wie wir sie sind; es scheint auch weit weg zu sein von den täglichen Realitäten, mit denen wir uns in der Kirche herumschlagen. Diese Seite der Medaille wird noch zur Sprache kommen. Doch in einem klaren Gefälle, als Zweites, nicht als Erstes: Dass die Kirche ist und was die Kirche ist, dass wir die Kirche sind und was wir als Kirche sind, kommt von dieser Heiligkeit her, von der spezifischen, im Heiligen Geist begründeten Zugehörigkeit zu Gott. Alles, was wir in der Kirche reden und tun, was wir in ihr bejahen oder kritisieren, planen, verändern, reformieren, hat hier seinen Sinn und sein Kriterium – jedenfalls, wenn es um die „heilige Kirche“, die „Gemeinschaft der Heiligen“ geht. Worum sollte es auch sonst gehen? Eine Kirche, die das nicht ist, ist reizlos und überflüssig. Sie lohnt

,Gott ist in der Kirche in besonderer Weise gegenwärtig. Dafür steht der Heilige Geist, der in den Glaubensbekenntnissen nicht umsonst ausdrücklich auch das Attribut „heilig“ trägt.“

sich nicht – verlorene Gedanken- und Liebesmüh.

Als Christen und Amtsträger, die die Kirche, uns selbst als „Gemeinschaft der Heiligen“ bekennen, können wir aber gar nicht genug Mühe des Gedankens und der Liebe auf diesen Gegenstand verwenden. Dabei geht es hier und heute um die Mühe des Gedankens alias Theologie. Für sie haben Sie mich engagiert, und ihr möchte ich mich mit Ihnen widmen. Das will ich nicht abstrakt tun, sondern mit Blick auf konkrete Probleme und Herausforderungen, vor denen die Kirche heute steht, die sich in ihr stellen und die sie z.T. auch selbst hervorbringt – s. den zweiten Teil des Titels. Dabei will ich folgende Punkte abschreiten: Gottesdienst, Gemeinde und – den spezifischen Fragen dieses Kreises gemäß am breitesten – ordinationsgebundenes Amt. Zuvor aber müssen noch einige kurze Worte über den thematischen Ausgangspunkt fallen, über die Bedeutung, die die Verwaltung für die Gemeinschaft der Heiligen hat.

1. Die heilige Kirche und die Verwaltung

Wodurch stehen wir, steht die Kirche Gott so nah, dass sie das Gottesprädatik „heilig“, *sanctus* trägt? Antwort – eine evangelische Antwort: weil sie *communio fidelium* ist, weil wir Gemeinschaft der Glaubenden sind. Glaube ist ja nicht irgendeine Ansicht von Gott und heiligen Dingen, die wir distanziert zur Kenntnis nehmen. Sondern Glaube ist ein Berührtsein von Gott im tiefsten Inneren, biblisch im „Herzen“ oder in der „Seele“. Ein Berührtsein, dass sich ereignet als Angesprochenwerden, als Hören einer Mitteilung, die mich meint, eines Wortes,

das mich trifft, bewegt, meine Sicht auf Gott, mich selbst, alle anderen und alles andere bestimmt und die mein Handeln prägt. Das Berührtsein durch das Evangelium von der Liebe Gottes in Jesus Christus, in dem er, Gott selbst, sich zu hören und zu schmecken gibt. Daraus aber ergibt sich, dass die Gemeinschaft der Heiligen kein Geisterreich ist, kein Spiritistenverein. Sie ist wesenhaft angewiesen auf dieses sinnenfällige Widerfahrnis von außen, darauf, dass das berührende Evangelium hörbar und schmeckbar wird, das Wort, durch das der Heilige Geist den Glauben schafft und ernährt und so auch die Gemeinschaft der Glaubenden, *die communio sanctorum* erzeugt und ernährt.

Weil der Glaube darauf angewiesen ist, von außen her geweckt und ernährt zu werden, hat die Gemeinschaft der Heiligen wesenhaft eine institutionelle Dimension. Die Dimension einer Institution, in der regelmäßig und verlässlich im Laufe der Zeit und in der Weite des Raumes das Evangelium verkündigt, hörbar, sichtbar und schmeckbar wird. Einer Institution, die dafür Sorge trägt, dass Menschen zur Verfügung stehen, die das tun. Dass sie instandgesetzt werden, das zu leisten. Und das heißt nach evangelischem Verständnis, dass sie instand gesetzt werden durch den Erwerb und die Weiterentwicklung der für die Verkündigung notwendigen theologischen Kompetenz. Für dies alles bedarf es der kirchlichen Institution, bedarf es der Planung, des Rechts, eines geregelten Finanzwesens, kurz, der Verwaltung. Verwaltung und Gemeinschaft der Heiligen stehen also nicht in einem grundsätzlichen Verhältnis des Gegensatzes zueinander, sondern erstere ist ein nützliches, unter normalen Umständen auch notwendiges Instrument der letzteren. Das muss gegenüber schwärmerischen Vorstellungen und



Glaube ist ja nicht irgendeine Ansicht von Gott und heiligen Dingen, die wir distanziert zur Kenntnis nehmen. Sondern Glaube ist ein Berührtsein von Gott im tiefsten Inneren, biblisch im „Herzen“ oder in der „Seele“.

prinzipieller Verwaltungsschelte betont werden. Aber ein Instrument ist ein Instrument, die Zwecke, denen es zu dienen hat, bestimmt es nicht selbst. Und hier liegt das Problem. Verwaltungen haben immer und überall die Tendenz, ein Eigenleben zu entwickeln; Ziele nach Maßstäben des Funktionierens und der Effizienz zu stecken, die mit dem Zweck wenig zu tun haben, dessen Instrument sie eigentlich sind. Da machen die Kirchenverwaltungen keine Ausnahme. Was hier an Strukturreformen ersonnen, in die Wege geleitet, mehr oder weniger sanft durchgedrückt, mittels Veränderung von Stellenplänen und Finanzzuweisungen verwirklicht wird, ist in hohem Maße an Zielvorstellungen ausgerichtet, von denen nur eines klar ist: Am Leitbild der *ecclesia sancta*, der aus dem Wort des heiligen Gottes lebenden Gemeinschaft der Heiligen sind sie nicht orientiert.

Ort, in dem die Gemeinschaft der Heiligen sich realisiert und regeneriert, wenn ihr das Evangelium – die Orthodoxen sagen „das heilige Evangelium“ – in verlässlicher Regelmäßigkeit hörbar und schmeckbar begegnet und der Heilige Geist es ihren Herzen weckend, vertiefend, bekräftigend aufgehen lässt. Wobei wir alle wissen und die Kirche schon immer gewusst hat, dass solche Geisteswirksamkeit durchaus nicht immer zustande kommt – „der fährt, wohin er will und mag“, heißt es in Schröders schon genanntem Credolied vom Heiligen Geist; er weckt und stärkt den Glauben *ubi et quando visum est Deo*, formuliert es klassisch die *Confessio Augustana*. Auch der andächtigste Gottesdienst, die beste Predigt und die gewinnendste Abendmahlfeier garantieren keine geistliche Wirkung. Aber ohne Verkündigung fehlt die Voraussetzung dafür, dass diese Wirkung überhaupt zustande kommen, dass ein Mensch zum Glied der Gemeinschaft der Heiligen werden kann, und ohne die regelmäßige Regeneration im Gottesdienst fehlt die Voraussetzung dafür, dass er es bleiben kann. Und nicht zuletzt ist der Gottesdienst wechselseitige Stärkung, indem er die geglaubte Gemeinschaft der Heiligen erfahrbar macht, erfahrbar als Gemeinschaft derer, die betend, hörend, singend, essend und trinkend zusammen vor dem heiligen Gott stehen.

2. Gottesdienst

„Von dieser Dimension der Gottesverehrung ist in unseren geschäftigen landeskirchlichen Gottesdiensten oft wenig zu spüren, und darin liegt vielleicht ein wesentlicher Grund für die mangelnde Anziehungskraft.“

Wenn die Kirche die aus dem Evangelium lebende Gemeinschaft der Heiligen ist, dann hat das Konsequenzen für den Gottesdienst. Er lebt davon und dafür, dass er nicht irgendeine Zusammenkunft ist, sondern dass sich hier diese Gemeinschaft vor dem heiligen Gott versammelt. Deshalb ist der Gottesdienst Gottesverehrung, „Andacht“, wie man früher sagte. Das gilt für jeden Gottesdienst, für den am Sonntagmorgen ebenso wie für Kasualien und Sondergottesdienste. Von dieser Dimension der Gottesverehrung ist in unseren geschäftigen landeskirchlichen Gottesdiensten oft wenig zu spüren, und darin liegt vielleicht ein wesentlicher Grund für die mangelnde Anziehungskraft. Als Versammlung vor dem heiligen Gott ist der Gottesdienst zugleich der

Kurz, die Gemeinschaft der Heiligen lebt, wenn sie lebt, in dem und aus dem Gottesdienst, ohne ihn stirbt sie ab. Kirchenreformerische Überlegungen, die nicht von dieser Einsicht ihren Ausgang nehmen, verfehlten ihren Gegenstand. Sie mögen, inspiriert von organisationstheoretischen und effizienzorientierten Konzepten verschiedener Provenienz, allerlei Rezepte verschreiben; nachhaltig ist das alles nicht, wenn es das Energiezentrum

nicht stärkt, den Gottesdienst. Und zwar den regelmäßigen Gottesdienst. Damit will ich nichts gegen Projektgottesdienste, Feiern zu besonderen Gelegenheiten und für besondere Zielgruppen sagen – der gleichen hat es ja auch immer gegeben, nur hieß es anders. Doch diese besonderen Veranstaltungen ersetzen den sonntäglichen Gottesdienst nicht, in dem die Gemeinschaft der Heiligen verlässlich zusammenentreten und betend, hörend, singend, essend und trinkend immer neu als solche verwirklicht werden kann. Ihn zu stärken, sollte oberstes Ziel aller Reformüberlegungen sein. Die Personalpläne gehen vielerorts nicht in diese Richtung. Das gilt für die Reduktion von Gemeindepfarrstellen zugunsten anderer kirchlicher Posten, worauf ich noch zurückkommen werde. Und das gilt für den in fataler Weise kontraproduktiven Abbau von Kirchenmusikerstellen, der seit Jahren in allen Landeskirchen vor sich geht. Jeder Euro, den man hier einspart, nagt an der Lebendigkeit des Gottesdienstes, schränkt die liturgische Teilhabe der Gemeinde ein, verschlingt geistliches Kapital. Und damit im Übrigen am Ende auch finanzielles. Eine echte Milchmädchenrechnung.

3. Gemeinde

Das Gesagte hat Folgen für die Strukturen der Kirche. Wenn sich die Gemeinschaft der Heiligen als Gottesdienstgemeinde konstituiert, realisiert und regeneriert, ist sie in ihrer primären Verwirklichungsform um eine Kanzel, einen Taufstein und einen Tisch versammelte Ortsgemeinde – wobei ich nicht ausschließlich an Parochien denke, sondern auch an regelmäßig am selben Ort zusammentretende Personalgemeinden wie die des

Berliner Doms, Standortgemeinden der Bundeswehr u. ä. m. Mit dem allen soll nicht behauptet werden, die Ortsgemeinden seien nur Gottesdienstgemeinden. Sie sind zweifellos noch mehr als das. Sie sind soziale Knotenpunkte, in denen menschlicher Austausch, wechselseitige Hilfe und gemeinsame Hilfe für andere geschehen, von Kinderbetreuung über Diakonie bis zur Flüchtlingshilfe. Sie sind kulturelle Knotenpunkte, die gemeinsame künstlerische Aktivitäten etwa in Chören und Instrumentalgruppen oder Bildungsangebote ermöglichen. In bestimmten Situationen können sie auch Dächer politischer Initiativen sein, wie es in der Solidarnosc-Zeit in Polen oder im Vorfeld der friedlichen Revolution in der späten DDR der Fall war. Aber das alles sind Früchte, deren Wurzel die gottesdienstliche Gemeinschaft ist, sozusagen die Abwärme, die die hier erzeugte und am Leben erhaltene Glut erzeugt. Solche Abwärme bleibt auch, wenn die Glut erloschen ist, noch eine Weile im Raum, aber eben nur noch eine Weile. Ohne die Rückbindung an die Gottesdienstgemeinde gehen jene sozialen, kulturellen oder politischen Aktivitäten ein, oder sie verselbständigen sich in Organisationen, die gut und gern ohne die Kirche auskommen.

Angesichts dieser im wörtlichen Sinne elementaren Bedeutung der um eine Kanzel, einen Taufstein und einen Tisch versammelten Ortsgemeinde sollte man annehmen, dass Überlegungen zur Kirchenreform *ihrer* Unterstützung und Stärkung höchste Priorität einräumen. Vielfach scheint aber das Gegenteil der Fall zu sein. Wie in einer Kirchenzeitung schon vor 25 Jahren vom Vorsitzenden des hannoverschen Pfarrervereins beklagt wurde und heute noch stärker zu beklagen wäre, ist seit geraumer Zeit „eine groteske Ge-



„Damit will ich nichts gegen Projektgottesdienste, Feiern zu besonderen Gelegenheiten und für besondere Zielgruppen. Doch diese besonderen Veranstaltungen ersetzen den sonntäglichen Gottesdienst nicht.“

„Gewiß gibt es immer wieder Fälle, in denen Gemeinden zusammengelegt werden müssen. Das Bedenkliche ist aber die planvolle Fusionierung, die nicht von der Not diktiert wird, sondern von einem Bild der Kirche, das sich aus administrativen und ökonomischen Idealen speist.“

„ringschätzung der Ortsgemeinde“ zu verzeichnen. Was sich stattdessen immer mehr verbreitet, ist vielmehr der Glaube an die effiziente Serviceeinheit der fusionierten Großgemeinde. Gewiß gibt es immer wieder Fälle, zumal in den östlichen Landeskirchen, in denen, sei es, weil nur noch ein Handvoll Christen am Ort lebt oder weil es weniger Pfarrer gibt als früher, Gemeinden zusammengelegt werden müssen. Das Bedenkliche ist aber die planvolle Fusionierung, die nicht von der Not diktiert wird, sondern von einem Bild der Kirche, das sich aus administrativen und ökonomischen Idealen speist. Niemand wird bestreiten, dass die Kirche mit ihrem Geld verantwortungsvoll umgehen, also auch ökonomisch denken muss, und niemand wird leugnen, dass sie für geordnete Abläufe einer funktionierenden Verwaltung bedarf. Doch beides, Geld wie Verwaltung, sind eben dienende Elemente, und wenn der Dienst, den sie zu leisten haben, sich an dem bemisst, was die Kirche ihrem Wesen nach ist, heißt das, an der Gemeinschaft der Heiligen, die sich in der Fülle um eine Kanzel, einen Taufstein und einen Tisch versammelter Gottesdienstgemeinden konstituiert, realisiert, regeneriert und die *so* auch nach außen ausstrahlt und tätig wird.

Von solchen Gemeinden kann es, wenn die Kirche ein nachhaltiges geistliches Leben führen will, gar nicht genug geben, hier ist zu investieren, was an Pfarrern und Kirchenmusikern – beiderlei Geschlechts – zur Verfügung steht. Stattdessen geht mit der Geringschätzung der Ortsgemeinde eine „dramatische Abwertung des Gemeinde-Pfarramtes“ einher, wie der hannoversche Kritiker weiter schreibt; überall werden Gemeindepfarrstellen gestrichen, die übergemeindlichen Pfarrstellen vermehrt – oft für Belange, die gar keines ordinierten Theologen be-

dürfen –, es werden nichttheologische Stellen und immer neue Verwaltungspossten geschaffen – die neuen Großstrukturen sind kompliziert und bedürfen der Fachleute, die sie durchschauen. Von den Services, die das alles ermöglicht, sind viele durchaus schön. Doch der entscheidende Service, der die Wurzel der Gemeinschaft der Heiligen bildet, der regelmäßige Gottesdienst, wird zu einer Aktivität unter anderen, im Zentrum der Bemühungen stehen er und die dafür notwendigen Voraussetzungen kaum.

Nun könnte man einwenden, dass die Kirche ja nicht in der Ortsgemeinde aufgeht, dass sie die Christenheit allerorten umgreift. Warum sollte man also nicht mit der effizienteren Variante regionaler, gegebenenfalls auch wandernder Gottesdienste auskommen? Zweifellos ist die Kirche, von der das Glaubensbekenntnis spricht und die es nicht nur *ecclesia sancta*, sondern auch *ecclesia catholica*, „allgemeine christliche“ Kirche nennt, mit keiner einzelnen Gemeinde identisch, umgreift sie die Christen aller Orte, ja, aller Zeiten, Lebende und Verstorbene.

Auf Reisen in einer fremden Gemeinde oder nach einem Umzug in einer neuen Gemeinde zum Gottesdienst zu gehen und sich dort geistlich zugehörig zu fühlen, lässt diese ortsübergreifende Realität der Kirche handgreiflich erfahrbar werden. Aber sie wird eben konkret in Raum und Zeit erfahrbar, wo sie sich als Gottesdienstversammlung konstituiert. Das verlangt Verlässlichkeit und Regelmäßigkeit im gemeinsamen Zusammenkommen um eine Kanzel, einen Taufstein und einen Tisch. Sonst wird die Gemeinschaft der Heiligen eine abstrakte Chimäre – oder eben ein Faktor der Administration.



4. Ordinationsgebundenes Amt

Die Gemeinschaft der *Heiligen* ist eine *Gemeinschaft* der Heiligen, weil ihre Mitglieder alle gleichermaßen mit der Zugehörigkeit zu dem heiligen Gott ausgezeichnet sind, die der Heilige Geist bewirkt. Über die im Glauben gegebene vom Geist bewirkte Heiligkeit hinaus gibt es keine engere Nähe zu Gott und keine besonderen geistlichen Fähigkeiten, die einzelne Christen vor anderen auszeichnen und zu priesterlichen Vermittlern zwischen Gott und diesen machen. Mit der priesterlichen Unmittelbarkeit zu Gott ist allen Christen die daraus entstehende priesterliche Verpflichtung gemeinsam, durch Gebet und Bezeugung des Evangeliums andere auf dem Weg in diesen Stand und im Leben in diesem Stand zu unterstützen. So in kurzen Wörtern der Sachverhalt, den die reformatorische Tradition „allgemeines Priestertum“ aller Christen nennt.

Wie wir alle wissen, wird mit der Lehre vom allgemeinen Priestertum nicht das ordinationsgebundene Amt in Frage gestellt, es wird nur in spezifischer Weise begründet, wie es Luthers *Freiheitsschrift* kurz und knapp zusammenfasst: Wir sind zwar alle Priester, aber wir sind nicht alle Pfarrer. Beides unterscheidet sich nicht durch besondere übernatürliche Fähigkeiten, die die einen haben und die anderen nicht, so dass etwa die Einen wirksam konsekrieren können und die anderen nicht; der Unterschied liegt vielmehr in der beruflichen Funktion, die nur letztere haben: Pfarrer und Pfarrerinnen sind jene Priester und Priesterinnen, die die Aufgabe haben, das allen gemeinsame Priestertum in spezifischer Weise zur Geltung bringen: nämlich „öffentlich“ (publice), wie es die *Confessio Augustana* sagt. Ge-

meint ist, anders als nach heutigem Sprachgebrauch, der überindividuelle Raum der Kirche, wie er sich insbesondere in der gottesdienstlichen Gemeinschaft an allen Orten und zu allen Zeiten realisiert. Hierfür werden Einzelne berufen, im Namen aller und allen gegenüber das Evangelium in hörbarer, schmeckbarer und sichtbarer Gestalt mitzuteilen. Voraussetzung ist die besondere Qualifikation für diese Tätigkeit, idealerweise erworben durch ein akademisches Theologiestudium, das die zu Berufenden instand setzt zur eigenständigen Auslegung der Heiligen Schrift und so zur öffentlichen Verkündigung des Evangeliums in der Predigt, aber auch zur theologisch verantworteten Leitung des Gottesdienstes überhaupt und aller anderen für das Leben der Gemeinde wesentlichen öffentlichen Vollzüge.

Das ordinationsgebundene Amt der öffentlichen Verkündigung in mündlicher und sakraler Gestalt ist offensichtlich nicht das einzige Amt in der Kirche. Calvin schrieb auf der Basis der Deuteropaulinen eine Vierzahl fest – Prediger, Doktoren, Presbyter und Diakone –, im Luthertum überließ man die Ausformung weiterer Ämter den konkreten Erfordernissen im Laufe der Geschichte – Diakonat, Kantorenamt und Hebammenamt u.a.m. Gleichwohl kam für beide Traditionen dem ordinationsgebundenen Verkündigungsamt besonderes, ja, einzigartiges Gewicht zu. Das hängt mit seiner spezifischen Aufgabe zusammen: Dieses Amt und nur dieses Amt ist für die öffentlich-kirchliche Weitergabe des Evangeliums zuständig, durch das der Glaube und damit auch die Kirche als Gemeinschaft der Gläubigen begründet und am Leben erhalten wird. Solche im Wortsinn grundlegende Bedeutung kommt keinem anderen Dienst in der Kirche zu, so

„Pfarrer und Pfarrerinnen sind jene Priester und Priesterinnen, die die Aufgabe haben, das allen gemeinsame Priestertum in spezifischer Weise zur Geltung bringen: nämlich öffentlich.“

viele sie auch sonst zur Erfüllung verschiedener Bedürfnisse brauchen mag. Ob man mit der reformierten Tradition sagt, dass sie jedenfalls den Dienst des Presbyter immer brauche, oder mit der lutherischen, dass man im konkreten kirchlichen Leben je nach Situation und historischen Umständen unterschiedliche weitere Dienste brauche – der besonderen, grundlegenden Bedeutung des ordinationsgebundenen Amtes als Amt der Verkündigung tut das eine wie das andere keinen Abbruch.

So war es jedenfalls bis vor wenigen Jahrzehnten selbstverständlich, doch seit einiger Zeit ist das ordinationsgebundene Amt vielfältiger Erosion ausgesetzt.

Die Einrichtung von Prädikantendiensten war gedacht als Hilfe für überlastete Pfarrer, zumal für solche, die eine Vielzahl kleinerer Predigtstätten nicht regelmäßig selber bedienen konnten. Die vorgesehene Tätigkeit war beschränkt auf Predigtgottesdienste, die dort gehaltenen Predigten sollten in enger Absprache mit dem Pfarrer unter dessen theologischer Verantwortung entstehen. Die Zahl der Prädikanten hielt sich in Grenzen. Mittlerweile ist sie rapide gestiegen, Prädikanten und Prädikantinnen halten Gottesdienste auch in den Hauptkirchen der Gemeinden, sie predigen selbständig und leiten auch das Abendmahl. M.a.W., sie versehen wie ordinierte Pfarrer das Amt der öffentlichen Verkündigung, obwohl sie kein Theologiestudium hinter sich haben, das nach begründeter evangelischer Überzeugung bei uns die Voraussetzung der selbständigen öffentlichen Verkündigung und der Sakramentsverwaltung bildete und offiziell immer noch bildet, sondern nur eine eingeschränkte Ausbildung. Zwangsläufig ist die Position des Pfarrers

dadurch unter Druck geraten, in der öffentlichen Wahrnehmung, vielleicht noch mehr in der Selbsteinschätzung der Pfarrerinnen und Pfarrer. Das mit der Bindung selbständiger öffentlicher Verkündigung an das Theologiestudium gegebene Alleinstellungsmerkmal schwindet dahin. Was den Pfarrer auszeichnet, scheint sich mehr und mehr auf die Beamtenstellung und das hoheitliche Recht der Siegelführung zu beschränken. Ihre Landeskirche hier im Rheinland hat aus dieser Situation die Konsequenz gezogen und überträgt das Amt der öffentlichen Verkündigung auch bei Prädikanten durch Ordination. Das ist, wenn schon, denn schon, theologisch folgerichtig. Die übrigen Landeskirchen vollziehen die Übertragung des Amtes an Prädikanten durch eine „Beauftragung“ genannte Berufung, die aber alle wesentlichen Elemente einer Ordination enthält – wie sollte es auch anders sein, da es ja hier wie dort um die Berufung zur öffentlichen Verkündigung geht. Wenn diese Beauftragung gleichwohl nicht Ordination heißt, so soll dadurch das Pfarramt geschützt werden. Doch es ist ein Schutz, der nicht mehr theologisch begründet werden, der vielmehr hier als Besonderheit nicht allein des Amtes, sondern auch der Ordination selbst nur noch das Anrecht auf Beamtenstatus und Siegelführung ausweisen kann. Was bei dem allen – Ordination hin oder her – auf dem Spiel steht, ist nicht einfach das Prestige des Pfarramtes – mit einem solchen Verlust müsste ein Christenmensch fertigwerden. Es ist vielmehr die Bedeutung der theologischen Kompetenz für das Amt der öffentlichen Verkündigung und damit für die von der Verkündigung lebende Gemeinschaft der Heiligen selbst. Mit einer großen und immer mehr steigenden Zahl von Prädikanten geht diese Bedeutung unweigerlich zurück. Um dieses Gut muß gestritten werden.

**„Was bei dem allen –
Ordination hin oder
her – auf dem Spiel
steht, ist die
Bedeutung der
theologischen
Kompetenz für das
Amt der öffentlichen
Verkündigung und
damit für die von der
Verkündigung
lebende
Gemeinschaft der
Heiligen selbst.“**

ten werden. Wenn der Streit verloren geht, geht es an die Substanz der evangelischen Kirche. Wer auf das verlorene Terrain nachrücken wird, ist offensichtlich: der herrscherliche Diener, der Verwaltungsapparat der Kirchenämter; er wird am Ende und zumal bei knapperen Kassen dazu neigen, Stellen nach Gesichtspunkten der administrativen Effizienz und des finanziellen Ertrags zu besetzen, und da erscheinen Prädikanten allemal praktisch.

Der andere Erosionsprozess nimmt nicht von innen, von der Loslösung der ordinationsgebundenen Kernaufgaben vom Pfarramt her seinen Lauf, sondern er vollzieht sich von außen her, als Einebnung des ordinationsgebundenen Amtes selbst in eine Fülle anderer Berufe. So werden immer mehr pädagogische, soziale oder eben auch administrative Stellen geschaffen, die Zahl der Gemeindepfarrstellen wächst nicht oder geht zurück, ihre Inhaber sind nur noch Teil eines Ensembles verschiedener Professionsträger eines multifunktionalen Dienstleisters. Das ist nicht einfach ein quantitatives Problem, auch darin schlägt sich jene „dramatische Abwertung des Gemeindepfarramtes“ nieder, von der schon die Rede war. Und mit der Abwertung des Gemeindepfarramtes geht auch hier die Abwertung der theologischen Kompetenz einher, die für die Kirche nicht schwerer zu wiegen scheint als jede andere Qualifikation, die Abwertung des sonntäglichen Gottesdienstes als Ausgangspunkt und Regenerationsort der

Gemeinschaft der Heiligen und die Abwertung der Gottesdienstgemeinde als des Rahmens, in dem die Gemeinschaft der Heiligen lebt.

Vielleicht gibt es aber eine stille Erosion, die das Pfarramt noch stärker bedroht als alles bisher Gesagte: die innerliche Verabschiedung bei Pfarrern und Pfarrerinnen von den Kernaufgaben des eigenen Amtes. Tag und Nacht beschäftigt, getrieben, für immer größere Bezirke verantwortlich und mit immer neuen Zuständigkeiten überhäuft, können viele das, was sie eigentlich können, gar nicht mehr zur Geltung bringen: das Evangelium theologisch verantwortlich verkündigen und so Gemeinde als realexistierenden Ausschnitt der Gemeinschaft der Heiligen bauen. Bisweilen wird die Überhäufung mit Geschäften gar zur Flucht aus dem Kerngeschäft, das man nicht so betreiben kann, wie es angemessen und nötig wäre. Und schließlich wird das verschüttet, was Motivation und Ansporn war, diesen Beruf zu ergreifen, der persönliche Umgang in Herz und Kopf mit dem Evangelium, das man weitergeben will. Karl Barth, dessen erstes öffentliches Auftreten sich bald zum 100sten Mal jährt, nannte das die „theologische Existenz“. Man muss kein Barthianer sein, um daraus Lehren zu ziehen. Vielmehr gilt es zuerst und vor allem, mit Mut und in der Sache begründetem Selbstbewusstsein dies zurückzuerobern, bevor es in der Kirche wieder besser werden kann: Theologische Existenz – heute.



- Prof. Dr. theol. Dorothea Wendebourg lehrte von 2002 bis 2017 Reformationsgeschichte und Neuere Kirchengeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin.

„Vielleicht gibt es aber eine stille Erosion, die das Pfarramt noch stärker bedroht als alles bisher Gesagte: die innerliche Verabschiedung bei Pfarrern und Pfarrerinnen von den Kernaufgaben des eigenen Amtes.“

Bericht des Vorsitzenden

Jahresbericht des Pfarrvereins auf der Mitgliederversammlung am 12. November in Bonn

Friedhelm Maurer

„Wonach suchst Du?“ – Vor mir liegt eine Postkarte mit einem Buchstabenirrgarten in hellblau, hervorgehoben in weißem Fettdruck mittig das Wort „Orientierung“, bei genauerer Suche entdeckt man in mattweiß die Worte „Konfirmanden“, „Theologiestudium“, „Pfarrerin“, „Glauben“, „Das volle Leben“, „Gott“ und „Lehrerin“ in den waagrechten Buchstabenreihen. In der Vertikalen aber sind keine Buchstabenfolgen zu erkennen, die Worte ergeben – bezeichnenderweise keine in der Vertikalen? Und dann eben unten, auf weißem Grund die Frage „Wonach suchst Du?“

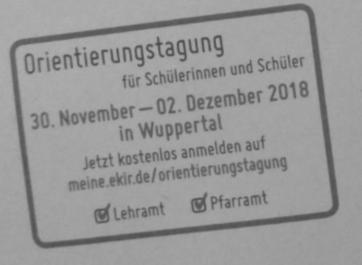
Dreht man die Karte um, findet man den Text: „Mach dich auf die Suche und entdecke einen der spannendsten Berufe der Welt – offen und transparent, lebendig und alltagsnah, faszinierend und bunt. Informiere Dich jetzt!“



Mach dich auf die Suche und entdecke einen der spannendsten Berufe der Welt – offen und transparent, lebendig und alltagsnah, faszinierend und bunt.

Informiere Dich jetzt!

Denn so vielfältig die Anlässe in unserem Leben sind, so facettenreich sind auch die Berufe in Kirche und Schule und die Menschen, die darin arbeiten.



Eingeladen wird zu einer Orientierungstagung für Schülerinnen und Schüler vom 30. November bis zum 2. Dezember 2018 in Wuppertal, Absender ist das Ausbildungsdezernat der Evangelischen Kirche im Rheinland. Geworben wird offensichtlich um Nachwuchs für Pfarramt und Lehramt. „Denn so vielfältig die Anlässe in unserem Leben sind, so facettenreich sind auch die Berufe in Kirche und Schule und die Menschen, die

darin arbeiten“, heißt es weiter. An der Stelle, wo das Postwertzeichen hingehört, findet sich ein facebook-QR-Code und in der Adresszeile die Internetseiten-Angabe „meine.ekir.de“, wo man „Geschichten auf dem Weg ins Pfarramt“ finden kann.

Anfang Oktober fand ich diese Postkarte in meinem Fach im Kreiskirchenamt vor – unter dem wöchentlichen Wust an Papieren, die meist unangefordert in viel zu großen Mengen verteilt werden: Programme, Handzettel, Veranstaltungs-Flyer, Arbeitshilfen, Plakate usw. Obwohl dieses Fach für zwei Kirchengemeinden eingerichtet ist und sonst alles mindestens doppelt kommt, diesmal nur dieses eine Exemplar, mit dem Aufdruck, ganz klein, unten links: „Schonung der Schöpfung: klimaneutral auf 100 Prozent Recyclingpapier gedruckt“, was mein Herz erfreut, bin ich doch auch Umweltbeauftragter im Kirchenkreis. Ich überlege, wem ich dieses kostbare Exemplar in die Hand drücken kann.

Die Zahl der Theologiestudierenden in der Evangelischen Kirche in Deutschland sinkt weiter, von insgesamt 2.410 in 2016/2017 ging sie auf 2.320 in 2017/18 zurück, die Zahl der Neueintragungen in die landeskirchlichen Listen fiel von 403

auf 373 (Quelle: Statistik der EKD vom Juni 2018).

Nach Auskunft des Infobriefes des Rheinischen Konventes vom Juli 2018 haben sich in unserer rheinischen Landeskirche zum I. Theologischen Examen im Herbst 2017 und Frühjahr 2018 gerade mal zehn Personen gemeldet. Alle haben bestanden. Zum II. Examen traten 8 Männer und 9 Frauen an, auch sie bestanden alle. Ebenso bestanden alle 20 Personen, die sich auf Probedienststellen beworben haben. Auf einmal bestehen sie alle - ein Grund mehr, Theologie zu studieren! Aber woran liegt es, dass „einer der spannendsten Berufe der Welt“ doch wohl immer weniger Interesse bei jungen Menschen findet?

Um diese Frage zu beantworten, muss man auf die letzten Jahre und Jahrzehnte zurückschauen, auch wenn das manch einem und manch einer unangenehm sein wird und man schnell sagt, nun müsse man doch nach vorne schauen ... Aber um zu verstehen und Fehler nicht zu wiederholen, müssen wir zurückschauen: auf das jahrelange Bashing gegenüber Pfarrerinnen und Pfarrern, auf alle die synodalen Prozesse und Entscheidungen, die den Pfarrberuf offensichtlich Stück um Stück unattraktiv gemacht haben, gerade für Kinder aus Pfarrhäusern, aus denen früher viel Theologennachwuchs rekrutiert wurde.-

Und man kommt der Beantwortung dieser Frage näher, wenn man auf die Internetseite „meineekir.de/orientierungstagung“ geht und dort von einem Bild empfangen wird, auf dem steht: „Theologie? Aber Du bist doch sonst ganz normal“, dazu ein Smiley mit Heiligschein.

Ich komme zu der folgenden Analyse und formuliere bewusst pointiert und

provokant: Die Krise unserer Kirche ist hausgemacht. Eine Folge dieser Krise ist der sich dramatisch entwickelnde Nachwuchsmangel im Pfarrberuf. Theologie ist offensichtlich für die Kirche selbst nicht mehr das Normale, das, was die Norm gibt, die Priorität beansprucht. Theologie wurde innerkirchlich zur Kari-katur.

Das erklärt meines Erachtens, weshalb die sogenannten „Struktur- und Reformprozesse“ so gelaufen sind, wie sie gelau-fen sind – mit dem Ergebnis einer domi-nierenden, ausufernden Verwaltung.

Andreas Kahnt, unser Verbandsvor-sitzender, brachte es in seinem Bericht am 17. September 2018 bei der Mitglieder-versammlung auf den Punkt: „Der Pfarr-beruf braucht Begeisterung und Motivati-on, und es wäre sträflich, die Bedingun-gen im Pfarrdienst nicht dahingehend zu entwickeln, dass die Begeisterung bleibt und Pfarrerinnen und Pfarrer auch unter sich verändernden Bedingungen moti-viert ihren Dienst tun! Sie damit allein zu lassen, hieße nicht nur, der Fürsorge-pflicht nicht nachzukommen, sondern die fröhliche Verkündigung des Evangeliums zu erschweren, wenn nicht gar zu verhindern. Es ist nicht egal, ob Kirche sich als Verwaltung mit angehänger Ver-kündigung versteht – oder als ausschließ-lich der Verkündigung verpflichtet und mit dem unbedingt Notwendigen an Ver-waltung ausgestattet!“

Heute Vormittag haben wir den treffli-chen Vortrag von Frau Prof. Dr. Dorothea Wendebourg gehört: „Gemeinschaft der Heiligen – zu Tode verwaltet?“

Beim Pfarrerinnen- und Pfarrertag des Pfarrvereins in der EKBO in Berlin am 19.2.2018 bekannte sich Propst Dr. Christian Stäblein zum Primat der Theo-



„Um zu verstehen und Fehler nicht zu wiederholen, müssen wir zurückschauen: auf das jahrelange Bashing gegenüber Pfarrerinnen und Pfarrern, auf alle die synodalen Prozesse und Entscheidungen, die den Pfarrberuf offensichtlich Stück um Stück unattraktiv gemacht haben.“

logie vor der Verwaltung. Theologie dürfe nicht in Sonntagsreden abgedrängt werden. Es dürfe nicht heißen: Theologie kann sein, Kienbaum muss sein, Doppik muss sein, Gemeinde vor Ort kann sein, Rechnungsprüfung muss sein, Kinder-gottesdienst kann sein ... Das Diktat der Bürokratie sei schrecklich und hässlich, man müsse dagegen aufbegehren, gegen die Verselbständigung der Verwaltung.

Die Liste der kritischen Stimmen ließe sich fortführen.

Hannah Arendt bezeichnete übrigens einmal die Bürokratie als „die geregelte Unterdrückung“ (in ihrem Essay „Die Freiheit, frei zu sein“, München 5. Auflage 2018, S. 51).

Doch was hilft all der Protest von kompetenter Seite? Man muss den Eindruck haben, dass sich die Kirchenreform-Betreiber nicht wirklich mit den Argumenten der Besorgten auseinandersetzen, sondern stur und starr die sogenannten „Struktur- und Reformprozesse“ durchziehen, auf Gedeih und Verderb, NKF mit Doppik, Verwaltungsstrukturreform, Pfarrstellenabbau, Gemeindefusionen usw.

Zum Thema Verwaltungsaufwand: mit der Wirtschafts- und Verwaltungsverordnung (WiVO), die zum 1.1.2019 die bisherige Verordnung über das Kirchliche Finanzwesen in der Evangelischen Kirche im Rheinland (KF-VO) ersetzen wird, ist eine notwendige Kurskorrektur erfolgt. Präses Manfred Rekowski hofft, dass dadurch ein „Kulturwandel im Mit-einander“ erreicht wird und sich der Aufwand für das Verwaltungshandeln durch flexiblere Regelungen reduzieren lässt.

Die Frage bleibt: war man sich bewusst, was die Einführung der „Doppik“ für Konsequenzen hat? Wurden die kritischen Stimmen zugelassen, hat man sich

mit den grundsätzlichen Fragen auseinandergesetzt? Werner Sombart, ein Ökonom und Soziologe, erkannte schon vor hundert Jahren, dass die Einführung der doppelten Buchführung eine entscheidende Weichenstellung in Richtung einer modernen kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist. Erst die Fähigkeit, jederzeit den Schulden- und Vermögensstand bilanzieren zu können, habe den ökonomischen Rationalismus zur vollen Entfaltung gebracht. Steffen Mau, Professor für Makrosoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin, dessen Buch „Das metrische Wir. Über die Quantifizierung des Sozialen“ (edition suhrkamp, Berlin 2017) ich diesen Hinweis verdanke, warnt eindringlich vor einer Benennungsmacht, „die sich mit dem Deckmantel des Technischen und Objektiven tarnt. Man müsse ihrer numerischen Semantik mit Ideologiekritik begegnen (ebd., S. 212), mit der „Durchsetzung der Quantifizierung“ würden wir alle „mehr oder weniger zu Gläubigen in der Kirche der Zahlen“ (ebd., S. 47).

Krass ist die „Reform“ in der katholischen Kirche, die offensichtlich auch immer mehr zu einer Kirche der Zahlen wird. So sollen im Bistum Trier rund 900 Pfarreien aufgelöst und durch 35 Großpfarreien ersetzt werden. Professor Gerhard Henkel, ein Spezialist auf dem Gebiet der Land- und Dorfentwicklung, kritisierte unlängst diese Pläne des Bistums scharf (in: Rhein-Hunsrück-Zeitung vom 29.9.2018, Seite 4). Mit der Auflösung der Ortspfarreien schade die Kirche nicht nur sich selbst, sondern auch den Menschen, die im ländlichen Raum lebten. Es ginge die über Jahrhunderte intensiv mit Leben gefüllte und selbst organisierte gemeindliche Institution verloren, die geistliche, kulturelle und soziale Mitte – und damit der Kern der lokalen



Identifikation. Das Dorf verliere die letzte Bastion der lokalen Selbstverantwortung, nachdem durch Zentralisierungsreformen etwa schon Schule, Post, Polizei u.a.m. weggenommen worden seien. Das Dorf verliere sein Herz.

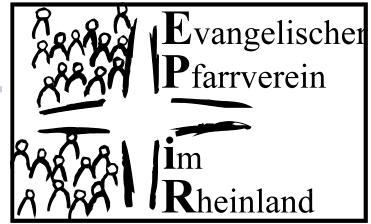
Pfarreifusionen dienten in keiner Weise der Seelsorge vor Ort und einem aktiveren Gemeindeleben, und es gingen der Kirche gerade eben auch sehr viele ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verloren, die durch die von oben angeordnete „Reform“ mit ihrer langen Erfahrung und ihrem verantwortungsvollen Engagement vor den Kopf gestoßen seien. Zusammengefasst: durch die rabiatten Pfarreifusionen betreibe die Kirche Entlokalisierung und letztlich Auflösung der noch vorhandenen Volkskirche auf dem Land, so beseitige die Amtskirche am Ende die Volkskirche. Die kirchlichen Gemeindefusionen wiederholten die gravierenden Fehler der kommunalen Gebietsreformen der zurückliegenden Jahrzehnte in mehreren Bundesländern, mit denen mehr als 20.000 deutsche Dörfer entmündigt und mehr als 300.000 ehrenamtlich tätige Bürger aus den Gemeindepalamenten wegrationalisiert wurden mit der Signalwirkung: wir brauchen eure Mitarbeit nicht mehr. Das Ergebnis: lokalpolitische Ohnmacht und Desinteresse für Kommunalpolitik. Die gleichen Konsequenzen würden auch der Kirche bevorstehen. Prof. Gerhard Henkel wird noch deutlicher: Gebietsreformen nach dem sogenannten Zentrale-Orte-Modell seien im Dritten Reich entwickelt und mit dem Führerprinzip begründet und erstmals angewendet worden, sie atmeten den Geist einer Diktatur und erleichterten das Durchsteuern von oben nach unten, aber sie entsprächen eben nicht dem heutigen Leitbild einer vom Bürger mitgetragenen demokrati-

schen Gesellschaft.

In der Tat lässt sich das weitgehend auf unsere Evangelische Kirche, speziell die Evangelische Kirche im Rheinland, übertragen. Die Doppik etwa wurde nicht von den Gemeinden verlangt, die Gemeinden wurden nicht vor der Einführung befragt, und sie wurde ohne Not, auch ohne gesellschaftliche Notwendigkeit eingeführt. Inzwischen hat sie sich als ein bürokratisches Monster erwiesen gerade für die Gemeinden auf dem Land.

Anders als in der katholischen Kirche mit ihrem Priestermangel hatten wir im Rheinland auch wahrhaftig keinen Mangel an Theologinnen und Theologen, im Gegenteil, Pastoren und Pastorinnen im Sonderdienst wurden entlassen, dienstfähige und dienstbereite Pfarrer im Wartestand in den Vorrhestand abgeschoben. Und jetzt scheint es, ist der hausgemachte Personalmangel an Pfarrpersonen sehr willkommen als neues Argument für das Weitertreiben des unsäglichen Umbaus unserer Kirche. Im Jahr 2030, heißt es jetzt in der Prognose, fehle etwa ein Drittel der Pfarrpersonen, die zur Besetzung vorhandener Stellen nötig werden, daher müsse man weitere Stellen abbauen, gerade auf dem Land! Im aktuellen FOCUS-Nachrichten-Magazin heißt es, ganzseitig auf einer der vorderen Seiten: „Theologischer Fachkräftemangel: Bis 2030 fehlen fast 14000 Pfarrer in Deutschland“, davon 7000 in der Evangelischen Kirche (Nr.46 vom 10.11.2018, S.9) Früher wurde mit Sparzwängen argumentiert, Pfarrstellen seien zu teuer. Jetzt beginnt die Einsicht und das Lamento wird groß werden.

Als ich vor fast drei Jahrzehnten in unseren Kirchenkreis kam, waren die Räume im Untergeschoss des Kreiskirchenamtes noch Kellerräume, heute sind sie von



„Und jetzt scheint es, ist der hausgemachte Personalmangel an Pfarrpersonen sehr willkommen als neues Argument für das Weitertreiben des unsäglichen Umbaus unserer Kirche.“

„Wir leisteten uns bisher Personal-Bemessung zur Qualitäts-Sicherung nur im Bereich der Verwaltung, nicht aber im operativen Bereich von Kirche, dem Dienst der Verkündigung und der Seelsorge. In einer Welt, die vielfach nur aus Ablenkung, Irritation, Fakenews und Zerstreuung zu bestehen scheint, wird Konzentration zur Überlebens-Strategie.“

Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern besetzt. Die Zahl der Verwaltungsangestellten hat sich in diesem Zeitraum verdoppelt, die Zahl der Gemeindepfarrerinnen und -pfarrer wird sich demgegenüber halbiert haben, wenn die beschlossenen Konzepte bald vollständig umgesetzt sind.

Die Frage ist nur: wer soll die Arbeit tun, wenn noch mehr Pfarrstellen verloren gehen? Die neu eingeführten Vereinbarungsgespräche, ausgehend von der Handreichung „Zeit für das Wesentliche“, wollen eine Gesprächs- und Vereinbarungskultur fördern, in der Pfarrerinnen und Pfarrer mit Presbyterinnen und Presbytern in gemeinsamer Verantwortung Zeiten dienstlicher Beanspruchung und Aufgabenschwerpunkte konkretisieren. Positiv an diesem neuen Format ist für die Pfarrerschaft, dass angesichts von Arbeitsverdichtung – eben gerade durch Gemeindefusionen und Pfarrstellenabbau, der Fürsorgeaspekt endlich wieder in den Blick kommt, etwa konkret in der Absprache, wann der dem Pfarrer oder der Pfarrerin nach Pfarrdienstgesetz zustehende freie Tag in der Woche eingerichtet wird. Wir dürfen gespannt sein auf die Ergebnisse, ob nicht hier die Quadratur des Kreises versucht wird, denn – frei nach Udo Lindenberg „Einer muss den Job ja machen“. Denken wir nur an Seelsorge bei Sterbebegleitung und Beerdigungen, die sich ja nicht planen lassen wie Gottesdienste an Sonn- und Feiertagen. Und wie soll die Qualität der Arbeit gesichert werden, wenn sie auf weniger Schultern verteilt werden muss? Wie soll das möglich sein, was in der Forschung „Deep work“ genannt wird: konzentriert auf das Wesentliche arbeiten zu können, kreativ, so dass am Ende eines Arbeitstages sich ein befriedigendes Gefühl einstellt? Werden wir

in Zukunft in den entstehenden Großgemeinden nicht noch mehr mit Terminfragen, Organisationsfragen, Vertretungsplanungen beschäftigt sein, die noch mehr Zeit fressen? Wir leisteten uns bisher Personalbemessung zur Qualitätssicherung nur im Bereich der Verwaltung, nicht aber im operativen Bereich von Kirche, dem Dienst der Verkündigung und der Seelsorge. In einer Welt, die vielfach nur aus Ablenkung, Irritation, Fakenews und Zerstreuung zu bestehen scheint, wird Konzentration zur Überlebensstrategie. Von daher ist „Zeit für das Wesentliche“ grundsätzlich der richtige Ansatz beim Nachdenken über den Pfarrdienst.

Wo massiver Personalmangel sich abzeichnet, wird von Kirchenleitungsseite, wie nicht anders zu erwarten war, nun natürlich auch über die Flexibilisierung der Ruhestandsgrenze nachgedacht. Und es werden Regelungen dazu auf den Weg gebracht. Andreas Kahnt hat in seinem Bericht in Augsburg dazu Wesentliches gesagt, ich selbst von IDEA-Spektrum angefragt, habe dazu Position bezogen (Nr.39 vom 26.9.2018, S. 15; IDEA interessiert sich für die Arbeit des Pfarrvereins und des Verbandes der Pfarrvereine, ich empfehle Ihnen einen Besuch des Standes im Foyer!): nichts spricht dagegen, dass Pfarrerinnen und Pfarrer über die Ruhestandsgrenze hinaus Dienste in Verkündigung und Seelsorge übernehmen, wenn sie gesund sind und das freiwillig und gerne tun. Gefährlich wird es, wenn sie es unter finanziellem oder gerade eben auch moralischem Druck tun müssen, womöglich in einem Umfang, der dem der aktiven Dienstzeit nicht nachsteht, weil Fehler im Versorgungssystem und in der Personalpolitik das erzwingen. Der vorläufige Entwurf der EKD wirft eine Menge Fragen auf, die

nach zufriedenstellenden Antworten verlangen, sonst wird das Ganze ein Rohr-krepierer und kaum jemand wird sich über die Regelaltersgrenze hinaus für Pfarrdienste bereitfinden.

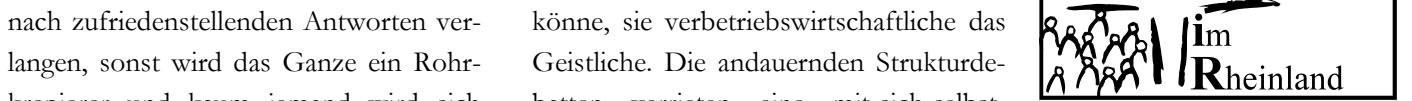
An Statistiken lassen sich Trends ablesen. Auch der Trend, dass geistliches Leben abnimmt, wenn immer weniger Pfarrerinnen und Pfarrer da sind. 2008 hatte die Ev. Kirche im Rheinland noch 2,88 Millionen Gemeindeglieder in 777 Gemeinden, zehn Jahre später, 2018, hat sie noch 2,54 Millionen Gemeindeglieder in nur noch 694 Gemeinden, ein Verlust von 11,8 % an Gemeindegliedern. Die Zahl der Gottesdienste an Sonn- und Feiertagen ist in Zehnjahresfrist aber heftiger gefallen, um 18,2 % - 84.004 Gottesdienste in 2006, nur noch 68.689 Gottesdienste 2016, aktuellere Zahlen liegen mir hierzu noch nicht vor. - Was passiert, wenn die Kirchengemeinden den „vornehmsten Dienst“ (vgl. Artikel 70 und 71 der Kirchenordnung) immer weniger wahrnehmen, weil sie Zeit und Kraft an anderen Stellen (siehe oben!) verbrauchen?

Es ist gut, wenn wir uns in der Kirche in unseren Betriebsblindheiten von außen betrachten und uns hoffentlich die Augen öffnen und richten lassen auf das notwendig weite Blickfeld. Der Journalist Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung, hielt beim Deutschen Pfarrerinnen- und Pfarrertag im September 2018 den Hauptvortrag, der sehr eindrücklich war, viele von uns angesprochen hat. Auftrag der Kirche sei es, dafür sei die Kirche da: den Himmel offen zu halten! Die Kirche müsse eine Entängstigungs-Institution sein, Überwindung von Gewalt fange mit der Überwindung der Angst an. Aber die Kirche, so sein Eindruck, kreise ängstlich um ihr eigenes Überleben, frage, wie sie womöglich gegen den Trend wachsen

könne, sie verbetriebswirtschaftliche das Geistliche. Die andauernden Strukturdebatten verrieten eine mit-sich-selbst-Beschäftigung – wie in der Politik -, die unglaubliche Kräfte binde. Auf die Frage, was der Pfarrberuf heute benötige: Widerstandskraft! Wie bei Dietrich Bonhoeffer. Gottes Leiden in der Welt ernstnehmen. Im Einsatz für Flüchtlinge zum Beispiel gehe es um Gottes Leiden in der Welt. Und seltsam: je mehr der Geschmack am Christentum verloren gehe, desto mehr wachse paradoxerweise der Geschmack an den christlichen Werten.

Mir fiel dazu ein Spruch ein, den ein Kommilitone, Quereinsteiger ins Theologiestudium, prophetisch vor über vierzig Jahren in meiner Heidelberger Studienzeit aussprach: „Wir leben vom Duft der leeren Flaschen, was dann, wenn auch dieser Duft verloren ist?“

Vielleicht macht das den Pfarrberuf wieder zu einem spannenden Beruf: leere Flaschen mit christlichem Inhalt zu füllen. Ja, bitte wieder Inhalt, wieder Theologie! Nochmal mit Worten von Heribert Prantl: vom Himmel reden, auch vom Verstörenden in den biblischen Texten reden, vom Zweifel, und beten, großzügig den Segen austeilern, mit Liebe Gewaltprävention leisten. Menschen haben das Erzählen und das Zuhören verlernt, die Kirche solle zuhören und erzählen. Religion werde spannend dadurch, dass sie Spannungen aufnehme. Die Kirche sei ein Ort, der Zeit und Ewigkeit verbinde – da brauche es dann auch keine „Heimatministerien“ mehr in der Gesellschaft ...



Heribert Prantl:
„Auftrag der Kirche
sei es, dafür sei die
Kirche da: den
Himmel offen zu
halten! Die Kirche
müsste eine
Entängstigungs-
Institution sein,
Überwindung von
Gewalt fange mit der
Überwindung der
Angst an.“

Liebe Brüder und Schwestern: eine grundlegende Wende in unserer Kirche ist notwendig. Wahrscheinlich aber kommt es erst dazu, wenn der Karren

„Wir wollen, dass der Pfarrberuf tatsächlich wieder zu einem der „spannendsten Berufe der Welt“ wird. Wir wollen nicht den Pfarrer/die Pfarrerin als Teil eines Religions-Verwaltungssystems. Wir wollen mit vollem Herzen für einen Beruf werben können, der Berufung ist und bleibt.“

sozusagen topdown, durch das kalte Durchsteuern von oben nach unten, an die Wand gefahren ist. Eine Wende, die geleitet wird von der Frage: was heißt evangelische Kirche im Sinne der Reformation? Was können wir tun, um die Basis zu stärken, die einzelne Ortsgemeinde?

Natürlich bestreiten Kirchenleitungen, dass ihre Entscheidungen sich nachteilig auswirken, man spricht selbstsicher von einer „zukunftsfähigen Kirche“. Prof. Gerhard Henkel nennt das aber Vernebelung. Die Argumente der Kritiker würden nicht wirklich gehört und reflektiert, „weil alles bereits festgezurrt ist und jetzt nur noch durchgezogen werden soll“ (a.a.O.). In unserer Kirche beruft man sich darauf, dass es sich schließlich um Mehrheitsentscheidungen von Synoden handle. Synoden, demokratisch legitimiert, können aber sehr wohl irren. Die „Reformen“, die sie auf den Weg gebracht haben, müssen nicht unbedingt vom Heiligen Geist inspiriert sein, der recht verstanden eine Synode leiten soll. Sie können sich vielmehr – und hier nehme ich einen Begriff des israelischen Historikers Yuval Noah Harari auf – aus einer Intersubjektivität ableiten, bei der subjektive Wahrnehmungen innerhalb eines Kommunikationsnetzwerkes kollektive Fantasien entwickeln und Ordnungen aufstellen, die dann für „objektiv“ gehalten werden. Solche intersubjektiv erfundenen Ordnungen sind schwer zu überwinden, letztlich nur durch neue Mehrheiten (in: Eine kurze Geschichte der Menschheit, München 2015, 23.Aufl., S.149f.) In der Kirche könnte diese neue Mehrheit das Kirchenvolk darstellen. Aber in einer Volkskirche mit Auflösungserscheinungen ist Kirchenvolk tatsächlich nur noch partiell vorhanden und zudem haben sich gerade

viele sehr engagierte Mitglieder der Basis aus Resignation angesichts des Handelns der Amtskirche von der Kirche verabschiedet, so dass das „Weiter so“ der Struktur- und Reformprozesse“ nicht gestoppt wird.

Die Fahrt wird noch immer eifrig fortgesetzt. „Vertraut den neuen Wegen, auf die der Herr uns weist“ (eg 395) wird denen in Andachten vor entsprechenden Strukturkonferenzen zugerufen, die ihre Sorgen und Ängste äußern – und bezweifeln, ob es denn tatsächlich „der Herr“ ist, der auf diese Wege weist (eg 395,1). – Um es mit einem Witz zu illustrieren: sagt ein Polizist zum Geisterfahrer „Sie fahren seit Stunden in die falsche Richtung!“ Da bekommt er vom intersubjektiv Überzeugten die Antwort „Das ist die richtige Richtung – und: Sie begreifen ja nicht, wohin ich will!“

Ich komme zum Schluss. Wir wissen als Pfarrverein, wohin wir wollen. Wir wollen, dass der Pfarrberuf tatsächlich wieder zu einem der „spannendsten Berufe der Welt“ wird. Wir wollen nicht den Pfarrer/die Pfarrerin als Teil eines Religionsverwaltungssystems. Wir wollen mit vollem Herzen für einen Beruf werben können, der Berufung ist und bleibt. Wir wollen keine Verwaltungsangestellten in Sachen Religion, sondern Pfarrerinnen und Pfarrer, die dem an Gottes Wort gebundenen Gewissen verpflichtet, ihren Dienst tun können. Und wir wollen eine Kirchenleitung, die sich um die zur Erfüllung des Verkündigungs- und Seelsorge-Auftrages unverzichtbare Unabhängigkeit des Pfarrberufes kümmert.

In der Badischen Landeskirche wurde jetzt ein Pfarrbildprozess initiiert, um den Pfarrberuf zu stärken, dass Pfarrpersonen ihn „fachlich gut, geistlich getragen und persönlich wohlbehalten“ ausüben kön-

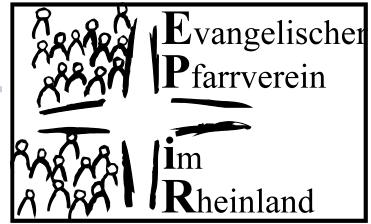
nen. Darum geht es.

Und solches Bemühen unterstützen wir als Pfarrverein. Für die ehrenamtliche Arbeit in unserem Vereinsvorstand suchen wir dringend jüngere Kolleginnen und Kollegen, die bei dieser wichtigen Aufgabe mitwirken wollen, für den Pfarrdienst neu zu begeistern. Wir brauchen eine Verjüngung im Vorstand, da einige Mitglieder des Vorstandes aus Altersgründen in den nächsten Jahren ausscheiden werden.

Die Geschäftsführung ist inzwischen auf Bruder Arnulf Linden, auch bereits ein Pfarrer im Ruhestand, übertragen worden. Gerhard Rabius, der im Oktober

seinen 75. Geburtstag feierte, unser hochverdienter Vorstandskollege, hat das Amt des Geschäftsführers nun fast 20 Jahre ausgeübt, er bleibt erst einmal unserem Vorstand erhalten, so dass heute noch keine Verabschiedung ansteht.

Trotz der hohen Zahl der Sterbefälle (13 gegenüber 9 im letzten Jahr) und einiger Austritte vor allem wegen Wechsel der Landeskirche ist unser Mitgliederbestand stabil geblieben, da wir erfreulicherweise 14 Eintritte verzeichnen konnten – und das bei den geringen Zahlen von Vikarinnen und Vikaren, die neu in den Pfarrdienst treten. Das spricht für das Vertrauen in unsere Vereinsarbeit, für das ich an dieser Stelle herzlichst danke!



Gerhard Rabius und Arnulf Linden

- Friedhelm Maurer ist seit 1991 Pfarrer in Gemünden (Hunsrück) und seit 1999 Vorsitzender des Evangelischen Pfarrvereins im Rheinland.

Von kleinen Würstchen und Uli Hoeneß

Andacht über 1. Kor 5,17-21 zu Beginn
des 49. Evangelischen Pfarrerinnen- und Pfarrertages
am 12. November 2018 in Bonn

Arnulf Linden

»Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie?
Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen
die Gründung einer Bank? « fragte da-
mals angesichts der Weltwirtschaftskrise
der junge Bert Brecht.

Nach der letzten großen Krise der Fi-
nanzwirtschaft ließe sich hinzufügen:
»Was ist die Unfähigkeit, einen Kredit
abzuzahlen, angesichts der massenhaften
Verkäufe von faulen Krediten? «

Millisekunden entscheiden über
Millionen; virtuelle Finanzströme
durchrauschen - Funkwellen gleich -
den Äther; Handel mit Optionsscheinen
auf zukünftige Optionen erweisen sich als
Wahngebäude oder großer Fake und an
den global vernetzten Computern vom
Heim-PC bis zum Börsengroßrechner
sitzen die Zocker aller Couleur und
Zahlungskraft: Kleinanleger und Großak-
tionäre, Finanzberater und Bankenma-
nager. Wenn die Blase platzt, sind die
Auswirkungen auf die reale Lebenswelt
zahlloser Menschen eklatant, das Funda-
ment unserer Gesellschaft ist erschüttert.
Doch kaum ist die Schockwelle abgeebbt,
kaum sind die letzten Forderungen
nach grundlegenden Veränderungen wie
immer wirkungslos verklungen, stellt sich
die kollektive Amnesie ein: Business as
usual, wieder fließen die Millionenboni
— bis zur nächsten Krise.

Warum erwähne ich diese uns wohlbe-
kannten und vielfach beschriebenen Tat-
sachen? Ganz einfach, weil ich im Knast
gearbeitet habe - und dort sitzen komi-
scherweise nur die „kleinen Würstchen“,
die ihren Kredit nicht abbezahlen konn-
ten oder die einen Dietrich statt einer
Aktie benutzt haben, um sich zu berei-
chern.

Es ist schon merkwürdig: wer 10.000 €
Steuern hinterzogen hat, kommt in der
Knast, wer 100.000 € Steuerhinterziehung
geschafft hat oder mehr und den entspre-
chenden Namen hat (wie jener Herr
Zumwinkel zum Beispiel von der Deut-
schen Post, noch wohlbekannt allerseits),
bekommt meist nur eine Geldstrafe oder
höchstens eine Freiheitsstrafe auf Bewähr-
ung. Und wer wie Herr Hoeneß 30 Milli-
onen geschafft hat, kommt immerhin
mittlerweile um den Knast nicht ganz
herum, auch wenn es letztlich nur ein
paar Monate Salonarrest gewesen sind,
zuerst in derselben Anstalt, in der
Deutschlands größter Verbrecher aller
Zeiten eine kurze Zeit sogenannte Fes-
tungshaft verbringen durfte. (Aber vielleicht
ist das derzeitige Schicksal des FC Bayern eine
Art nachgeholter Reststrafe für Herrn Hoeneß).

„Stark zu den Schwachen, schwach zu
den Starken“ – dass dies das Motto nicht

**„Es ist schon
merkwürdig: wer
10.000 Steuern
hinterzogen hat,
kommt in der Knast,
wer 100.000 €
Steuerhinterziehung
geschafft hat oder
mehr und den
entsprechenden
Namen hat,
bekommt meist nur
eine Geldstrafe oder
höchstens eine
Freiheitsstrafe auf
Bewährung.“**

nur der **deutschen** Justiz ist, das geben mittlerweile, wenn auch nur hinter vorgehaltener Hand, selbst einsichtige Juristen zu.

Vieles wäre zu dem Thema Justiz in dieser Beziehung noch zu sagen, und ich habe mich manchmal gefragt, ob ich in einem solchen seltsamen System überhaupt arbeiten kann ohne den Anschein der Identifikation damit? Spiele ich nicht das Spiel mit, das sich hinter einer brüchig scheinenden Fassade vollzieht?

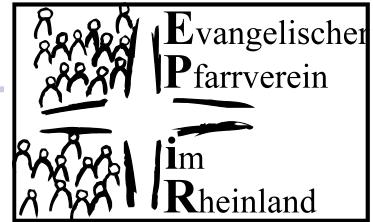
Ohne von der Kirche gesandt zu sein, ohne den Auftrag Jesu Christi zu den Schwachen zu gehen und zu den Gefangenen, hätte ich diese Arbeit nicht tun können. Das ist nicht von einem Standpunkt der Überheblichkeit oder der Überlegenheit über ein fragwürdiges Justizsystem gesagt, sondern im Gegenteil von der Einsicht geprägt, selber eigentlich fast mit leeren Händen dazustehen und keineswegs der Besserwissende in diesem Arbeitsumfeld zu sein. Außer dem Auftrag Jesu und seiner Kirche und ein bisschen Ausbildung und Erfahrung hatte ich ja nichts an Machtmitteln oder höherer Erkenntnis vorzuweisen. Jedes Gespräch mit Gefangenen, jede Begegnung beginnt in völliger Offenheit, ohne Kenntnis von Akten und Paragraphen und ohne vorherige psychologische Testverfahren. Und das Gespräch selber ist ergebnisoffen bis zum Schluss. Was dabei herauskommt an Nutzen und Ergebnis, liegt nur zum geringen Teil in meiner Hand. Darum entzieht sich auch die Arbeit des Seelsorgers letztlich der Nachprüfbarkeit und der Effektivitätskontrolle. Entsprechend groß ist das Misstrauen derer, die ebenfalls berufsmäßig im Strafvollzug arbeiten. Auch davon musste ich in meinen Knast-Jahren Einiges spüren.

- Arnulf Linden war von 2003 bis 2015 Gefängnispfarrer an der JVA Euskirchen und ist seit 2017 Kassenführer des Evangelischen Pfarrvereins im Rheinland

So war ich mit meinem Beruf in diesem Umfeld mehr oder weniger ein Außenseiter, **und das ist gut so**. Und ich denke, irgendwie sind wir das alle als Pfarrerinnen und Pfarrer - Außenseiter, ob als Knastpfarrer oder als Kollegen und Kolleginnen im Gemeindepfarramt oder in anderen Funktionen. Wir sind nicht die professionellen Wertevermittler, die in einer bürgerlichen Gesellschaft vielleicht (noch) gebraucht werden, wir sind nicht die Religionsverwaltungsbeamten in einer gut verwalteten Religionsbehörde – unser heutiges Hauptthema. Klar, Verwaltung schafft Sicherheit. Stellenpläne, Hauhaltspläne, Statistiken und Kontrollen – das bringt Ordnung und Verlässlichkeit, jedenfalls scheinbar.

Aber ist das unsere Lebensgrundlage als Kirche? Der Geist weht - wie der Wind - wo er will; er lässt sich weder kontrollieren noch messen oder sonstwie verwalten. Unser Ort kann daher nicht da sein, wo nur verrechnet, geplant, strukturiert, umstrukturiert oder auch nur bloß verwaltet wird. Unser Platz ist anderswo, da, wohin der Geist, der Geist Gottes uns hoffentlich immer weist. Unser Platz ist bei den Schwachen, Unbeachteten, bei denen, die Hilfe und Beistand brauchen, auch – nicht nur im Knast - die Zusage der Vergebung und den Zuspruch eines möglichen Neuanfangs. Das ist unser Auftrag, das Amt, das uns gegeben ist, „das Amt, das die Versöhnung predigt“.

Und bei allem, was uns sonst innerhalb und außerhalb unserer Kirche bewegt, ist die **eigentliche** Motivation für unseren Beruf immer wieder das Entscheidende: nämlich der Auftrag, der uns von Jesus Christus und von seiner Gemeinde gegeben ist.



Jahresbericht der Pfarrvertretung

vorgelegt zum Konvent der Wahl- und Kontakt Personen
am 14. November 2018 in Bonn

Peter Stursberg

1. Auf der Suche nach einem wirkungsvollen und befriedenden Konfliktmanagement

I. In der Trennung das Verbindende erhalten

„So zog Abram herauf aus Ägypten mit seiner Frau und mit allem, was er hatte, und Lot mit ihm ins Südland. Abram aber war sehr reich an Vieh, Silber und Gold. Und er zog immer weiter vom Südland bis nach Bethel, an die Stätte, wo zuerst sein Zelt war, zwischen Bethel und Ai, eben an den Ort, wo er früher den Altar errichtet hatte. Dort rief er den Namen des HERRN an. Lot aber, der mit Abram zog, hatte auch Schafe und Rinder und Zelte. Und das Land konnte es nicht ertragen, dass sie beieinander wohnten; denn ihre Habe war groß und sie konnten nicht beieinander wohnen. Und es war immer Zank zwischen den Hirten von Abrams Vieh und den Hirten von Lots Vieh. Es wohnten auch zu der Zeit die Kanaaniter und Perisiter im Lande. Da sprach Abram zu Lot: Es soll kein Zank sein zwischen mir und dir und zwischen meinen und deinen Hirten; denn wir sind Brüder. Steht dir nicht alles Land offen? Trenne dich doch von mir! Willst du zur Linken, so will ich zur Rechten, oder willst du zur Rechten, so will ich zur Linken. Da hob Lot seine Augen auf und sah die ganze Gegend am Jordan, dass sie

wasserreich war. Denn bevor der HERR Sodom und Gomorra vernichtete, war sie bis nach Zoar hin wie der Garten des HERRN, gleichwie Ägyptenland. Da erwählte sich Lot die ganze Gegend am Jordan und zog nach Osten. Also trennte sich ein Bruder von dem andern, sodass Abram wohnte im Lande Kanaan und Lot in den Städten jener Gegend. Und Lot zog mit seinen Zelten bis nach Sodom.“ (Gen 13, 1-12)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Schwestern und Brüder,

am Anfang meines diesjährigen Berichtes steht eine Konfliktgeschichte. Vordergründig mag uns der beschriebene Streit zwischen Abrahams und Lots Hirten marginal erscheinen. Aber im nomadischen Umfeld hat diese Auseinandersetzung lebensentscheidende Bedeutung: das in den jeweiligen Sippen vorhandene Vieh braucht ausreichend Weideland, damit das Überleben für alle gesichert ist. Außerdem haben sich im Laufe der Zeit allerhand Reichtümer angesammelt, für deren Lagerung ausreichend Platz vorhanden sein muss. Was einen guten Anfang genommen hat, droht jetzt in täglichen Streitereien unterzugehen.

Nachdem die - vielleicht sogar handgreiflichen - Auseinandersetzungen schon eine geraume Zeit angedauert haben, wird schließlich Abraham initiativ und

„Am Anfang meines diesjährigen Berichtes steht eine Konfliktgeschichte. Vordergründig mag uns der beschriebene Streit zwischen Abrahams und Lots Hirten marginal erscheinen. Aber im nomadischen Umfeld hat diese Auseinandersetzung lebensentscheidende Bedeutung“



macht Lot einen weitreichenden Vorschlag: Es verbindet uns zu viel, als dass wir und unsere Leute in täglichem Streit miteinander ringen. Lass uns die Trennung herbeiführen.

Die familiären Bande, die die Sippen miteinander verbinden, der gemeinsame Zug durch die Wüste, die Auseinandersetzung mit einer fremden, bisweilen auch feindlichen Umwelt, letztlich auch der gemeinsame Glaube – all das gilt es zu retten! Es erscheint paradox: Das Verbindende kann nur durch eine räumliche Trennung bewahrt werden.

Abraham geht so weit, dass er seine eigenen, elementaren Interessen zurückstellt: „Willst du zur Linken, so will ich zur Rechten, oder willst du zur Rechten, so will ich zur Linken“ (V. 9). Beide werden sich bewegen müssen, aber der Trennungsprozess ist ergebnisoffen und Abraham lässt Lot den ersten Zugriff.

Die Erzählung hat eine bemerkenswerte Pointe: Es scheint, als trafe Lot die bessere Wahl. Er lässt sich von dem leiten, ja, vielleicht sogar blenden, was er sieht und meint, auf diese Weise das große Los zu ziehen. Der Folgevers, den ich vorhin nicht mitgelesen habe, lässt schon erahnen, dass Lot in seiner Wahl einem Trugschluss unterliegt: „Aber die Leute zu Sodom waren böse und sündigten sehr wider den HERRN“ (V. 13)

II. Auch im Konflikt müssen Reden und Handeln übereinstimmen

In diesem Jahr stehen diese Gedanken am Anfang meines Berichts, weil wir uns in der Pfarrvertretung derzeit mit einer Reihe von ungelösten Konflikten zwischen Pfarrerinnen und Pfarrern und Leitungsgremien beschäftigen, zu denen wir von Kolleginnen und Kollegen beratend

und begleitend hinzugezogen wurden. Das Pfarrvertretungsgesetz sieht ja vor, dass Mitglieder der Pfarrvertretung zu Beratung und Begleitung in dienstrechtlichen Angelegenheiten auf allen Ebenen unserer Kirche von den Betroffenen hinzugezogen werden können.¹

Ich nutze gerne die Gelegenheit, um auch für Nichtbetroffene - sozusagen als vertrauensbildende Maßnahme - unser Vorgehen in solchen Fällen transparent zu machen.

Am Anfang steht immer zuerst ein Gespräch mit der Pfarrperson, die angesichts der bestehenden Konfliktlage im Fokus steht und den Kontakt zu uns aufnimmt. Uns ist bewusst, dass uns auf diese Weise die Geschehnisse immer nur von einer Seite geschildert werden. Daraum folgen wir - insbesondere in der Anfangsphase - dem Grundsatz der Allparteilichkeit, um den vorliegenden Konflikt von möglichst vielen Seiten beleuchten zu können. Wir suchen daher in der Folge in einem transparenten Prozess unter Einbeziehung der oder des Betroffenen immer das Gespräch mit eventuell weiteren Kolleginnen und Kollegen, die involviert oder auch betroffen sind. Auch die Einbeziehung der kreiskirchlichen Ebene erfolgt oft schon in dieser Eingangsphase - zumal die Pfarrvertretung meist erst dann eingeschaltet wird, wenn der Konflikt schon so „hochgekocht“ ist, dass bei allen Beteiligten die Nerven blank liegen. Entsprechende Mitteilungen haben dann in der Regel bereits die Kirchenkreisleitung erreicht. Auch Gespräche der betroffenen Pfarrpersonen mit der Personalabteilung im Landeskirchenamt, die in der Anfangsphase oft noch vertraulichen

¹ <https://www.kirchenrecht-ekir.de/document/8531>, PfVG § 18 (2).

„Darum folgen wir - insbesondere in der Anfangsphase - dem Grundsatz der Allparteilichkeit, um den vorliegenden Konflikt von möglichst vielen Seiten beleuchten zu können.“

„Es geht nicht um die rückwärts-gewandte Aufarbeitung von offenen Schuldfragen aus der Vergangenheit. Wir möchten mit allen Beteiligten den Blick nach vorne richten und prüfen, ob und unter welchen Umständen eine gemeinsame Fortsetzung der Arbeit möglich sein könnte.“

Charakter haben, regen wir seitens der Pfarrvertretung an und begleiten sie.

Nach wie vor verfolgen wir in unserer Beratungsarbeit voller Überzeugung einen deeskalierenden und lösungsorientierten Ansatz, bei dem wir nach Möglichkeit auf die Hinzuziehung von Rechtsbeiständen bewusst verzichten: Es geht nicht um die rückwärtsgewandte Aufarbeitung von offenen Schuldfragen aus der Vergangenheit. Wir möchten mit allen Beteiligten den Blick nach vorne richten und prüfen, ob und unter welchen Umständen eine gemeinsame Fortsetzung der Arbeit möglich sein könnte.

Die mittlerweile langjährige Erfahrung lehrt uns aber auch, dass Konflikte manchmal tatsächlich nur durch Trennungen beizulegen sind. Oftmals scheint in den Leitungsgremien allein ein Versetzungsantrag nach § 79 Absatz 2 Satz 2 Nummer 5 PfDG-EKD² die *ultima ratio* zu sein. Wie bei einem Schwelbrand hat sich bis zu solch einer Entscheidung im Untergrund die Glut des Konfliktes ausgebreitet, und es braucht nur einen leichten Luftzug, damit alles in hellen Flammen steht. Wenn die Wege zwischen

² Im Pfarrdienstgesetz heißt es dazu (<https://www.kirchenrecht-ekir.de/document/2734>): (2) Pfarrerinnen und Pfarrer können um der Unabhängigkeit der Verkündigung willen nur versetzt werden, wenn sie sich um die andere Verwendung bewerben oder der Versetzung zustimmen oder wenn ein besonderes kirchliches Interesse an der Versetzung besteht. Ein besonderes kirchliches Interesse liegt insbesondere vor, wenn [...]

5. in ihrer bisherigen Stelle oder ihrem bisherigen Auftrag eine nachhaltige Störung in der Wahrnehmung des Dienstes gemäß § 80 Absatz 1 und 2 festgestellt wird.

§ 80: (1) Eine nachhaltige Störung in der Wahrnehmung des Dienstes im Sinne des § 79 Absatz 2 Satz 2 Nummer 5 liegt vor, wenn die Erfüllung der dienstlichen oder der gemeindlichen Aufgaben nicht mehr gewährleistet ist. Das ist insbesondere der Fall, wenn das Verhältnis zwischen der Pfarrerin oder dem Pfarrer und nicht unbeträchtlichen Tei-

Pfarrerinnen und Pfarrern, Leitungsgremium und Gemeinde auf diese Weise getrennt werden, ist eine Beschädigung aller Betroffenen meist nicht mehr abzuwenden.

Gerade darum versuchen wir durch unsere Beratungstätigkeit einen anderen Weg zu finden - um der betroffenen Pfarrperson einen geordneten Abgang und andernorts einen beruflichen Neuanfang zu ermöglichen und auch, um die verbleibenden Kolleginnen und Kollegen sowie die Leitungs- und Gemeindestrukturen vor Ort und in der Öffentlichkeit weitgehend unbeschädigt erhalten zu können. Das setzt voraus, dass von allen die Spielregeln eingehalten werden: Transparenz und Fairness im Umgang miteinander sowie Selbstbegrenzung sind - auch wenn es schwerfällt – unerlässliche Voraussetzungen für eine erfolgreiche Konfliktlösung!

In einigen Beratungen im zurückliegenden Berichtsjahr sind wir nun aber auf Konstellationen gestoßen, die durch ein ausgesprochen hohes Maß an Unversöhnlichkeit geprägt waren. Wo dann tatsächlich Trennungsprozesse ins Blick-

len der Gemeinde zerrüttet ist oder das Vertrauensverhältnis zwischen der Pfarrerin oder dem Pfarrer und dem Vertretungsorgan der Gemeinde zerstört ist und nicht erkennbar ist, dass das Vertretungsorgan rechtsmissbräuchlich handelt. Die Gründe für die nachhaltige Störung müssen nicht im Verhalten oder in der Person der Pfarrerin oder des Pfarrers liegen.

(2) Zur Feststellung der Voraussetzungen des Absatzes 1 werden die erforderlichen Erhebungen durchgeführt. Der Beginn der Erhebungen wird der Pfarrerin oder dem Pfarrer mitgeteilt. Sofern nicht ausnahmsweise etwas anderes angeordnet wird, nehmen Pfarrerinnen und Pfarrer für die Dauer der Erhebungen den Dienst in der ihnen übertragenen Stelle oder in dem ihnen übertragenen Auftrag nicht wahr. Während dieser Zeit soll eine angemessene Aufgabe übertragen werden.

feld rückten, war es schwierig, teilweise aussichtslos, für „sanfte“ Trennungen zu werben. Dabei kann man auch auf einvernehmliche Weise zu der Entscheidung kommen, in Zukunft getrennte Wege zu gehen, wie Abraham und Lot uns anschaulich demonstrieren: nämlich durch die verbindliche Vereinbarung, sich in einem geordneten Prozess voneinander zu trennen. Als Pfarrvertretung setzen wir uns sehr engagiert für diese Lösung ein, um so die Zukunft für alle Beteiligten offenzuhalten. Wir hoffen, dass unser Einsatz und unser Werben auf lange Sicht eine nachhaltige Wirkung haben.

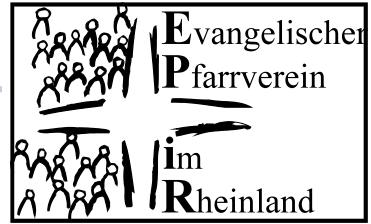
III. Öffentlich ausgetragene Konflikte haben eine nachhaltige Wirkung

Werfen wir noch einmal einen Blick in unseren Bibeltext. Dort wird in einer Randbemerkung darauf hingewiesen, dass der Konflikt zwischen Abraham und Lot nicht in einem Vakuum ausgetragen wird: „Es wohnten auch zu der Zeit die Kanaaniter und Perisiter im Lande“ (V. 7).

Wir können davon ausgehen, dass wir heute als Kirche in der Gesellschaft auf dem langen Weg in eine Minderheitenposition unter besonders kritischer Beobachtung stehen. Vor wenigen Tagen wurde ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts zum kirchlichen Arbeitsrecht veröffentlicht³, das bekannt sein dürfte: es geht um die Frage, in welchen Bereichen kirchliche Arbeitgeber eine Kirchenzugehörigkeit zur Einstellungsvoraussetzung machen dürfen. Auf den Sachbezug des Urteils möchte ich hier nicht weiter eingehen.

Was mich viel mehr beschäftigt hat, waren die Reaktionen in der Öffentlichkeit auf dieses Urteil. Es gab viele Leserbriefe, Kommentare und Posts in den sozialen Netzwerken, die von Genugtuung nach dem Motto „Endlich!“, teilweise aber auch von Häme geprägt waren. Das mag uns nicht gefallen, vielleicht beunruhigt es uns auch, aber in einer pluralistisch geprägten Gesellschaft müssen wir uns darauf einstellen und mit dieser Stimmungslage zureckkommen. Und wir müssen eben darauf achten, dass wir sie durch unser öffentliches Erscheinungsbild in Wort und Tat nicht noch befeuern. Die Glaubwürdigkeit kirchlichen Handelns wird nicht dadurch gewährleistet, dass man Mitarbeitende zur Mitgliedschaft verpflichtet, die dann unter Umständen nur pro forma begründet wird, um die begehrte Stelle zu erhalten. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Anstoß erregen wir, wenn wir in der Kirche einen Umgang miteinander pflegen, den auch Kirchendistanzierte mühelos als unchristlich deklarieren können.

In der Öffentlichkeit wird - mit Recht! - sehr genau geprüft, inwieweit unser Reden und Handeln miteinander übereinstimmen. Gemeinschaftlich werden wir unserem Verkündigungsauftag als Kirche nicht gerecht, wenn wir nicht in der Lage sind, unsere Konflikte gütlich beizulegen. Es geht nicht um eine Konfliktvermeidungsstrategie, sondern um eine konstruktive, produktive und letztlich auch konsequente Auseinandersetzung mit dem, was wir als trennend oder sogar störend empfinden. Das gilt ja nicht nur für den Dienst der Pfarrerinnen und Pfarrer oder hauptamtlich Beschäftigter – insgesamt müssen wir uns die Frage stellen, wie wir auf Konfliktlagen reagieren und wie Lösungen herbeigeführt werden können, die für niemand die (berufliche)



„Anstoß erregen wir, wenn wir in der Kirche einen Umgang miteinander pflegen, den auch Kirchendistanzierte mühelos als unchristlich deklarieren können.“

³ <https://www.tagesspiegel.de/politik/klage-wegen-diskriminierung-bundesarbeitsgericht-setzt-neue-regeln-fuer-kirchliches-arbeitsrecht/23230978.html>

„Pfarrerinnen, Pfarrer und Leitungsgremien müssen sich gemeinsam mit der Frage auseinandersetzen, welche Aufgaben zukünftig noch vom Pfarrdienst wahrgenommen werden sollen. Die Reduzierung der personellen Kapazitäten im Pfarrdienst muss mit einer Konzentrierung und Priorisierung seiner Aufgaben einhergehen.“

Zukunft in Frage stellen. Gangbare Wege in diese Richtung zu finden ist und bleibt eine große Herausforderung für uns alle.

2. „Zeit fürs Wesentliche“ - Auf dem Weg zu Dienstvereinbarungen für Pfarrerinnen und Pfarrer - Erfahrungen und Erwartungen in der Startphase

In der Pfarrvertretung gehen wir davon aus, dass der Prozess „Zeit fürs Wesentliche“ planmäßig in Gang gekommen ist und die Gemeinden erste Schritte auf dem Weg zu Dienstvereinbarungen mit den Pfarrerinnen und Pfarrern unternommen haben. Bis Ende 2019 sollen die Vereinbarungen für den parochialen Dienst geschlossen sein. Die Vereinbarungsgespräche im Bereich der funktionalen Dienste werden erst zu einem deutlich späteren Zeitpunkt als ursprünglich geplant stattfinden können. Derzeit beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Pfarrvertretung mit der Erarbeitung von Dienstvereinbarungen für den Schuldienst; die Planungen für die weiteren funktionalen Dienste werden im Laufe des nächsten Jahres voranschreiten.

Unserer Kenntnis nach sind Pfarrerinnen, Pfarrer sowie die Presbyterien in den einzelnen Kirchenkreisen sehr unterschiedlich auf diesen Prozess vorbereitet. Nach Informationen aus dem Landeskirchenamt scheinen in 17 Kirchenkreisen unserer Landeskirche überhaupt noch keinerlei Informationsveranstaltungen zum bereits begonnenen Prozess stattgefunden zu haben. Dieser Eindruck kann jetzt durch entsprechende Rückmeldungen, die vom Landeskirchenamt erbeten wurden, revidiert werden, damit ein nachzuvollziehendes Bild über das Informationslevel in der Breite unserer Landeskir-

che gezeichnet werden kann.

Diese Ausgangslage ist einerseits bedauerlich, andererseits bedenklich.

Bedauerlich ist dieser Status quo, weil wir in der Pfarrvertretung davon überzeugt sind, dass es sich hier um einen wichtigen und unverzichtbaren Prozess handelt, der der Profilierung des Pfarrdienstes dient. Ich will an dieser Stelle nicht noch einmal das ganze Konzept erörtern, aber doch auf einige wichtige Punkte aufmerksam machen.

Pfarrerinnen, Pfarrer und Leitungsgremien müssen sich gemeinsam mit der Frage auseinandersetzen, welche Aufgaben zukünftig noch vom Pfarrdienst wahrgenommen werden sollen. Die Reduzierung der personellen Kapazitäten im Pfarrdienst muss mit einer Konzentrierung und Priorisierung seiner Aufgaben einhergehen. Das wird sich auch auf die konzeptionelle Aufstellung der Gemeinden auswirken. Von daher haben wir als Pfarrvertretung von Anfang an empfohlen, eine ganzheitliche Perspektive einzunehmen und den Prozess der Dienstvereinbarungsgespräche mit der Überarbeitung der Gemeindekonzeptionen zu verbinden. Jetzt, wo personelle Kapazitäten in vielen Regionen der Landeskirche noch in ausreichendem Maß vorhanden sind, ist der richtige Zeitpunkt, um sich in einem proaktiven Vorgehen konzeptionell für das nächste Jahrzehnt und die folgende Zeit aufzustellen.

Somit dürfte klar sein, dass alle am Prozess Beteiligten gut vorbereitet und mit gleichem Kenntnisstand in die Gespräche eintreten sollten. Vielfach war in Leitungsgremien die Sorge zu vernehmen, Pfarrerinnen und Pfarrern gehe es nur darum, Arbeit und Aufgaben „wegzudelegieren“. Die Arbeitszeitbegrenzung sei mit dem Wesen des Pfarr-

dienstes nicht vereinbar. Diese Befürchtung und das daraus resultierende Verständnis des Prozesses erscheint vor dem gerade beschriebenen Hintergrund viel zu kurzgefasst und verkennt die Chancen, die er uns in der kirchlichen Gemeinschaft bietet.

Eine jüngere Kollegin - ich habe sie schon mehrfach auch in anderen Zusammenhängen zitiert! - machte einmal darauf aufmerksam, dass zukünftig nur noch die Gemeinden ihre Pfarrstellen werden besetzen können, die jetzt im Rahmen des Prozesses ihre „Hausaufgaben“ erledigen. Es ist davon auszugehen, dass der theologische Nachwuchs sehr viel stärker darauf achten wird, dass der zeitliche Einsatz im Pfarrdienst angemessen begrenzt wird. Von daher hätte ein gescheiterter Prozess in der Zukunft sicherlich nachhaltige Wirkung im Blick auf die Personalentwicklung.

Bedenklich ist außerdem der unterschiedliche Vorbereitungs- und Kenntnisstand zwischen Pfarrerinnen und Pfarrern einerseits und Leitungsgremien andererseits, weil sich daraus ein Machtgefälle ergeben kann, das Misstrauen schüren und den Missbrauch eines Kenntnisvorsprungs begünstigen kann. Eine ausgewogene, konstruktive Vereinbarungskultur erfordert ein belastbares, ausgeglichenes Vertrauensverhältnis. Beides halte ich für den laufenden Vereinbarungsprozess für unverzichtbar - insbesondere auch deshalb, weil die jetzt zu führenden Gespräche durchaus konfliktbehaftet sein können.

3. Entwicklungen rund um Besoldung und Versorgung

I. Ergebnis der Unterschriftenaktion „Was sind die Pfarrerinnen und Pfarrer unserer Kirche wert?“

Wir haben uns hier im Konvent schon mehrfach mit der Besoldungsentwicklung in unserer Landeskirche im Zusammenspiel der EKD-Kirchen befasst. Im vergangenen Herbst hat der Konvent ein klares Votum abgegeben, mit dem wir entschieden für die Wiedereinführung der Durchstufung nach A 14 eintreten. Im August hat die Pfarrvertretung daher eine Unterschriftenaktion initiiert, um der Forderung nach Wiedereinführung der ruhegehaltfähigen Durchstufung nach A 14 öffentlichen Nachdruck zu verleihen. Am heutigen Tag konnten wir Frau Landeskirchenrätin Iris Döring in Vertretung für Vizepräses Christoph Pistorius insgesamt 964 Unterschriften überreichen. Auf diese Weise können wir öffentlich dokumentieren, dass die Forderung der Pfarrvertretung unter den Pfarrerinnen und Pfarrern eine breite Basis hat – auch bei denen, die längst A 14 oder eine höhere Besoldungsgruppe erreicht haben. So haben sich auch eine Reihe von Superintendentinnen und Superintendenten sowie einige Kolleginnen und Kollegen im Ruhestand an unserer Aktion beteiligt. In einigen Kirchenkreisen kann man eine fast hundertprozentige Unterstützungsquote feststellen. An dieser Stelle danke ich allen Wahl- und Kontaktpersonen, die als Multiplikatoren und Multiplikatorinnen an diesem beachtlichen Ergebnis einen ganz entscheidenden Anteil haben.

Überrascht hat uns die Rückmeldung, dass in mindestens einem Kirchenkreis jüngere Kolleginnen und Kollegen davor zurückgeschreckt sind, unseren Aufruf durch ihre Unterschrift zu unterstützen. Wir können nur erahnen, dass sie viel-



„Im vergangenen Herbst hat der Konvent ein klares Votum abgegeben, mit dem wir entschieden für die Wiedereinführung der Durchstufung nach A 14 eintreten. Im August hat die Pfarrvertretung daher eine Unterschriften-Aktion initiiert, um der Forderung nach Wiedereinführung der ruhegehaltfähigen Durchstufung nach A 14 öffentlichen Nachdruck zu verleihen.“

leicht am Anfang ihrer Berufslaufbahn befürchten, eine Unterschrift, mit der sie eigene, berechtigte Interessen unterstützen, könne irgendwann nachteilige Folgen für sie haben. Erfreulicherweise haben sich aber dennoch auch einige Vikare und Vikarinnen an unserer Aktion beteiligt. Als Pfarrvertretung können wir nur dazu ermutigen, auch für eigene und berechtigte Anliegen die Stimme zu erheben. Um dem Schutzbedürfnis der jüngeren Kolleginnen und Kollegen gerecht zu werden, haben wir ja von Anfang an auch um die solidarische Unterstützung der älteren Kolleginnen und Kollegen geworben, die längst eine ruhegehaltfähige Besoldung nach A 14 erhalten.

Aus gesamtkirchlicher Verantwortung trägt die Pfarrvertretung die Entscheidung mit, dass die Besoldung aller in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis Beschäftigten künftig nach der Besoldungsordnung des Bundes mit einem Bemessungssatz von 95 % und nicht mehr nach der des Landes Nordrhein-Westfalen erfolgen soll, da so einerseits das Pfarrdienstgesetz der EKD umgesetzt wird. Der Bemessungssatz begrenzt aber andererseits die Belastung unserer kirchlichen Haushalte, da eine unbegrenzte Übernahme der Bundesbesoldung für alle Pfarrerinnen, Pfarrer, Kirchenbeamten und Kirchenbeamte eine höhere Besoldung und Versorgung mit entsprechenden Folgekosten nach sich ziehen würde.

II. Wiedereinführung der ruhegehaltfähigen Durchstufung

Die beiden Vorsitzenden der Pfarrvertretung haben in den zurückliegenden Monaten an zahlreichen Sitzungen der AG Besoldung und Versorgung teilgenommen. In Kenntnis der umfangreichen Diskussions- und Beratungsgänge erwarten wir als Pfarrvertretung, dass die von uns seit langem geforderte ruhegehaltfähige Durchstufung von A 13 nach A 14 nach zwölfjährigem Dienst in einem Pfarrdienstverhältnis auf Lebenszeit durch einen entsprechenden Beschluss der Landessynode 2019 wieder eingeführt wird. Damit würde die Landessynode die Chance nutzen, die Gerechtigkeitslücke, die durch die Beschlüsse der Synoden von 2008 und 2011 entstanden ist, endlich wieder zu schließen. Allerdings - das ist uns natürlich bewusst - könnte die Synode auch eine andere Entscheidung treffen als alle an der Vorbereitung Beteiligten derzeit erwarten. Wir müssen die freie und unvorhersehbare Beschlussfassung der Synode auf jeden Fall abwarten.

Die Pfarrvertretung verlangt, die gesamte Umstellung so auszustalten, dass weder jetzt (Bestandsschutz) noch bei künftig neubegründeten öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen jemand schlechter gestellt wird als nach bisherigem Recht. Diese Forderung beziehen wir nicht nur auf Pfarrdienstverhältnisse, sondern auch auf die Dienstverhältnisse der Kirchenbeamten und Kirchenbeamten sowie auf alle Überlegungen hinsichtlich einer Umstellung der Beihilfe von Landes- auf Bundesrecht.

III. Präsenz bei der Landessynode 2019 in Bad Neuenahr

Vom 6. bis 11. Januar 2019 wird die Landessynode in Bad Neuenahr tagen. Im Laufe der Plenarsitzungen werden auch die Aussprache und die Beschlussfassung zu den Vorlagen in Sachen Besoldung und Versorgung erfolgen.

Christoph Hüther und ich werden für die Pfarrvertretung wie immer wechselweise im Gaststatus an der Tagung teilnehmen.

„Die Pfarrvertretung verlangt, die gesamte Umstellung so auszustalten, dass weder jetzt (Bestandsschutz) noch bei künftig neubegründeten öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen jemand schlechter gestellt wird als nach bisherigem Recht.“

Es wäre ein deutliches Signal, wenn Pfarrerinnen und Pfarrer an der entscheidenden Plenarsitzung in möglichst starker Zahl als Besucherinnen und Besucher im Publikum vertreten wären. Mit dem Präses gibt es schon die Absprache, dass wir rechtzeitig erfahren, wann ungefähr die entsprechende Vorlage behandelt werden wird. Über die Wahl- und Kontaktpersonen werden wir diese Information kommunizieren, sobald sie für uns verfügbar ist.

Nachdem die Beschlussfassung 2011 in den späten Abendstunden wohl weitgehend ohne Publikum erfolgte, erwarten wir jetzt eine andere Zeitplanung. Als Pfarrvertretung ist uns wichtig, dass die Plenardiskussion und die Abstimmung über die Beschlussvorlagen auf möglichst breites Interesse bei den Betroffenen stoßen. Wir planen keine spektakulären Aktionen, finden es aber wünschenswert, dass möglichst viele Pfarrerinnen und Pfarrer durch ihre Präsenz ihre berechtigten Interessen öffentlich dokumentieren.

IV. Ausblick – Pfarrdienstverhältnisse im Angestelltenverhältnis

Aktuell wurde verschiedentlich die Frage an die Pfarrvertretung gerichtet, was die zu treffenden Entscheidungen denn für die Pfarrdienstverhältnisse im Angestelltenverhältnis bedeute.

Die Pfarrvertretung setzt sich dafür ein, dass eine Regelung geschaffen wird, die auch bei Pfarrdienst im Angestelltenverhältnis nach zwölf Jahren eine Erhöhung der Vergütung auf EG 14 vorsieht. Im Blick auf die damit verbundene finanzielle Mehrbelastung ist festzustellen, dass sich hier in erster Linie eine Erhöhung des Bruttoarbeitsentgelts und der Sozialversicherungsbeiträge im aktiven Dienstverhältnis ergibt. Die Belastung durch die dem aktiven Dienst folgende Versorgung

bleibt begrenzt, da diese - abgesehen von der kirchlichen Zusatzversorgung - vorrangig über die gesetzliche Rentenversicherung erfolgt.

Die Pfarrvertretung ist der Meinung, dass es nicht vertretbar ist, Pfarrerinnen und Pfarrer im Angestelltenverhältnis durch fehlende Aufstiegsmöglichkeiten in der Besoldung dauerhaft zu benachteiligen.



4. Kommunikationskanäle der Pfarrvertretung – Multiplikatorenfunktion der Wahl- und Kontaktpersonen

Im Zusammenhang mit der Kampagne zur Wiedereinführung der Durchstufung haben wir in der Pfarrvertretung teilweise neue Erfahrungen mit dem Kommunikationsverhalten im Kreis der Wahl- und Kontaktpersonen gemacht, die leider Befürchtungen aus der Vergangenheit bestätigt haben. Wir können das bedauerlicherweise nicht als positive Erfahrung verbuchen. Zur Transparenz unserer Arbeit, für die ich mich als Vorsitzender einsetze und auch verantwortlich fühle, gehört, dass wir darüber nicht schweigen, denn letztlich sind davon die Kolleginnen und Kollegen in den Kirchenkreisen betroffen, die durch die Darstellung in diesem Bericht über unsere Einschätzung der Vorgänge informiert werden.

Schon vor dieser Aktion gab es Kirchenkreise, deren Wahl- und Kontaktpersonen nicht oder nur sporadisch an den Konventen teilgenommen haben und außerdem auf Einladungen und Anfragen nie oder erst auf Nachfrage reagiert haben. Nun zeigte sich, dass einige Kolleginnen und Kollegen trotz mehrfacher Bitten auch keine Rückmeldungen über die Zahl der Unterstützungsunterschriften zur laufenden Kampagne gaben. Dies ließ die Frage auftreten, ob die Infor-

„Die Pfarrvertretung ist der Meinung, dass es nicht vertretbar ist, Pfarrerinnen und Pfarrer im Angestelltenverhältnis durch fehlende Aufstiegsmöglichkeiten in der Besoldung dauerhaft zu benachteiligen.“



„Seit einiger Zeit wird in unserer Landeskirche bei Langzeiterkrankungen auch für den Pfarrdienst ein durch die allgemeine Sozialgesetzgebung vorgesehenes Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) angeboten.“

mationen in den Kirchenkreisen überhaupt zeitnah weitergegeben worden sind. In alle Kirchenkreise hatten wir im August in einer aufwändigen Aktion per Post und zusätzlich noch auf elektronischem Wege Flyer an die Wahl- und Kontaktpersonen verschickt mit der Bitte, diese in den Pfarrkonventen zu verteilen und dort auch um Unterschriften zu werben. Nachdem es auch trotz erneuter Bitte um Rückmeldung in einigen Fällen keinerlei Reaktion gab, habe ich Anfang Oktober an die betreffenden Superintendenturen eine „Brandmail“ geschickt mit der Bitte, die Informationen über die Unterschriftenaktion direkt an die Kolleginnen und Kollegen in den Kirchenkreisen weiterzuleiten. So wollte ich sicherstellen, dass tatsächlich alle Kolleginnen und Kollegen über unser Anliegen und unsere Aktion informiert werden und Gelegenheit haben, eine Unterstützungsunterschrift zu leisten. In der Folge trafen dann zahlreiche Formulare mit Unterschriften und dem Hinweis ein, dass man erst durch meine Mail auf die Aktion der Pfarrvertretung aufmerksam geworden sei. Letztlich bleibt festzuhalten, dass es aus vier Kirchenkreisen keinerlei Liste mit Unterschriften gibt, dafür z. T. aber viele Einzelunterschriften. In einem dieser Kirchenkreise absolviert die Wahl- und Kontaktperson derzeit ein Studiensemester, so dass dort nachvollziehbar derzeit keine persönliche Interessenvertretung unserer Anliegen gegeben ist.

Das führt uns zu einer zweifachen Erkenntnis: Es gibt Kollegen und Kolleginnen, die zwar als Wahl- und Kontaktperson gewählt wurden, aber anscheinend - auch trotz mehrfacher Versuche der Kontaktaufnahme - nicht wissen, was ihre Aufgabe ist oder aber kein Interesse an der Wahrnehmung dieser Aufgabe haben. Und es scheint Kollegen und Kol-

leginnen zu geben, die aus uns unerklärlichen Gründen alle Versuche der Kontaktaufnahme ignorieren und durch ihre Kommunikationsverweigerung die wichtige Arbeit der Pfarrvertretung sabotieren. Den Schaden haben die Kolleginnen und Kollegen in den Kirchenkreisen, die ein Recht auf die Information über die Arbeit, die Anliegen und die Unterstützungsmöglichkeiten der Pfarrvertretung haben.

An dieser Stelle und auf diesem Wege bitte ich daher alle Kolleginnen und Kollegen um entsprechende Nachfragen in den Kirchenkreisen, in denen nichts von der Kampagne bekannt war oder die Informationen und Berichte der Pfarrvertretung nicht weitergeleitet werden.

Als Konsequenz werde ich jetzt in der Folge des Herbstkonvents in einigen Kirchenkreisen die Superintendenturen bitten, den Jahresbericht per Mail an alle Kolleginnen und Kollegen im Kirchenkreis weiterzuleiten. Wir bedauern, dass dies notwendig zu sein scheint, denn wir schätzen den unverzichtbaren Dienst der Wahl- und Kontaktpersonen und das persönliche Engagement in den Kirchenkreisen.

Aus der Arbeit der Pfarrvertretung

I. Beteiligung an BEM-Verfahren⁴

Seit einiger Zeit wird in unserer Landeskirche bei Langzeiterkrankungen auch für den Pfarrdienst ein durch die allgemeine Sozialgesetzgebung vorgesehenes Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) angeboten. Die Personalabteilung

⁴ „Betriebliches Eingliederungsmanagement“ - s. hierzu die durch Landeskirchenamt veröffentlichten Regelungen: <https://www.ekir.de/pfarrvertretung/Downloads/InfOnline%2011-2017.pdf>, S. 8.



des Landeskirchenamtes hat die Aufgabe, diese Maßnahme den von einer Langzeiterkrankung Betroffenen schriftlich anzubieten. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass seitens der Superintendenturen dem Landeskirchenamt entsprechende Krankheitsverläufe gemeldet werden. Die Beteiligung der Pfarrvertretung erfolgt nur, wenn die betroffenen Pfarrpersonen es wünschen.

Aus unserer Sicht ist die Beteiligung ausgesprochen sinnvoll und zielführend, da in den Verfahren immer auch dienstrechtliche Zusammenhänge berücksichtigt werden müssen. Außerdem werden die BEM-Verfahren oft von unterschiedlich längst vorhandenen Konflikten überlagert, die sich in dieser Ausnahmesituation, die alle Beteiligten z. B. durch umfangreiche Vertretungsregelungen betrifft, weiter verschärfen können. Auch in diesem Kontext fällt der Pfarrvertretung dann eine vermittelnde Rolle zu. In der Regel nehme ich die Beteiligung der Pfarrvertretung wahr, da die stete Zusammenarbeit mit der Integrationsberaterin des B.A.D., Frau Petra Schröder, ein Vertrauensverhältnis geschaffen hat, das in diesem Kontext zu den Grundvoraussetzungen auch auf Seiten der Beratenden gehört. Gemeinsam arbeiten wir daran, unsere Kompetenzen stetig und gegenseitig zu erweitern und für die Betroffenen nutzbar zu machen.

Noch aus einem anderen Grund ist es dringend erforderlich, dem Landeskirchenamt Fälle von Langzeiterkrankungen zu melden: Nach § 7 (3) FAG⁵ werden Vertretungskosten bereits nach Ablauf der 6. Woche aus Mitteln der Pfarrbesol-

dungsumlage bestritten. Diese Regelung gilt erst seit 2017 und ist daher vielleicht nicht überall bekannt. Sie hat aber die positive Folge, dass man vor Ort nicht erst mühsam über einen längeren Zeitraum Vertretungsregelungen mit den vorhandenen Kräften schaffen muss. Sehr viel früher können jetzt schon Lösungen gesucht werden, die alle Betroffenen entlasten.

II. Sitzungs- und Netzwerkarbeit

Die Pfarrvertretung ist seit dem Herbstkonvent 2017 zu neun Sitzungen und im Oktober 2018 zu einer zweitägigen Klausurtagung zusammengekommen. Im März fand der Frühjahrskonvent der Wahl- und Kontaktpersonen in Bonn statt.

Im Rahmen der Juli-Sitzung in Wuppertal fand ein ausführlicher Gedanken- und Informationsaustausch mit der Leiterin der Gemeindeberatung/ Organisationsentwicklung (GO), Frau Pfarrerin vom Stein, statt. Dieser Austausch soll eine Fortsetzung finden, da in gemeindlichen Konfliktsituationen sowohl die Beratung der GO (meist seitens der Leitungsgremien) als auch die Begleitung der Pfarrvertretung (i. d. R. durch die betroffenen Pfarrpersonen) in Anspruch genommen wird. Es ergab sich die miteinander geteilte Erkenntnis, dass es sinnvoll ist, sich gegenseitig mit den jeweiligen Sicht- und Arbeitsweisen vertraut zu machen, um in der Konfliktbearbeitung von unterschiedlichen Ansatzpunkten ausgehend dennoch ggf. komplementär arbeiten zu können. Frau vom Stein wird beim Frühjahrskonvent Anfang nächsten Jahres Gast in unserer Mitte sein und uns dann zum gemeinsamen Austausch zur Verfügung stehen.

Im September fand die erste Begegnung mit der neu berufenen Schwerbehinder-

⁵ <https://www.kirchenrecht-ekir.de/document/2797/search%2522Vertretungskosten%2522#s53000043>

***„Gemeinsam
arbeiten wir daran,
unsere Kompetenzen
stetig und
gegenseitig zu
erweitern und für die
Betroffenen nutzbar
zu machen.“***

„Mit der Vertretung der Vikarinnen und Vikare fanden erstmals zwei Gesprächstermine statt, zuletzt am 5. November 2018 in Wuppertal. Gemeinsam haben wir abgesprochen, diesen wichtigen Austausch regelmäßig mindestens einmal pro Jahr zu pflegen.“

tenvertretung und dem Suchtbeauftragten der Landeskirche statt.⁶ Auch hier ist beiderseits ein kontinuierlicher Informations- und Erfahrungsaustausch gewünscht.

Darüber hinaus haben wir seitens der Pfarrvertretung intensive informelle Kontakte aufgebaut und bestehende Arbeitsbeziehungen gepflegt und ausgebaut. Zunächst einmal fanden vier Besprechungen mit der Leitung der Personalabteilung sowie das jährliche Gespräch mit dem Präses statt.

Mit der Vertretung der Vikarinnen und Vikare fanden erstmals zwei Gesprächstermine statt, zuletzt am 5. November 2018 in Wuppertal. Gemeinsam haben wir abgesprochen, diesen wichtigen Austausch regelmäßig mindestens einmal pro Jahr zu pflegen. Seitens der Vertretung wurde auch angeregt, über ein geordnetes Austauschformat mit den Pfarrerinnen und Pfarrern im Probldienst nachzudenken. Es wurde für diesen Personenkreis der Eindruck weitergegeben, dass man sich in den derzeitigen Strukturen nicht angemessen vertreten sehe. Die Pfarrvertretung wird im Laufe des nächsten Jahres überlegen, ob und wie ein Treffen mit Pfarrerinnen und Pfarrern im Probe-

dienst organisiert werden könnte. Es wurde festgehalten, dass die Pfarrvertretung auf jeden Fall auch die Interessen und Anliegen des Probldienstes im Auge haben und vertreten wird.

Mit dem Vorstand des Ev. Pfarrvereins kamen die beiden Vorsitzenden im März zusammen. Im Oktober fand das Jahresgespräch des Vizepräses mit den beiden Vorsitzenden von Pfarrvertretung und Pfarrverein, Pfarrer Peter Stursberg und Pfarrer Friedhelm Maurer, in Koblenz statt. Im September fand das Jahresgespräch der drei Pfarrvertretungen aus Rheinland, Westfalen und Lippe in Dortmund statt. Das Rheinland war mit drei Personen vertreten (Hüther, Ohlendorf, Schulze), Lippe mit einer Person (Krause). Der westfälische Vertreter war leider kurzfristig verhindert.

Ausblick und Dank

An dieser Stelle möchte ich schon einmal auf die beiden Konvente im nächsten Jahr vorausschauen. Am 13. März 2019 treffen wir uns hier in Bonn zum Frühjahrskonvent und werden, wie bereits erwähnt, Frau vom Stein von der GO zu Gast haben. Am 21. November 2019 - hier handelt es sich um eine Terminverlegung! - findet ebenfalls hier der Herbstkonvent statt, der ein kleiner Jubiläumskonvent sein wird, denn wir schauen dann gemeinsam auf zehn Jahre in der Arbeit der Pfarrvertretung zurück. Mit den Planungen für diesen Tag werden wir in Kürze im Kontakt mit der Personalabteilung beginnen.

Wie in den Jahren zuvor möchte ich auch heute meinen Bericht mit einem umfassenden Dank schließen.

Zunächst danke ich meinem Stellvertreter Christoph Hüther für die konstruktive,

⁶ Kontaktdata Schwerbehindertenvertreter:
Pfarrer Uwe Bratkus-Fünderich, Lintforter Str. 144, 47445 Moers, Tel.: 0284171923, E-Mail: uwe-jens.bratkus-fuenderich@ekir.de * Pfarrer Christoph König, Krettnacher Straße 6a, 54329 Konz Krettnach, Tel.: 065019479916, E-Mail: christoph.koenig@ekir.de * Pfarrer Werner Korsten, Heidhäuser Str. 8 a, 45239 Essen, Tel.: beruflich TS: 0201747480, Mobil 01712814553, E-Mail: werner.korsten@ekir.de, Threema ID: TAKC8PP3; Funktionsemailadresse: Sbv.pfarrpersonen@ekir.de
Suchtbeauftragter: Volker Bürger, Fachambulanz für Suchtkranke, Langerstraße 2, 40233 Düsseldorf, Tel. 0211 73 53 264



verlässliche und vor allem vertrauensvolle Zusammenarbeit. Es bewährt sich, dass wir unsere inhaltlichen Schwerpunkte unterschiedlich setzen und dadurch in unserer Arbeit in Beratung und Interessenvertretung ein breites Feld abdecken können. Die halbe Freistellung für die Arbeit in der Pfarrvertretung gibt Christoph Hüther auch noch einmal ganz andere Möglichkeiten für das zeitliche Engagement in unserer gemeinsamen Sache.

Natürlich richte ich meinen Dank auch an die anderen Mitglieder der Pfarrvertretung: an Martina Biebersdorf, Tanja Bodewig, Margitta Kruppa, Hartmut Ohlendorf und Jochen Schulze. Die erfolgreiche Arbeit der Pfarrvertretung verdankt sich unserer Teamleistung. Unsere Sitzungen haben immer ein sehr umfangreiches Programm. Die Diskussionen sind oft auch kontrovers - entscheidend ist für uns, dass wir zu einem Ergebnis kommen, dass wir in der kirchlichen Öffentlichkeit gemeinsam vertreten können. Und so danke ich auch den genannten Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich für die vertrauensvolle und ausdauernde Zusammenarbeit.

Und auch den Wahl- und Kontaktpersonen, Ihnen also, danke ich sehr herzlich für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. In diesem Bericht finden sich auch kritische Worte über die Zusammenarbeit mit Einzelnen aus unserem Kreis. Darüber soll nicht in Vergessenheit geraten, dass die Kooperation mit der großen Mehrheit bestens verläuft. Es gab für uns im zurückliegenden Jahr ja auch wieder die Möglichkeit, Pfarrkonvente zu besuchen. Die Einladungen in die Konvente hatten wohl überwiegend die Wahl- und Kontaktpersonen initiiert.

Auf diese Kontakte und den sich daraus ergebenden Austausch sind wir in der Pfarrvertretung angewiesen. Ich möchte Sie daher ermutigen, auch im vor uns liegenden Jahr wieder Besuche in Ihren Pfarrkonventen anzuregen - für die Pfarrvertretung gibt es noch viele „weiße Flecken“ auf der Landkarte unserer Landeskirche. Je bekannter wir als Pfarrvertretung sind, desto größer sind die Möglichkeiten, den Kolleginnen und Kollegen vor Ort mit Information, Beratung und Begleitung zur Seite zu stehen. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen sind unsere unersetzlichen Multiplikatoren auf Ebene der Kirchenkreise!

In den Dank schließe ich auch die Leitung und alle Mitarbeitenden der Personalabteilung im Landeskirchenamt ein. In vielen Angelegenheiten gibt es einen sehr vertrauensvollen Austausch, der uns fortwährend die Gelegenheit gibt, wirkungsvoll die Anliegen vieler Kolleginnen und Kollegen zur Sprache zu bringen, die aus ganz unterschiedlichen Gründen in Bedrängnis geraten sind. Ich danke für die vielen intensiven Gespräche und Beratungen, die ganz überwiegend auch von den Betroffenen als entlastend empfunden werden, weil sie spüren, dass wir gemeinsam und mit viel gegenseitiger Wertschätzung auf der Suche nach konstruktiven Lösungen sind, die für alle Beteiligten das Tor in die Zukunft offenhalten.

Damit bin ich am Ende meines Berichts angekommen und danke für Ihre Aufmerksamkeit und für Ihr Interesse.

Bonn, 14. November 2018
 Pfarrer Peter Stursberg,
 Vorsitzender



- Peter Stursberg ist seit 2005 Pfarrer in Koblenz-Pfaffendorf und seit 2013 Vorsitzender der Pfarrvertretung in der EKiR.
www.ekir.de/pfarrvertretung

„Warum seid ihr gegangen?“

Reflektionen zu einer Frage, die die Geister der Siebenbürger Sachsen schied.
Gedanken eines Nordsiebenbürgers.

Kurt Franchy

Wie oft man mir die Frage gestellt hat, kann ich nicht beantworten. Ungezählte Male wurde ich von Vertretern der Kirche, Behörden, Nachbarn, Freunden, Menschen an der Theke, Touristen, die Rumänien besucht haben, Jugendlichen, Freunden meiner Töchter danach gefragt: Warum seid ihr aus Siebenbürgen gegangen?

In Nächten, in denen ich von einem Traum erwache, der mich in heimatliche Gefilde geführt hat, unter Freunde, Feinde und andere, stelle ich mir diese Frage auch. Ich kann nicht leugnen, dass ich gelegentlich von Wehmut erfüllt werde und denke: Du hast dich damals falsch entschieden.

Werde ich hingegen richtig wach und vergegenwärtige ich mir den Zeitpunkt des zur Ausreise gereiften Gedankens und der Verabschiedung aus der verlorenen Heimat, versinke ich mit einem tiefen Seufzen erneut in den Schlaf und überlasse meinem Gott und Herrn Gericht und Gnade über mich und diese Entscheidung. Er ist und bleibt Richter und Retter zugleich.

Was war geschehen?

**„Wie oft man mir die Frage gestellt hat, kann ich nicht beantworten.
Ungezählte Male wurde ich von Vertretern der Kirche, Behörden, Nachbarn, Freunden, Menschen an der Theke, Touristen, die Rumänien besucht haben, Jugendlichen, Freunden meiner Töchter danach gefragt: Warum seid ihr aus Siebenbürgen gegangen?“**

der Geschichte der Siebenbürger Sachsen zu gelingen. War doch jede Generation, auch meine und die meiner Kinder im Bewusstsein einer Zugehörigkeit zu einer Gruppe, die 800 Jahre Geschichte aufweist, aufgewachsen. Die Gruppe wurde 1940 in zwei Teile gespalten. Die Folgen waren für beide Teile schicksalhaft.

Vom freien Volk (1140) hin zu einer Minderheit (1876)

Unsere deutschsprachige Volksgruppe, die Siebenbürger Sachsen, konnte sich seit dem Jahr 1140 sieben Jahrhunderte, im Rahmen der Rechte und Pflichten, die sie mit den ungarischen Königen und Fürsten vereinbart hatten, frei entfalten. Im Karpatenbogen, in einem kaum besiedelten Land, war diese Gruppe deutscher Siedler zum Schutz der Krone ungarischer Könige im 12. Jahrhundert angesiedelt, und mit Privilegien ausgestattet worden. Klare aus ihrer Heimat mitgebrachte Strukturen, der katholische Glaube und eine verlässliche Nachbarschaftshilfe prägten den Alltag des meist bäuerlichen Lebens. Zum Schutz der ungarischen Krone, wie es in der Urkunde hieß, wurden von den Siedlern Kirchenburgen in den über 250 Dörfern und Ringmauern mit Türmen in den Städten, errichtet. Während der Kämpfe gegen die Mongolen



und später die osmanischen Heere floss viel Blut der deutschen Siedler. Eine für die Zeit moderne Landwirtschaft, das Handwerk, der Fleiß und die Zuverlässigkeit trugen den Siedlern Achtung und Anerkennung ein. Sie erhielten entsprechende Rechte, wie Selbstverwaltung, Justiz, freie Wahl ihrer Pfarrer und das Recht über Grenzen hinweg Handel zu treiben. Gleichzeitig wuchsen unter den Siedlern ein starkes Selbstbewusstsein und das Bestreben unter sich autark zu bleiben. Diese Identitätsfindung wurde im 16. Jahrhundert durch die Annahme der lutherischen Reformation und des Augsburger Bekenntnisses vertieft und verstärkt.

Die politische Lage hatte sich gegen Ende des 18. Jahrhunderts im Südosten Europas zu Ungunsten der Siebenbürger Sachsen geändert. Mit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich 1867 (siehe Wikipedia) und der Zerschlagung der Nationsuniversität (Parlament der Siebenbürger Sachsen) 1876 fielen mit einem Schlag die erworbenen Privilegien der indessen zu einem Volk zusammengewachsenen Siebenbürger Sachsen weg. Infolge dieser Ereignisse sah sich die Leitung der Ev. Kirche gefordert, innerhalb ihrer Möglichkeiten die Geschicke ihrer Gemeindeglieder selbst zu lenken. Zunächst war zumindest das Schulwesen von Einschränkungen verschont geblieben. Der gemeinschaftliche Grundbesitz sicherte bis 1921 den finanziellen Bestand und die Zahlung der Gehälter der Lehrer. Nach dem ersten Weltkrieg folgte eine weitere Neuauftteilung der sudosteuropäischen Länder. Siebenbürgen fiel an Rumänien. Die deutschsprachigen nunmehr rumänischen Staatsbürger wurden zur Minderheit. Was außer dem geistlichen Dienst der Kirche blieb, war das Schulwesen. Die Predigt war oft von der libe-

ralen Theologie bestimmt. Die 1921 durchgeführte Agrarreform der rumänischen Regierung bedrohte infolge von Enteignungen die Existenz des eigenen Schulwesens. Nun konnten sich die Siebenbürger Sachsen nicht mehr als Volk definieren. Bestand hatte nur noch die Volkskirche, deren presbyterian-synodale Grundsätze den Ordnungen der Ev. Kirche im Rheinland ähnlich sind.

Doch die politischen Entwicklungen in Europa waren damit nicht zur Ruhe gekommen. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges brachte nicht nur eine weitere Teilung Siebenbürgens in Nord- und Südsiebenbürgen, sondern auch den Einzug einer neuen Ideologie. Der Nationalsozialismus fiel auf einen von Enttäuschung und Verarmung genährten Boden. Naive Träumer hofften auf die Wiederbelebung früherer Privilegien. Die Kirchenleitung wurde gestürzt, Bischof Dr. Viktor Glondys zum Rücktritt gezwungen und durch einen dem Nationalsozialismus nahestehenden Pfarrer Wilhelm Städel ersetzt. Das Jahr 1944 bescherte den in ihren Strukturen grunderschütterten Siebenbürger Sachsen ein böses Erwachen.

Das turbulente Jahrzehnt 1934 -1945

Die an die ungarische Sprache allmählig gewohnten Landsleute waren von heute auf morgen gezwungen sich mit der rumänischen Sprache und Verwaltung vertraut zu machen.

Aber es war nicht die Sprache allein. Man war gezwungen sich erneut anzupassen. Meine Großmutter sprach bis zu ihrem Tod im Jahr 1965 nur gebrochen Rumänisch. Manche meiner Kommilitonen waren in Mundart und Deutsch gewohnt zu sprechen. Zeitlebens fiel ihnen die

„Die politische Lage hatte sich gegen Ende des 18. Jahrhunderts im Südosten Europas zu Ungunsten der Siebenbürger Sachsen geändert... Infolge dieser Ereignisse sah sich die Leitung der Ev. Kirche gefordert innerhalb ihrer Möglichkeiten die Geschicke ihrer Gemeindeglieder selbst zu lenken.“

„Junge Männer meldeten sich zur Waffen-SS, und diejenigen, die nicht freiwillig in den Krieg zogen, wurden dazu gezwungen. Schon während der ersten Monate an der Front ließen unzählige, oft nur im Schnellverfahren mangelhaft ausgebildete junge Männer, ihr Leben.“

Umstellung schwer. Die Wirtschaftslage in kleineren Dorfgemeinschaften war nach der Agrarreform von 1921 manchenorts existenziell bedroht. Die kommunalen Verwaltungen wurden unzuverlässig, und das Streben der Rumänen in die Gremien, die bis in die 30-ger Jahre in vielen Dörfern noch rein sächsisch waren, bereiteten Sorgen. Indessen zeigte sich ab, dass Deutschland in Europa eine wichtige Rolle spielen könnte. Mit dem 1939 ausgebrochenen Krieg keimten Hoffnungen und zugleich Sorgen auf.

Die Nazideutschland hörigen Regierungen von Rumänien und Ungarn ließen die „Deutsche Volksgruppe“ gewähren. Junge Männer meldeten sich zur Waffen-SS, und diejenigen, die nicht freiwillig in den Krieg zogen, wurden dazu gezwungen. Schon während der ersten Monate an der Front ließen unzählige, oft nur im Schnellverfahren mangelhaft ausgebildete junge Männer, ihr Leben. Es zeigte sich, dass diejenigen, die mit Sorge und ablehnender Haltung der Entwicklung begegnet waren, Recht behalten sollten.

Der „Zweite Wiener Schiedsspruch“ hatte 1940 die Siebenbürger Sachsen in rumänische und ungarische Staatsbürger geteilt. Eine folgenschwere Entscheidung für rund 35.000 Nordsiebenbürger Sachsen. Nach nur 22 Jahren rumänischer Herrschaft waren die Sachsen aus einem weiten Umkreis von Bistritz und Sächsisch Regen erneut unter einer ungarischen Regierung. Diese erlaubte im Herbst 1944 im Gegensatz zu der rumänischen Regierung eine totale Evakuierung der deutschsprachigen Minderheit.

Ursprünglich waren beide Länder, Rumänien und Ungarn an der Seite des Deutschen Reiches gegen Russland in den Krieg gezogen. Am 23. August 1944 vollzog Rumänien eine Kehrtwende. Rumä-

nien kämpfte nun gegen Ungarn und die flüchtende Wehrmacht. Dieser Frontwechsel führte, wie sich in den folgenden Jahrzehnten zeigte, zu einer unumkehrbaren Trennung und Zersplitterung aller Sachsen.

Die Ereignisse, die dem 23. August 1944 folgten, sind in zahlreichen wissenschaftlichen Werken und Heimatbüchern vieler Orte dokumentiert. Meiner Generation sind sie in manchen Stunden gegenwärtig. Jüngere Menschen meiner Landsleute können gewisse Situationen aus Schilderungen ihrer Eltern nachvollziehen. Doch die meisten sind vom rasanten Geschehen unserer Tage und unter dem Einfluss mancher politischen Parteien nicht in der Lage, das nachzuempfinden, was einst Realität war. Das Sterben des Sächsischen Volkes vollzog sich langsam, aber unaufhaltsam. Viele sahen die heutige Situation auf sich zukommen, andere träumten von Wiederbelebung vergangener Zeiten. Unverbesserliche irrten sich in der Einschätzung der geistigen, moralischen und wirtschaftlichen Kraft unserer Gruppe. Zu wenige erinnerten sich daran, aus welcher Quelle die Kraft geflossen war, als unsere Vorfahren existenzielle Eingriffe in ihrem Leben überwunden hatten. Einst lagen Bibel, Gesangbuch und der Kleine Katechismus auf dem Tisch jedes Haushaltes. Griffbereit und abgegriffen.

1944/1945 Flucht und Vertreibung aus Nordsiebenbürgen Absturz und Neubeginn

Das in Bistritz gewählte Bezirkskonsistorium (vergleichbar einer Kreissynode im Rheinland) war seit der Zugehörigkeit Nordsiebenbürgens zu Ungarn (1940) von dem Landeskonsistorium der Ev. Kirche Hermannstadt/Rumänien mit der geistlichen und administrativen Leitung



sämtlicher um Bistritz und Sächsisch Regen liegenden Kirchengemeinden beauftragt worden. Stadtpfarrer Dr. Carl Molitoris wurde in den Rang eines Generaldechanten mit quasi bischöflichen Rechten erhoben. Als die Kämpfe jenseits der Ostkarpaten nach dem vollzogenen Frontwechsel Rumäniens auf 70 km Luftlinie herangekommen waren, wurde unter dem Schutz der Wehrmacht die Evakuierung der 35.000 deutschen Bewohner des Raumes zwischen den Ostkarpaten und dem Fluss Mieresch mit sofortiger Wirkung angeordnet. Eine alte Dorfbewohnerin erzählt:

„Als der Tag kam, an dem die Bevölkerung aus dem geliebten Dorf oder der Heimatstadt auszog, spielte sich in jedem der 34 Dörfer ein ähnliches Szenario ab. Die Presbyter hatten einen Brief unter Verschluss erhalten, den sie 48 Stunden vor der Evakuierung mit genauen Angaben über den Verlauf der Evakuierung hervorholten. Jede Familie wurde einzeln aufgesucht, um die Anweisungen zur Vorbereitung nach Vorschrift weiter zu geben. Auf dem Land wurde nur das Wichtigste für Mensch und Vieh, das den Wagen zog, mitgenommen. Alte und Kinder fuhren auf den von Kühen gezogenen Wagen. Alles, was geben konnte wanderte zu Fuß. Eine Stunde bevor sich der Treck in Bewegung setzte, wurde in einem letzten Gottesdienst um Gottes Geleit gebetet und unter Glockengeläut, das erst verklang als auch der letzte Wagen nicht mehr zu sehen war, zogen die Deutschen, deren Vorfahren vor 800 Jahren eingewandert waren ins Un gewisse, Richtung Westen.“

Die flüchtende deutsche Landbevölkerung reihte sich in die strategisch kompetent organisierten Trecks ein. Sie mussten über Nebenstraßen wandern. Unterwegs starben Kranke und Alte. Sie konnten nur in aller Eile am Wegrand beerdigt werden. Das Futter für die Zugtiere war auf die unabsehbar lange Reise mitgenommen worden.

In die zurückgelassenen Häuser, Scheunen und Keller meiner Landsleute, die mit reicher Ernte gefüllt waren, wurden bald darauf besitzlose und in der Landwirtschaft unerfahrene rumänische Bergbauern aus den 200 km entfernten Westkarpaten angesiedelt. Mit einer Urkunde ausgestattet, wurden sie zu Besitzern des gesamten Inventars der verlassenen Höfe und Äcker eingesetzt.

Nicht alle Evakuierten, die gemeinsam losgezogen waren sollten das gesetzte Ziel erreichen. Schon die unterschiedlichen Wege führten auseinander. Ein Teil der Gruppe wurden am 9. Mai 1945, als die Grenzziehung der Siegermächte stattfand, in der von der Roten Armee besetzten Zone überrascht. Sie erwartete ein mühsamer und langwieriger Weg zurück, in die nicht wieder zu erkennende Heimat. Die Mehrheit, Gott sei Dank, hatte die drei westlichen Besatzungszonen erreicht und erfuhren ein völlig anderes Schicksal.

Vom stolzen Bauern zum gejagten Bettler!

Rund 5.000 bis 6.000 der 35.000 im September 1944 evakuierten Nordsiebenbürger, die sich auf ihrem Weg in den Westen zum Zeitpunkt des Kriegsendes noch im Besetzungsgebiet der Sowjets wiederfanden wurden im Sommer 1945 gezwungen zurück zu gehen. Die verlassenen Heimatorte, die zeitweise von Ungarn verwaltet wurden, waren inzwischen wieder Rumänien zugehörig. Viele Monate herrschten dort unter rumänisch/sowjetrussischer Regie chaotische Verhältnisse. Zu dieser, der Verzweiflung und dem Hunger ausgesetzten Gruppe, von „Heimkehrern“ die monatelang den Rückweg unter kaum beschreibbaren Zuständen zurücklegen musste, gehörte

„Die flüchtende deutsche Landbevölkerung reihte sich in die strategisch kompetent organisierten Trecks ein. Sie mussten über Nebenstraßen wandern. Unterwegs starben Kranke und Alte. Sie konnten nur in aller Eile am Wegrand beerdigt werden. Das Futter für die Zugtiere war auf die unabsehbar lange Reise mitgenommen worden.“

„Dass wir mittellos dastanden, war auch im Vergleich zu anderen nichts Besonderes. Wir waren zuhause, da wo der Kirchturm 76 m in den Himmel ragte, da, wo wir Sonntag für Sonntag unsere seit eh und je gewohnten Wege gingen.“

auch meine Familie.

Als Kind und doch durch die Verhältnisse früh gereift, musste ich als gerade 10-jähriger 1944/45 mit meiner hochschwangeren Mutter, zwei kleineren Geschwistern und meinen alten Großeltern blank jeden Besitzes den Weg von Rotenschach zurück nach Nordsiebenbürgen antreten. Den Hunger, die Angst, die Krankheit meines kleinen Bruders und die unerwarteten Hilfen auf diesem Rückweg habe ich an anderer Stelle versucht zu beschreiben. Nach Monaten trafen wir in der verlassenen Heimatstadt Bistritz nun ein. Das dritte Geschwister, ein zweiter Bruder, kam, Gott sei es gedankt, eine Woche nach unserer Rückkehr gesund zur Welt.

In Bistritz war das ansehnliche Geschäft des Großvaters einem Brand zum Opfer gefallen. Möglicherweise hatten es Anhänger der Nazis noch vernichtet, hatte doch Großvater den Juden der Stadt während sie verfolgt, interniert und schließlich verschleppt wurden, mit Lebensmitteln geholfen zu überleben. In die Wohnung der Großeltern, denen das einstöckige Haus 100 m vom historischen Stadtzentrum entfernt gehörte, war in deren Abwesenheit eine aktive kommunistische Familie jüdischer Herkunft eingezogen. Diese Familie hatte sich des gesamten zurückgelassenen Inventars bedient, zugleich gewährte sie uns freundlicherweise Unterkunft in Räumen unseres eigenen Hauses. Das war für uns, im Vergleich zu anderen zurück gekehrten Familien ein wahres Wunder. Seinen Ursprung hatte diese Großzügigkeit möglicherweise im Verhalten meines Großvaters in der Zeit, als die Juden in Bistritz verfolgt und dem Verhungern preisgegeben waren.

Vom Verbleib meines Vaters, der als un-

garischer Offizier an der Front gewesen war, wussten wir über mehrere Monate nichts. Schließlich erfuhren wir durch seinen in Wien lebenden älteren Bruder, dass er überlebt hatte und sich in amerikanischer Gefangenschaft befand. Gott Lob! Wir hatten den Krieg ohne menschliche Verluste überstanden. Dass wir mittellos und ohne irgendwelche materiellen Voraussetzungen dastanden, war auch im Vergleich zu anderen nichts Besonderes. Wir waren zuhause, da wo der Kirchturm 76 m in den Himmel ragte, da, wo wir Sonntag für Sonntag unsere seit eh und je gewohnten Wege gingen und wo wir unsere angestammten Plätze in der alten Renaissancekirche einnehmen konnten. Dort war Heimat und wir vertrauten den trostvollen Worten des ebenfalls zurückgekehrten Predigers unserer Gemeinde. Der Schieferberg, der Rubentalerwald und die Rosenburg luden wie immer zu herrlichen Wanderungen ein, und das Obst in den ausgedehnten Plantagen am Goldberg reifte der Ernte entgegen.

Wir waren nach einer knapp einjährigen Odyssee, die uns über Ungarn, Böhmen und Mähren, sowie Österreich durch ungezählte Orte bis nahe Linz an der Donau geführt hatte, wieder in vertrauter Umgebung angekommen.

Veränderte Verhältnisse

Rumänen, die zumeist am Rande der sächsischen Dörfer früher ihre Häuser gehabt hatten und Zigeuner, die als Tagelöhner im Herbst 1944 in die sächsischen Höfe eingezogen waren, gebärdeten sich in den Häusern der Rückkehrer als „neue Herren“. Sie waren inzwischen zu den Besitzern der Höfe gemacht geworden.

Bistritz zählte neben Hermannstadt (Rumänisch: Sibiu) und Kronstadt

(Rumänisch: Brașov), Schäßburg (Rumänisch: Sighișoara) und Mediasch zu den wichtigsten deutschen Städten der ehemaligen K-und K-Provinz Siebenbürgen. Der unter dem Druck Berlins erfolgte „Zweite Wiener Schiedsspruch“ hatte tiefen Wunden hinterlassen. Hier waren, wo Juden vor ihrer Verschleppung gewohnt hatten, die gelben Judensterne noch an den Häuserfronten zu sehen. Viele Juden, die dem Holocaust entgangen waren, waren wieder zurückgekehrt. Während der Übergangszeit bis zu einer geregelten Verwaltung konnten Besatzer und der Mob schalten und walten. So war zum Beispiel die große Bibliothek und das moderne chemische und biologische Versuchslaboratorium des evangelischen Gymnasiums in Bistritz zerstört.

Dank der mutigen Haltung meines Großvaters, der während der Zeit der nationalsozialistischen Großtuerei unter unseren Landsleuten Zurückhaltung übte und nicht in die Rufe gegen die jüdische Bevölkerung einstimmte, sondern im Gegenteil diesen half soweit er es konnte, wurde unsere Familie jetzt vor Internierung verschont. Großvater konnte bald seinem Beruf, allerdings als gewöhnlicher Verkäufer nachgehen, und wir erhielten provisorische Ausweise, die unsere Bewegungsfreiheit innerhalb des Landes sicherten.

Der Herbst 1945 führte in Bistritz und ganz Nordsiebenbürgen zur Ernährung und öffnete vielen die Augen. Man erinnerte sich des prahlerischen Gehabes einiger übermotivierter Funktionäre der Deutschen Ortsgruppenleitung und an die Zeit, in der die Hakenkreuzfahne höher als die Landesfahne gehisst worden war. Das rächte sich jetzt bitter.

Die Heimkehrer, unsere Landsleute, die gezwungen worden waren, in ihr Her-

kunftsland zurückzukehren, kamen, sofern sie arbeitsfähig waren, in Straf- bzw. Arbeits-Internierungslager.

Die Arbeitsunfähigen, die in ihrem Heimatdorf Zuflucht suchten wurden von den aufgehetzten Kolonisten feindlich und gehässig empfangen. Ihre Häuser und Höfe konnten sie nicht betreten. Die meisten neuen Besitzer, die so genannten „Înproprietăți“ (die in Besitz Versetzen) versperrten ihnen den Zugang. Die Szenen, die sich dort abgespielt haben, sind unbeschreiblich. Da ihnen schon nach Betreten des Landes die Zugtiere und Wagen genommen worden waren, waren sie zu Fuß unterwegs. Wer sich zu gehen weigerte, begab sich in Lebensgefahr. Das letzte Hab und Gut, dass sie nach ihrer Evakuierung und der von den Sowjets angeordneten Zwangsrückführung noch besaßen, wurde ihnen jetzt abgenommen. Wegen manch unbedachter Äußerungen wurden viele geschlagen.

Alte, Kranke, Frauen und Kinder waren dankbar, wenn sie bei freundlichen Menschen Aufnahme in feuchten Kellern, undichten Stuben und Dachböden fanden. Viele wurden aus ihren Dörfern gejagt und suchten eine Bleibe und Arbeit in entlegenen rumänischen Dörfern.

Viele hungerten. Kleinkinder und Alte starben an Unterernährung, mangelnder Hygiene und Krankheiten.

Die Behörden waren entweder abwesend oder sahen tatenlos zu. Manch älterer Rumäne bezeugt heute noch mit Bedauern die ungerechte und brutale Behandlung der Heimkehrer, an der sich zumeist der Mob seinen Mut stillte. Es brach die Zeit an, in der die einst stolzen und zum Teil reichen sächsischen Bäuerinnen und Bauern an den Bettelstab gelangt waren.

Als der Winter 1945/46 nahte, wurden



„Alte, Kranke, Frauen und Kinder waren dankbar, wenn sie bei freundlichen Menschen Aufnahme in feuchten Kellern, undichten Stuben und Dachböden fanden. Viele wurden aus ihren Dörfern gejagt und suchten eine Bleibe und Arbeit in entlegenen rumänischen Dörfern.“

„Rund 30.000 Siebenbürger Sachsen und gleichviele katholische Banater Schwaben wurden in der Nacht vom 13. zum 14. Januar 1945 in bereitgestellten Viehwaggons in den Donbass und weiter bis nach Sibirien in Arbeitslager gebracht.“

die zur Arbeit „Unbrauchbaren“ aus den Arbeitslagern/Internierungslagern ins Nichts entlassen. Mutige, Alleinstehende flohen und schlügen sich zumeist bis nach Österreich durch.

Wir fragten uns: wo sind die anderen?

Wo sind unsere Nachbarn, Freunde und Verwandten? Wo meine einstigen Schulfreunde? Wo waren die geblieben, die zur Rückkehr nicht gezwungen worden waren?

Diese Frage stellten wir uns erst, als wir merkten, dass nicht nur die aus den Internierungslagern Heimgekommenen nicht in ihre Heimatorte zurückgekehrt waren. Die „Vielen“, mit denen wir auf der Flucht gestartet waren, waren im Westen geblieben. Die große Mehrheit der Evakuierter war in westlichen Besatzungszonen von der Zwangsrückführung verschont geblieben.

Als uns das bewusst wurde, half uns allein der Glaube an Gott nach vorne zu sehen, und der tägliche Kampf ums Überleben bewahrte uns vor einer kollektiven Depression. Die Erkenntnis, dass wir nur noch eine schwache kleine Gruppe waren, ließ bald die tiefe, unverwüstliche Sehnsucht nach Freiheit im Westen auffeinen. Die Sehnsucht in Freiheit leben zu dürfen wuchs mit der Aussichtslosigkeit, in dem zerstörten Heimatland jemals wieder Heimat zu haben.

1944/ 1945. Was geschah in Südsiebenbürgen?

Einem besonderen Schicksal waren unsere südsiebenbürgischen Landsleute ausgesetzt. Siebenbürgen war seit 1918 ununterbrochen unter rumänischer Verwaltung. Nachdem Rumänien im August 1944 seine Streitkräfte überraschend an die Seite der Sowjets gestellt hatte, war eine organisierte Evakuierung der deut-

schen Bevölkerung, wie im ungarisch verwalteten Nordsiebenbürgen, um Bistritz und Sächsisch Regen, nicht möglich. Nur den Bewohnern von sieben südsiebenbürgischen Orten, unmittelbar an der Grenze zu Ungarn gelegen, gelang die Flucht in den Westen zusammen mit den Nordsiebenbürgern.

Dort, wo die deutsche Bevölkerung von dem Frontwechsel Rumäniens am 23. August 1944 überrascht worden war, hatte sich die Lage in anderer Weise dramatisch entwickelt. Unter den knapp 180.000 verbliebenen Siebenbürger Sachsen fanden Verhaftungen derjenigen statt, die im Verdacht standen, deutsche Soldaten oder ehemalige NS-Funktionäre vor einer Verhaftung versteckt zu haben.

Deportation in Südsiebenbürgen

Forderungen der Siegermacht Sowjetrussland auf Wiedergutmachung durch Rumänien blieben nicht aus. Russland brauchte dafür Arbeitskräfte. Es ist bis heute nicht eindeutig geklärt, warum dazu ausgerechnet nur deutsche Menschen ausgewählt worden waren. Rund 30.000 Siebenbürger Sachsen und gleichviele katholische Banater Schwaben wurden in der Nacht vom 13. zum 14. Januar 1945 in bereitgestellten Viehwaggons in den Donbass und weiter bis nach Sibirien in Arbeitslager gebracht. In den bitterkalten Nächten sind schon auf der mehrtägigen Fahrt viele erfroren. 15 % verstarben im Laufe der fünf Jahre währenden Arbeitszeit an Unterernährung und Krankheiten. Eindrücklich erzählt das der Roman „Atemschaukel“ von Herta Müller. Die aus Russland in die Siebenbürgische Heimat zurückgekehrten jungen Frauen fanden sehr schwer Zugang zu einem normalen Leben und



konnten nur selten eine eigene Familie gründen. Chronischen Krankheiten plagten viele. In den Jahren 1945 bis 1950 wurden aus den russischen Arbeitslagern und der Kriegsgefangenschaft sehr viele Männer und Frauen, oft als Schwerkranke, in die Bundesrepublik, nach Österreich und in die damalige DDR entlassen. Unmündige Kinder, die bei der Deportation der Eltern nach Russland in Siebenbürgen zurückgeblieben waren, und sich in der Obhut von Verwandten, Nachbarn oder Freunden befanden, konnten erst im Zuge der Familienzusammenführung Mitte der 60-er Jahre, mit ihren Eltern in Österreich oder in der Bundesrepublik wieder zusammen kommen. Ab 1947 hatte das damalige „Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen im Diakonischen Werk der BRD“ sich um die Sammlung der im Westen und Osten zerstreut lebenden Landsleute bemüht. Vielen der in die ehemalige DDR Entlassenen gelang die Flucht in den Westen. So war die große Zahl der in aller Herren Länder verschlagenen Landsleute immer mehr gewachsen. Diese waren es auch später, die auf die Familienzusammenführung hofften. Dem Ruf in die Heimat zurück zu kehren, folgten wenige.

Agrarreform und Entmachtung des Bürgertums

Wenige Wochen nach Beginn der Deportation führte die unter sowjetischem Druck entstandene neue rumänische, kommunistische Regierung eine Agrarreform durch. Diese ging mit Zwangskollektivierung und der schrittweisen Totalenteignung aller sächsischen Bauern einher. Die von der Verschleppung verschont gebliebene Siebenbürgisch-Sächsische Landbevölkerung musste zusehen, wie ihr der Besitz genommen und den Bauern die letzte Kuh aus dem Stall getrieben wurde. Von heute auf

morgen waren die Nachfahren der einstmal auf den von ungarischen Königen verbrieften freien Königsboden angesiedelten Bauern zu Landarbeitern auf staatlichen Landwirtschaftsbetrieben und Kolchosen geworden. Viele ihrer früheren Tagelöhner waren nun ihre Vorgesetzten. Sie mussten ihren Hof für Kolonisten räumen und z. T. in Katen am Dorfrand umziehen.

Aus politischen Gründen und wegen ihrer angeblich früheren Stellung als Ausbeuter wurden angesehene Bürger, auch katholische Banater Schwaben, aus ihren Heimatdörfern vertrieben. Sie wurden gezwungen sich in abseitsgelegenen, unbekannten Orten niederzulassen. Über viele Jahre haben sie sich eine neue Existenz aufbauen müssen, weit ab von Orten, die Zugang zu Bildung und Ausbildung ihrer Kinder geboten hätten. Den Hass der kommunistischen Machthaber bekamen auch ehemalige Besitzer von Industriebetrieben, Webereien, Gärtnereien, Handwerksvereinigungen und Großbauern besonders zu spüren. Ungeachtet ihres Alters wurden sie für Jahre zu langen Haftstrafen verurteilt und in Gefängnisse geworfen.

Auch die Familie meiner Frau war betroffen. Im Jahr 1958, als ich um die Hand meiner Frau anhielt, lernte ich meine Schwiegereltern in Südsiebenbürgen kennen. Mein Schwiegervater war Stadtpfarrer der evangelischen Gemeinde von Zeiden, einer kleinen Industriestadt, in der um die 4000 Siebenbürgische Sachsen lebten. Seine Frau war Lehrerin gewesen. Durch die Einquartierungen der Militärs 1944/45, und der danach zugezogenen neuen Bürger aus ländlichen Regionen, hatten ihnen die Behörden für 7 Personen nur zwei Räume des Pfarrhauses als privater Wohn-

„Von heute auf morgen waren die Nachfahren der einstmal auf den von ungarischen Königen verbrieften freien Königsboden angesiedelten Bauern zu Landarbeitern auf staatlichen Landwirtschaftsbetrieben und Kolchosen geworden. Viele ihrer früheren Tagelöhner waren nun ihre Vorgesetzten.“

raum überlassen. Ihre vier Mädchen und ein Junge waren in einem schmalen Raum aufgewachsen. Erst nach 25 Jahren wurden die privaten Räume dem Nachfolger zur Nutzung freigegeben.

Wegen des Besitzes ihrer Eltern war meine Schwiegermutter zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Nur ihr früher Tod hat sie vor größerer Schmach und viel Leiden bewahrt.

Intellektuelle, Lehrer, Pfarrer und Künstler wurden exemplarisch gedemütigt und für nie begangenes Unrecht zu langjährigen Haftstrafen oder Verbannung in Orte weit von ihren Familien entfernt, verurteilt. Das besondere Schicksal der Intellektuellen verdient eine ausführliche Schilderung in anderen Zusammenhängen.

Eine Minderheit – die zunehmend den Weg in die Freiheit suchte!

Wenn auch nachwachsende Generationen sich den Gegebenheiten anpassen können, so wird das kollektive Gedächtnis auch über Jahrzehnte nicht ausgelöscht. Es wandelt sich oft in undifferenzierte und zum Teil unbegründete Hassgefühle Menschen oder Volksgruppen gegenüber. Solche Regungen sind schwer zu korrigieren. Unschuldige werden zu Schuldigen erklärt und umgekehrt.

Wir Siebenbürger Sachsen waren von einem geachteten Volk zu einer Minderheit geworden, die wegen den politischen Ereignissen zwischen 1933 und 1945 im Zwielicht der Mehrheitsbevölkerung standen. Umgekehrt hatten manche unter uns die Ursachen nicht erkennen oder von sich weisen wollen. Die Hoffnung auf Veränderung und auf zumindest Wiederherstellung früherer Verhältnisse in Rumänien erfüllte sich nicht. Im Gegenteil. Viele erkannten, dass die Entfal-

tungs- und Gestaltungsmöglichkeiten derer, die nach der Evakuierung im Westen verblieben waren, Früchte trugen. Der Wunsch wie im Westen zu leben, zu reisen und die Früchte der Arbeit genießen zu können, wurde im Blick auf die „Ausgewanderten“ immer stärker. Besonders bedrückend war die Erfahrung, dass der Individualismus sich siegreicher gebärdete als der früher beschworene Ring. Der Ring, in dem sich unsere sächsischen Brüder und Schwestern, wie wir uns gerne bezeichnet hatten, sahen und gelebt hatten, war gebrochen. Das Vertrauen zueinander und untereinander schwand immer mehr. Die Zuverlässigkeit in die Glieder der Gemeinschaft war den eigenen Interessen geopfert worden. Ein Gemeindeglied anvertraute mir eines Tages, dass es dem Geheimdienst berichten musste, was der Inhalt meiner Predigt war. Ob es dadurch Vorteile genoss, oder unter einem furchtbaren Druck stand? Wer weiß es? Unter Amtsbrüdern war das Vertrauen schon lange geschwunden. Nur dem Bischof sollte man sich anvertrauen. Der würde in der Not helfen. Das gelang ihm nur selten. Von ihm war der indiskutabile Satz „Die Kirche wandert nicht aus.“ bekannt. Der Satz war gewiss als Trostwort gedacht. Bei vielen aber löste er Misstrauen aus. Der Anspruch und die Wirklichkeit im täglichen Leben auch als Christ das Schicksal anzunehmen oder zu gestalten klaffte immer weiter auseinander.

Zu dem kam, dass der Staat, anfangs aggressiv und laut, später subtiler und unauffällig, aber nicht weniger gefährlich, Einschüchterungsmaßnahmen gegen unsere Minderheit entwickelte. Waren noch in den Jahren 1959 – 1964 hohe, nach unseren Begriffen Höchststrafen gegen Intellektuelle, Pfarrer und Künstler verhängt worden, so sorgte die kommunisti-

**„Wegen des Besitzes
ihrer Eltern war
meine
Schwiegermutter zu
einer hohen
Gefängnisstrafe
verurteilt worden.
Nur ihr früher Tod
hat sie vor größerer
Schmach und viel
Leiden bewahrt.“**



sche Partei von Zeit zu Zeit für andere Druckwellen. Wer zum Beispiel einen Antrag auf Auswanderung stellte, verlor im gleichen Zug seinen Arbeitsvertrag. Selbst die Kirche machte davon keine Ausnahme. So wurden kirchliche Stelleninhaber nur dann weiterbeschäftigt, wenn sie bereit waren, sich dem Mitgliedervotum der Kirchengemeinde zu stellen und diese Gnade vor Recht walten ließ.

Die Kündigung der Arbeitsverhältnisse wegen dem Antrag auf Auswanderung versetzten Einzelne und Familien in Verzweiflung, und in einigen Fällen auf Jahre in aussichtslose Verhältnisse. Angestellte in höheren Diensten trafen diese Maßnahme besonders hart. Auch der Entzug der bereits ausgestellten Ausreisedokumente trieben Menschen in Verzweiflung. Nicht wenige lebten dann auf gepackten Koffern und von dem wenigen Erlös ihres aufgelösten Haushaltes.

Die aussichtslose Wirtschaftslage war ein weiterer Beweggrund das Land verlassen zu wollen. Wie bekannt hatte sich der Staatschef Ceausescu einen riesigen Palast bauen lassen. Die Bevölkerung musste dafür enorme Opfer bringen. Die Ausfuhr der wenigen Güter, die Rumänien entsprechend westlichen Ansprüchen zu liefern in der Lage war, dienten in erster Reihe zur Beschaffung von Luxusgütern zur Ausstattung des Palastes, Edelsteine, Kristalle, kostbare, überdimensionale Teppiche zum Schmuck des Protzbaues inmitten der Bukarester Altstadt, die im Vorfeld den Plänen des Diktators weichen musste führte zu Mängelscheinungen auf allen Gebieten. Die Baumärkte waren leer. Bauholz, Bretter, Zement und selbst Glasscheiben waren aus den Regalen verschwunden. Gas in Flaschen, Kohle, Brennholz, Papier und Treibstoff, Benzin und Diesel gab es nur rationiert und selbst dann nur nach oft tagelangem

Anstehen an Zapfsäulen. Die Ernährungslage im Agrarland Rumänien entwickelte sich von Jahr zu Jahr zu einer bedrohlichen Notlage.

Mütter standen in den Städten, auch zur Winterszeit oft stundenlang vergeblich um Milch für ihre Kinder an. In den Gemüseläden standen die Regale entweder leer oder mit Konserven gefüllt mit weißen Bohnen, Erbsen, Linsen und Rote Beete. Außer den Kartoffeln, die häufig angefault und unzumutbar waren, gab es selten frische Saisonwaren. Metzger waren kaum beschäftigt. Frisches Fleisch gab es sehr selten. Ein Witz hinter vorgehaltener Hand, kursierte: Über dem Metzgergeschäft stand die Aufschrift: „Carne (rumänisch Fleisch), im Laden befindet sich Metzger Fleischer“. Wurde der Erzähler verraten, gab es Jahre hinter Gittern.

Ab und zu gab es Eier im Lebensmittelgeschäft. Dorfbewohner waren zur Abgabe von Hühnereiern je nach Zahl der Legetiere verpflichtet. Womit sie gefüttert werden sollten, blieb dem Bauern überlassen. Viele Dorfbewohner, darunter auch Pfarrer, erwarben Eier im Handel und brachten sie zur Abgabestelle. Damit kam er seiner Verpflichtung nach und die Eier kamen erneut in den Handel. Hühner und Kühe grasten meist am Straßenrand. Sie fielen oft dem Verkehr zum Opfer. Kühe gaben in der LPG – Kolchose genannt – durchschnittlich 1,5 – 2 Liter Milch täglich.

Kritische Kommentare zu dieser Notlage waren in oberen Kreisen der Kirchen sowohl in Siebenbürgen als auch im Westen mehr als unerwünscht. Das Deutsche Rote Kreuz und das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland unterstützten die siebenbürgischen Kirchengemeinden durch Lebensmittelpa-

„Die Ausfuhr der wenigen Güter, die Rumänien entsprechend westlichen Ansprüchen zu liefern in der Lage war, dienten in erster Reihe zur Beschaffung von Luxusgütern zur Ausstattung des Palastes, Edelsteine, Kristalle, kostbare, überdimensionale Teppiche zum Schmuck des Protzbaues.“

ketsendungen. Diese konnten beim rumänischen Zoll nur unter vorheriger Bekanntgabe des Absenders ausgelöst und abgeholt werden. Das war schwierig. Institutionen, zum Beispiel Kirchengemeinden, durften es nicht sein. Also waren westliche Spender darauf angewiesen die Empfänger in Siebenbürgen von dem auf den Weg gebrachten Lebensmittelpaket rechtzeitig zu informieren. Ohne Telefon und anderen Kommunikationsmitteln eine höchst riskante und umständliche Mission. Die notwendigsten Lebensmittel wie Milchpulver, Speiseöl, Margarine, Zucker, Trockenhefe und viele anderes was man zum Leben brauchte, kamen oft nicht an. Es scheiterte an der misslungenen Organisation oder daran, dass die lebensnotwendigen Sachen bei anderen landeten, die sich auch über Wasser halten mussten oder das Gestohlene verkauften. Dieser Notstand war im Laufe der Jahre immer schlimmer geworden. Er wurde als Perversion eines geregelten Lebens empfunden.

Unter diesen Umständen und ohne Aussicht auf eine Normalisierung der Lage war der Wunsch vieler Landsleute auszuwandern eine natürliche Folge. Für tausende Südsiebenbürger erfüllte sich ihr Wunsch erst im Dezember 1989, als der gesamte Ostblock zusammenbrach.

Die Auswanderung in Nordsiebenbürgen war seit der Evakuierung 1944 und der Rückkehr der „WENIGEN“ ein fließender Prozess.

Die Jahre zwischen 1965 und 1977 in Nordsiebenbürgen

Immer deutlicher zeichnete sich ab, dass der rumänische Staat in der Periode von 1965 bis 1977 der Auswanderung seiner deutschen Mitbürger nicht mehr im Wege

stand. Erst später erfuhren wir hier im Westen, dass für jeden Ausreisenden vom deutschen Staat pro Kopf DM gezahlt wurden und die Willkür der Auswanderungsgenehmigungen vom rumänischen Staat gesteuert wurde, um die Misere des verschuldeten Staates zu sanieren. Auch in Südsiebenbürgen wurde der Verlust meist intellektueller Kräfte deutlich spürbar.

In Nordsiebenbürgen, wo die Strukturen bereits keine Voraussetzungen mehr für die Zukunft unserer Minderheit und unserer Kirche boten, bedeuteten diese Jahre für die meisten Siebenbürger Sachsen Abschiedsjahre von der Heimat. Nachdem die Familienzusammenführung im Laufe der 60er-Jahre in Gang gekommen war, trat ein dramatischer Zahlenrückgang in der Stadtgemeinde Bistritz und auf den Dörfern ein. Täglich verabschiedeten wir Gemeindeglieder am Bahnhof und Sonntag im Gottesdienst. Meine Kollegen im Pfarramt verließen Nordsiebenbürgen und suchten sich Gemeinden mit Überlebenschancen. In einem Fall blieb der Pfarrer mit seiner Frau und zwei kleinen Kindern im Pfarrhaus allein zurück. Diese Familie wartete ebenso auf die Ausreisegenehmigung, wie Mitarbeiter der Gemeinde und Presbyter, die auch signalisierten, die Heimat verlassen zu wollen. Die bürokratische Verwaltung des zurückgebliebenen Eigentums (Kirche, Pfarrhaus und Friedhof) übernahm das Büro der Landeskirche und richtete eine Diasporastelle ein. Der geistliche Dienst in dieser Periode verlangte alle physische und psychische Kraft.

Viele deutschsprachigen Lehrer verließen als erste das Land. Dadurch taten sich große Lücken und ein mittelmäßiger Unterricht in den deutschsprachigen Abteilungen der Schulen auf. Die Kinder deutschsprachiger, sächsischer Familien,

die die Schulklassen unserer Kinder besuchten verschwanden oft ohne sich zu verabschieden. Die kleine, evangelische Kirchengemeinde schrumpfte von Jahr zu Jahr.

Die Sorgen um die geistige und schulische Entwicklung unserer beiden Töchter machten meiner Frau und mir große Sorgen. Ungeachtet der Gefühle meiner Familie übernahm ich immer mehr Verantwortung für die vereinsamten Menschen in unseren verstreuten Gemeinden. Um unseren Töchtern eine Zukunft unter freiheitlichen Verhältnissen in deutscher Sprache und Geist zu ermöglichen hatte meine Frau viele Jahre früher schon einen Auswanderungsantrag zu ihrer in Deutschland befindlichen Großfamilie gestellt.

Meine Frau beschreibt das in einer Erinnerung:

„1976 erfasste uns in Bistritz eine allgemeine Depression. Schon 1974 gab es im deutschen Kindergarten nur 1 deutschstämmiges Kind. Die anderen kamen zum Erlernen der Sprache dazu. Nun aber waren unsere zwei Mädchen die letzten 2 deutschen Kinder im sogenannten Deutschen Gymnasium, alle anderen waren der Sprache wegen dabei. Die Ausweglosigkeit, nie ins Ausland reisen zu können – um etwa dort zu studieren, so wie es zum Beispiel unsere Vorfahren früher konnten, war undenkbar. Und die Beobachtung durch den Geheimdienst bei Pfarrern und ihrer Familien war immer da – waren doch bei etlichen Kollegen meines Mannes immer wieder „Wanzen“ in die Türrahmen eingebaut worden. Die kamen dann ins Gefängnis. Ein Grund waren zum Beispiel Besucher aus Westdeutschland, denen man offen erzählte, wie groß die Notlage im Land war. Dafür gab es bis zu 25 Jahre Gefängnis. Gott sei Dank gab es auch immer wieder nach wenigen Jahren Begnadigungen.“

„Unsere Tochter Agnes drohte immer wieder et-

was zu unternehmen um illegal über die Grenze zu kommen – sie wollte Theologie studieren, was als Frau dort nicht möglich gewesen wäre. So entschieden wir uns aus vielen zusammenkommenden Gründen dazu, den Ausreiseantrag zu stellen, war doch auch der Bezirk und die Gemeinde auf ganz wenige evangelische Mitglieder gesunken.“

Dem Wunsch meiner Großfamilie, Siebenbürgen zu verlassen, kam ich erst nach, als ich einsehen musste, dass ich meinen Aufgaben nicht in dem Maße nachkommen konnte, als ich wollte.

Auch das Schicksal der Gemeinde Windau machte mir meine Grenzen deutlich.

Ende der 60er Jahre zeigt die Kirchenleitung in Hermannstadt immer weniger Verständnis den Gemeindemitgliedern gegenüber, die den unbeugsamen Wunsch hatten Siebenbürgen zu verlassen. Zugleich erlebte ich die Not, die täglich zum Weggang drängte.

Windau

Eine Gemeinde, die vor 1944 als Mustergemeinde für Siebenbürgen dargestellt worden war (siehe Bildnis eines deutschen Bauernvolkes 1934, Verlag Grenze und Ausland) gehörte zu meinem engen Betreuungsbereich. 1965 lebte dort nur noch eine einzige deutsche Familie von einstmal 300 Gemeindemitgliedern. Zur Familie gehörte ein behinderter Sohn. Der ältere Sohn und der Vater erwirtschafteten im kleinen Garten das notwendige zum Leben. Seit der Rückkehr von der Flucht 1944 blieb der Wunsch dieser Familie zu der Großfamilie in Deutschland auszureisen nicht erfüllt. Diese Familie wohnte in unmittelbarer Nähe der Kirche, die sie sauber hielt und die Vorbereitungen für die Abhaltung



„Ende der 60er Jahre zeigt die Kirchenleitung in Hermannstadt immer weniger Verständnis den Gemeindemitgliedern gegenüber, die den unbeugsamen Wunsch hatten Siebenbürgen zu verlassen. Zugleich erlebte ich die Not, die täglich zum Weggang drängte.“

„Die evangelisch-lutherisch geprägte Kirche bot unserem kleinen Volk den Raum zur Entfaltung ihres Gemeinde- und Gruppenlebens. Das Gotteshaus war der zentrale Raum, in dem sich die Gemeinde traf, um die sakralen Riten zu teilen und in Kraft, Trost, Hoffnung und neue Perspektiven zu bekommen.“

von Gottesdiensten traf. Nur alle 6 Wochen konnte ich dorthin fahren, um Gottesdienste mit der Familie abzuhalten. In meinen Gebeten kam diese Familie bis zu ihrer Auswanderung etwa 1975 vor.

Sodann musste ich erleben, dass das bis dahin verehrte Gotteshaus geplündert und von Fenstern und Türen beraubt wurde. Eines Tages kam aus einer sogenannten Vorzeigegemeinde aus Südsiebenbürgen, die nur ein dürftiges Glockengeläut hatte, die Bitte, um die Genehmigung die drei harmonisch zusammenklingenden Glocken aus Windau für ihre Gemeinde abholen zu dürfen. Das Landeskonsistorium erteilte die Genehmigung und so war ich Zeuge der Demontage des Geläutes. Meine Anwesenheit als Pfarrer unter den aufgebrachten rumänischen Dorfbewohnern bot der Mannschaft, die die Glocken mitnahm, einen gewissen Schutz. Die Ortsbewohner hatten eine der Glocken als Wetterglocke betrachtet. Als ich zwei Jahrzehnte später Windau besuchte, standen wo einst die Kirche war, keine Steine mehr übereinander.

Bis zu meiner Auswanderung verrichtete ich unter diesen und ähnlichen Verhältnissen meinen geistlichen und administrativen Dienst in einer ausgesprochenen Diasporasituation unter zurückgelassenen Landsleuten, die vor dem Krieg in Gemeinschaften zu leben gewohnt waren.

Heimatverlust

Der Verlust der historisch zugestandenen Privilegien und Rechte allein waren letztlich nicht die Ursache des Massenexodus nach dem November 1989. Im Laufe der Jahrzehnte wechselten Regierungen, deren Verwaltungsmaßnahmen und deren ideologischen Hintergründe und doch hatten sich die Intellektuellen und Leiten-

den unseres Volkes durch die Rückkopplung, zum Beispiel im Studium und in der Ausbildung im Westen immer wieder Kraft und neue Ideen für die Existenz in der Heimat Siebenbürgen geholt. Nach dem Krieg und dann wieder seit den 60er Jahren aber verblieben diese „Köpfe“ im Westen und konnten in der alten Heimat keine Akzente mehr setzen.

Auch die durch die rumänische Regierung zugestandenen Rechte, zum Beispiel, des deutschen Schulunterrichts und die Gründung einer Theologischen Fakultät im Rahmen des evangelisch-reformierten Institutes in Klausenburg konnten diese Entwicklung nicht aufhalten.

Der Mittelstand und die Landbevölkerung hatten mit Sorge registriert, dass sie mehr und mehr allein und ihrem Schicksal überlassen sind. Bei allen Negativerfahrungen war ihnen der Glaube die wesentliche Stütze ihrer Existenz. Aber auch diese war brüchig. Die liberale Theologie, der Nationalsozialismus und seine totalitären Ansprüche konnten das nicht bewirken, was die kommunistische Partei durch ihre Maßnahmen der Abschottung vom Westen und die Überwachung und Bespitzelung durchsetzen konnte.

Jahrhunderte lang, auch in schwerster Zeit und selbst unter Osmanischer Herrschaft konnte die Glaubensgemeinschaft, die in der Kirche ihre Wurzeln hatte nicht zerstört werden.

Die evangelisch-lutherisch geprägte Kirche bot unserem kleinen Volk den Raum zur Entfaltung ihres Gemeinde- und Gruppenlebens. Das Gotteshaus war der zentrale Raum, in dem sich die Gemeinde traf, um die sakralen Riten zu teilen und in Kraft, Trost, Hoffnung und neuen Perspektiven zu bekommen. Ebenso traf man sich vor dem Gotteshaus um traditionelle

onelle Feste, die auch am kirchlichen Kalender festgemacht waren miteinander zu begehen und zu feiern.

Nachdem die kommunistische Partei im August 1944 die totale Herrschaft übernommen hatte, wurden die kirchlichen Einrichtungen entweder enteignet oder unter Beobachtung und Freiheitsbeschränkung in Wort und Tat gestellt. In Kindergärten und Schulen zog ein neuer Geist ein. Die diakonischen Aufgaben, die seit je her zum kirchlichen Leben gehörten, wurden den Gemeinden strengsten untersagt. Nach und nach nahm der Staat durch seine Organe Einfluss auf die Jugend und Frauenarbeit und jede Zusammenkunft in kirchlichen Gruppen.

Kirche bedeutete für unsere Landsleute aktives Leben in Gemeinschaft unter dem Wort Gottes. Unter den nur andeutungsweise geschilderten Verhältnissen war die Kirche aus dem Leben verdrängt worden. Auch sie konnte für uns nicht mehr Heimat sein.

Was hat mich getragen und geprägt?

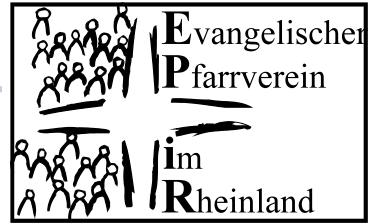
In den Dienst meiner evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses zu treten, war unter dem Einfluss einer sehr gebildeten Diakonin, die einer kleinen Gruppe zusätzlich Konfirmandenunterricht erteilt hat, entstanden. Aus der Gruppe von vier Schülern, die im Jahr 1950 konfirmiert wurden, gingen drei Theologen hervor. Unter ihnen auch ich.

In jenen Jahren besuchten wir, da es deutschsprachige Gymnasien in Bukarest nicht gab, rumänische Gymnasien mit besonders gutem Ruf. Ich habe das St. Joseph-Gymnasium in unmittelbarer Nähe der römisch-katholischen Kathedrale der Hauptstadt besucht. Zwei Jahre vor dem Abitur wechselte ich, um der deut-

schen Sprache willen, auf ein deutschsprachiges Handelsgymnasium. Der tägliche Besuch der Schule führte mich als erstes in die Katholische Kathedrale. Dort verbrachte ich einige Minuten des Gebets. Dort breitete ich vor Gott meine Nöte aus. Ich fühlte mich oft allein. Eine kinderlose Verwandte meinte es mit mir gut. Sie nahm mich zu sich nach Bukarest. So konnte ich gute Schulen besuchen. Aber ich litt an Einsamkeit.

Meine Mutter war seit 1945 bis Mai 1956 alleinerziehende von vier minderjährigen Kindern. Nach der Kriegsgefangenschaft musste unser Vater, als ehemaliger ungarischer Offizier, auf die erst 1955 von der Großen Rumänischen Nationalversammlung erlassene Amnestie warten, um nach Bistritz, zu seiner Familie zurückkehren zu dürfen. Seine Heimkehr im Jahr 1956, so stellte es sich bald heraus, war ein verfrühter Entschluss. Unter dem Druck des rumänischen Sicherheitsdienstes hatte er viel zu leiden und starb an einem Herzinfarkt. Mutter war Fabriksarbeiterin geworden. Meine drei mit Abstand jüngeren Geschwister waren in der Obhut meiner Großmutter. Ich war im fernen Bukarest.

Als junger Heranwachsender befand ich mich auf der Suche nach meiner Bestimmung und Identität. So wurde die Kirche, der sakrale Raum, wo das Numinose zu finden war, meine Heimat. Das Altarbild der evangelischen Kirche in Bukarest stellt unseren Herrn Jesus als den dar, der seine Arme ausbreitet und zu uns spricht: „Kommt her zu mir, alle die ihr mühselige und beladen seid. Ich will euch erquicken.“ (Matth.11,28) Besuche im Laufe des Schuljahres in Bistritz, bei Mutter und Geschwister, war aus finanziellen Gründen nur selten möglich. In der Regel in den großen Schulferien. Dort ging ich dann mit Mutter in die Fabrik, wo ich gegen einen geringen Lohn kleine Arbei-



„Der tägliche Besuch der Schule führte mich als erstes in die Katholische Kathedrale. Dort verbrachte ich einige Minuten des Gebets. Dort breitete ich vor Gott meine Nöte aus. Ich fühlte mich oft allein.“

„Die einst rund 700 Gemeindeglieder zählende Gemeinde war vollständig in Österreich verblieben. Etwa 25 evangelische Landsleute hatten dort dank eines jüdischen Geschäftsmannes Unterkunft bekommen.“

ten verrichten durfte. Bei der Gelegenheit besuchte ich regelmäßig die große Stadtpfarrkirche. Ein Student im 5. Semester versah den geistlichen Dienst, indessen der Ortspfarrer aus angeblich politischen Gründen Zwangsaufenthalt in einem fernen fremden Ort hatte. Von jenem Studenten lernte ich einen für mein Leben und Wirken wichtigen Grundsatz. Er lautete etwa so: „Unsere Aufgabe ist es Gottes Liebe zu verkündigen.“ Er lebte mir vor, dass Gericht und Heimsuchung Gottes Zuwendung zum Menschen nur kurz in den Hintergrund treten lassen. Mein Vorbild hatte eine starke Beziehung zu der Jugend. Er stand später unter Beobachtung des Geheimdienstes und wurde oft unter Druck gesetzt. Mit ihm fuhr ich erstmals auf die Dörfer in der Umgebung, wo er mich die Not und die Armut, die Einsamkeit der wenigen heimgekehrten Nordsiebenbürger erfahren ließ. Die gemeinsame Zeit mit ihm festigte meinen Entschluss in den Dienst zu treten, der aus der „Frohen Botschaft“ entspringt.

Im Frühsommer 1953 hatte ich das Abitur an einer rumänischen Handelsschule für internationale Handel bestanden. Das deutschsprachige Handelsgymnasium war ein Jahr davor ohne jeden Kommentar aufgelöst worden. Weil mein Vater sich im westlichen Ausland befand, gehörte ich zu der Kategorie der für den Staatsdienst „Unzuverlässigen“. Da ich keinem Staatsunternehmen zugeteilt worden war, kehrte ich zu meiner Familie nach Bistritz zurück. Mein bereits oben erwähnter Freund, der Vertreter unseres Stadtpfarrers, bezog mich in die Gemeindearbeit ein. Zu seinem Aufgabengebiet gehörten 21 Orte, an denen zwangsrückgeführte verstreute evangelische Gemeindeglieder lebten. In der Stadtgemeinde hatte er immerhin rund 800 Gemeindeglieder zu betreuen. In der Adventszeit

fragte er mich, ob ich bereit sei, einen Gottesdienst am Hl. Abend in einer kleinen rumänischen Stadt abzuhalten. Er bot sich, an mich genauestens vorzubereiten. Ich stimmte zu. Er drückte mir eine detaillierte, auf die Umstände zugeschnittene liturgische Ordnung in die Hand, dazu seine schriftliche Predigt. An einigen Abenden prüfte er, ob ich der Aufgabe gewachsen sein würde und lies mich die auswendig gelernte Predigt aufsagen. Am 24. Dezember 1953 reiste ich gerüstet, und mit einem sog. Lutherrock ausgestattet in die rund 60 km Bahnfahrt entfernte Kleinstadt. Der für die kleine evangelisch-lutherische Gemeinde zuständige, etwa 45 Jahre alte Mann erwartete mich am Bahnhof.

Den Gottesdienst am Heiligen Abend hielt ich in der ungarisch-reformierten Kirche. Unser kleines Gotteshaus war von gehässiger Hand zerstört worden. Ich bestand meinen ersten Dienst, auch weil ich voll des Bedürfnisses war, den verstreuten, betrübten und verängstigten Menschen den Trost der Hl. Schrift vermitteln zu dürfen.

Am nächsten Morgen, dem ersten Weihnachtstag beförderte mich ein Zigeuner, so nennen sich die Roma selbst bis auf den heutigen Tag, in ein rund 8 Km entferntes Dorf, wo ich den am Vorabend gehaltenen Gottesdienst wiederholte. Unvergesslich blieben mir die dort erfahrenen Zustände. Die einst rund 700 Gemeindeglieder zählende Gemeinde war vollständig in Österreich verblieben. Etwa 25 evangelische Landsleute hatten dort dank eines jüdischen Geschäftsmannes Unterkunft bekommen. Im stattlichen Pfarrhaus wohnte ein unzugänglicher rumänisch-orthodoxer Pope, den ich auch in den späteren Jahren nie kennen gelernt habe. Er war mit seiner Gemeinde in den gesamten Besitz der früheren Ge-

meinde eingestiegen und bestimmte, wann die „sasch“, wie wir Evangelischen genannt wurden, das Gotteshaus betreten durften. Im Unterschied zu anderen Fällen, achteten seine Gemeindeglieder das evangelische Inventar und den Innenraum der Kirche.

Im Sommer 1954 bestand ich mit bester Benotung die Aufnahmeprüfung am Theologischen Institut in Klausenburg (Cluj), zum Studium des I. Semesters konnte ich erst ein Jahr später antreten. 1959 legte ich das Staatsexamen ab und wurde als Pfarrvikar in Wallendorf bei Bistritz eingewiesen.

Während des Studiums in Hermannstadt habe ich in Vertretung des erkrankten Ortspfarrers einer Nachbargemeinde die wöchentlichen Bibelstunden abgehalten. In den Semesterferien, die ich in meiner Heimatstadt verbrachte habe ich so gut es ging ununterbrochen Gottesdienste in den Diasporagemeinden im weit verbreiteten Gebiet des früheren 39 Gemeinden umfassenden Generaldekanats abgehalten. 1959 heiratete ich eine Pfarrerstochter, die mit mir in die schwierigen Verhältnisse von Nordsiebenbürgen zog. (Sie ist auch in meinem fortgeschrittenen Alter meine große Stütze. Eine unserer beiden Töchter ist Germanistin, die jüngere Seelsorgerin an der Uniklinik Bonn. Beide sind angekommen, wie das ein Dokumentarfilm (2012) des WDR „Die Franchy's aus Rumänien“ zeigt.) 1965 wurde ich zum Stadtpfarrer der indessen zu 2000 Gemeindegliedern angewachsenen Gemeinde in Bistritz gewählt. Von 1973 bis 1977 war ich der letzte Bezirksdechant von Nordsiebenbürgen. Den schleichenden, aber unaufhaltsamen Exodus habe ich oben geschildert.

Mein Wirken im Pfarramt in Siebenbürgen war schwer und segensreich zugleich. Mit dem Entschluss auszuwandern ge-

schah ein Ab-Bruch und zugleich ein segensreicher Neuanfang.

Im Februar 1978 landete ich mit meiner kleinen Familie am Frankfurter Flughafen, wo uns nicht nur die Großfamilie, sondern auch viele Gemeindeglieder herzlich begrüßten. Damit war ein großes Kapitel meines Wirkens beendet. Dass ich hier, in der Ev. Kirche des Rheinlandes, gerne in einer Gemeinde dienen wollte, wo ein Teil meiner ehemaligen Gemeindeglieder lebte, wurde von den zuständigen Kirchenleitungen in Hermannstadt und Düsseldorf nicht ohne Schwierigkeiten genehmigt. Dass ich auch hier auf Grund des Evangeliums dem Auftrag „Tröstet, tröstet mein Volk“ (Jesaja 40,1) nicht ohne schmerzliche Erfahrungen dienen werden müsste, habe ich erfahren.

Unsere Aussiedlung empfand meine Frau Renate als regelrechte Befreiung. Als 18-jährige war sie aufgrund ihres Schulabschlusses in einem Finanzamt, und nach unserem Umzug in die Stadt in die Verwaltung eines E-Werks eingetreten. In der Gemeinde durften nur die dienen, die durch das rumänische Kultusministerium nach öffentlicher Wahl berufen, Pfarrer der Gemeinde waren. Selbst ehrenamtlich zu arbeiten war den Pfarrfrauen nicht gestattet. Nach meiner Berufung in das Pfarramt der Kirchengemeinde Drabenderhöhe fand sich meine Frau gerne und rasch in die traditionellen Aufgaben der lutherischen Pfarrfrau ein. Hier angekommen durfte sie endlich ehrenamtlich Gemeideaufgaben übernehmen. Sie leitete die Frauenhilfe, war Mitbegründerin eines jungen Frauenkreises, konnte 15 Jahre lang in der Leitung der Frauenhilfe des Kirchenkreises „An der Agger“ mitarbeiten und nach meiner Versetzung in den Ruhestand die Seniorenarbeit übernehmen. Sie war mir stets meine große Hilfe



**„Im Februar 1978
landete ich mit
meiner kleinen
Familie am
Frankfurter
Flughafen, wo uns
nicht nur die
Großfamilie, sondern
auch viele
Gemeindeglieder
herzlich begrüßten.
Damit war ein großes
Kapitel meines
Wirkens beendet.“**

im Dienst der Gemeinde und unsere Kinder konnten ihrem Wunsch entsprechend das studieren was ihren Begabungen und Berufsvorstellungen entsprach.

In Bistritz trat nach unserer Ausreise ein junger, besonders begabter und geschätzter Pfarrer meine Nachfolge an. Nach einem Jahr kehrte er mit vielen Erfahrungen und der Erklärung an seine Kirchenleitung zurück: „Ich komme aus der Zukunft“. Diese Erkenntnis wurde nicht gerne gehört, bewahrheitete sich aber mit der politischen Wende 1989.

Fazit: „Warum seid ihr gegangen?“

Diese Frage kann auf vielerlei Weise beantwortet werden. Ich überlasse es meinen geschätzten Lesern sie zu beantworten. Ich fasse zusammen:

Viele, die ich gut kenne, wären gerne geblieben, so auch ich, aber es war des Bleibens nicht. Mit der Wiedererlangung verlorener Privilegien konnte nicht gerechnet werden. Wir waren in der Heimat heimatlos geworden.

Ich verstand mich als Diener des Wortes Gottes und bin im Glauben an Gottes Barmherzigkeit neue Wege gegangen.

Die Aufgabe als Bewahrer einer Volksgruppe, dem der Boden unter den Füßen weggerissen wurde, oblag der Politik. Sie hat versagt. Zugesprochene Rechte wurden nicht gehalten, Zusagen wurden nicht eingelöst. Hundert Jahre der Enttäuschungen reichten. Die Vorfahren waren als freie Menschen nach Siebenbürgen gegangen. Die „hospites“ im nunmehr rumänischen Siebenbürgen der Jahre 1945-1990 verzichteten Zugunsten der Freiheit auf ihre schwer erarbeitete Heimat. Sie wollten weg und fanden in der Bundesrepublik ein neues Zuhause. Ihnen beim Beheimatungsprozess Begleiter zu sein, sah ich als neue Aufgabe an.

Denen, die sich für ein Bleiben in Siebenbürgen entschieden haben, zolle ich Respekt und hoffe, dass sie in der Ökumene ein Zuhause haben. Die Identität des Siebenbürger Sachsen sehe ich heute als: „Evangelisch sein im Karpaten Bogen“.

Gott sei uns gnädig!

Hillerscheid, den 11. 11. 2018.

„Du hast mich vor der Torheit bewahrt, die Herberge für die Wohnung und die Wanderschaft für das Vaterland zu halten.“ (Johann Amos Comenius)

„Sie wollten weg und fanden in der Bundesrepublik ein neues Zuhause. Ihnen beim Beheimatungsprozess Begleiter zu sein, sah ich als neue Aufgabe an.“

- *Kurt Franchy, geb. 1935 in Bukarest, war von 1960 bis 1978 Pfarrer in Wallendorf und Bistritz / Siebenbürgen und ab 1973 Bezirksdechant. Nach der Aussiedlung war er von 1978 bis zu seinem Ruhestand 1994 Pfarrer in Drabenderhöhe.*

Warum es reformatorisch weitergehen muss

Am Anfang war 2017.
www.forumreformation.de macht weiter bis 2030!

Siegfried Eckert



„Die Kraft der Reformation liegt in ihrem ewigen Protest gegen alles, was das Herz des Religiösen kleiner und enger macht.“ (Jörg Lauster)

Lust auf Reformation

Der langjährige Schattenmann der Reformationsbotschafterin Margot Käßmann, offenbarte mir in einem Wittenberger Pub im Februar 2018: „Für die nächsten zehn Jahre interessiert sich keiner mehr für das Thema Reformation.“ Stimmt die Einschätzung von Uwe Birnstein? Oder drückt sich darin vielmehr der posttraumatische Erschöpfungsblues eines Überbeanspruchten aus? Meine Stimmungslage ist eine andere. Nach den enttäuschenden wie beglückenden Erfahrungen im Jubiläumsjahr 2017, geht es m. E. jetzt erst richtig los. Wenn nicht jetzt, wann dann? Die erstaunliche Resonanz in den Gemeinden, in der Zivilgesellschaft, bei Kulturschaffenden und im politischen Raum, darf den Luther-Effekt nicht verpuffen lassen. Es lohnt sich nun auch nicht mehr, die Hand an den Pflug zu legen, um zurückzuschauen was alles schiefgelaufen ist. Viel mehr Sinn macht es hingegen, an das Gute anzuknüpfen, neue Beteiligungsangebote zu machen

und sachgemäß, reformatorisch weiter zu arbeiten.

Lebensgefühle und Katzensprung

Von Wittenberg fiel der Stein der Reformation ins Wasser und zieht seither Kreise. Dieser Umstand zog mich in den Bann und bewegte 2017 Hunderttausende an diesen Spiritus Loci. Ohne das junge Universitätsstädtchen am Rande des Reiches hätte Luthers Wirken keinen angemessenen Resonanzraum gefunden. Ohne Wittenberg keine Reformation. Hier spielten sich u.a. die drei Musketiere der Reformation kundig ihre Bälle zu: Melanchthon, Bugenhagen, Luther. Aus diesen geistigen und historischen Quellen lässt sich heute noch Kraft für die Zukunft gewinnen und Inspiration für unser reformatorisches Unterwegssein schöpfen. Mich erstaunt, wie die Wirren in Luthers Zeiten, bei aller Unterschiedlichkeit, auch Parallelen zu unseren gesellschaftlichen Verwirrungen aufweisen. Was seit Gutenberg dem Buchdruck gelang, Botschaften in Windeseile massentauglich zu verbreiten, ermöglicht im globalen Kontext nun das weltweite Netz. Die Macht der Bilder, die Lukas Cranach zur Verbreitung seiner Anliegen in Szene setzte,

„Mich erstaunt, wie die Wirren in Luthers Zeiten, bei aller Unterschiedlichkeit, auch Parallelen zu unseren gesellschaftlichen Verwirrungen aufweisen.“

„Nachdem eine mühsame Dekade lang mit öffentlichen Millionen, staatstragenden Inszenierungen und reichlich Sendezeit in den Öffentlich-Rechtlichen gefeiert wurde, ist nun der Weg frei für den Blick aufs Wesentliche.“

ist mächtiger denn je. Die weltpolitische Lage der Renaissancezeit ist unserem globalisierten Lebensgefühl nicht unähnlich. Die von Kaiser Karl V. angeführte Staatenwelt, war inner- und außerhalb Europas an vielen Fronten gefordert, wie Merkel heute. Die Spielräume der kaiserlichen Politik erwiesen sich als begrenzt und von äußeren Faktoren abhängig. Mit der Eroberung Amerikas dominierte eine global agierende, lateineuropäische Kirche die kulturellen, rechtlichen, geistigen und religiösen Verhältnisse. Heute beeinflusst der neoreligiöse Kapitalismus mit seinen Heilsversprechen jeden Winkel der Welt. Mit Latein als Weltsprache verfügte Rom über eine Internationalität, die globale Kommunikation ermöglichte. Heute hilft Englisch weiter. Weil der Feind eint, wurde die abendländische Welt damals durch die Bedrohung einer feindselig empfundenen Religion zusammengehalten, die unter Führung des osmanischen Sultan Süleymann für eine apokalyptische Untergangsstimmung sorgte. Es scheint, als wären 500 Jahre nicht mehr als ein Katzensprung in der Geschichte.

Jetzt geht's los

Der Thesenanschlag von 1517 gilt als Geburtstag der Reformation. Doch dies war nur der Anfang. Deshalb hängen unzählige Fünfhundertjahrfeiern wie reife Äpfel am Baum der reformatorischen Erkenntnis. Mindestens bis 2030 ist Erntedankzeit. Nachdem eine mühsame Dekade lang mit öffentlichen Millionen, staatstragenden Inszenierungen und reichlich Sendezeit in den Öffentlich-Rechtlichen gefeiert wurde, ist nun der Weg frei für den Blick aufs Wesentliche. Das Forum Reformation will deshalb an reformatorischen Orten, sich jährlich der Reformationsgeschichte gesellschaftsrelevant erinnern. Wie auf einer Perlenkette

werden dazu bis 2030 die vor uns liegenden Anlässe als Spannungsbogen aufgefädelt. Premiere ist in Leipzig und die Erinnerung an 500 Jahre Leipziger Disputation, vom 5.-7.4.2019. Tagungsort wird die neue Universitätskirche sein. Ein spannungsreiches Programm aus Stadtführung, Fachvorträgen, zeitgenössischen Streitfällen, Gottesdienst und Kultur in der Moritzbastei werden für ein unvergessliches Wochenende sorgen u.a. mit Prof. Dr. Alexander Deeg, Prof. Dr. Cornelia Richter, Prof. Dr. Thomas Kauffmann, Eugen Drewermann, JAZZKANTINE, u.v.a..

Debattierender Stuhlkreis

Wie es um den Protestantismus bestellt ist, formuliert der Theologe Jörg Lauster in seinem 2017 veröffentlichten Reformationsbüchlein: „Tatsächlich wirkt die evangelische Kirche bisweilen wie ein ausschließlich mit sich selbst beschäftigter, seine Strukturen in ewigen Schleifen debattierender Stuhlkreis, der von Sorge um den eigenen Bestand und dem Ärger darüber angefressen und darum phantasielos geworden ist.“ (Der ewige Protest, Reformation als Prinzip, München, 2017, S. 76) Der evangelische Auftrag wäre ein anderer: „Die Verarmung der theologischen Mitteilungsfähigkeit und das ausschließliche Kreisen um sich selbst waren für Luther die gravierendsten Fesseln der babylonischen Gefangenschaft der Kirche.“ (ebd., 82) Will unsere verfasste Kirche nicht unter den Trümmern ihres bröckelnden Kirchturmdenkens begraben werden, müsste ihr reformatorisches Anliegen eine glaubwürdigere und kraftvolle Umsetzung erfahren. Diese wiederum darf sich nicht im konfessionellen, landeskirchlichen Klein-Klein erschöpfen. „Der Sinn der Reformation kann nur in

dem liegen, was mit ihr einen Anfang genommen hat. Es ist nicht Luthers Fähigkeit, eine Kirche zu gestalten, die über Jahrhunderte wirkt, sondern die Kraft seiner Ideale, wie eine Kirche auszusehen hätte.“ (ebd. 60)

Reformieren was deformiert ist

Wer sich auf den Weg macht, nicht alles beim Alten zu belassen, hat Auskunft zu geben über die Verwendung seiner Begriffe. Thomas Kaufmann stellt klar: „Der Begriff der Reformation ist schillernd und vielfältig.“ (Kaufmann, Erlöste und Verdammte, S. 12) In seiner üblichen Verwendung bezeichne Reformation eine spezifische Epoche der Geschichte, die mit Luthers Ablasskritik einsetzte und an deren Ende die lateineuropäische Welt eine andere war: kirchlich, kulturell, territorial. Vor allem waren „von Rom unabhängige evangelische Gemeinden und Kirchentümer entstanden.“ (ebd.) 500 Jahre später ist die Unabhängigkeit der Gemeinden gefährdet. Dazu hat die einseitige Umverteilung der Ressourcen von unten nach oben, wie der organisatorische Ausbau übergeordneter Kirchen-Ebenen zu Lasten der Gemeinden geführt. Die Bezeichnung kirchlicher und gesellschaftlicher Veränderungen als „Reformation“ liegt weit vor Luther. Spätestens seit dem Konstanzer Konzil stand die *causa reformationis* auf der Agenda, ausgelöst durch den Reformdruck der von Böhmen ausging durch Jan Hus und den Katharern im Süden Frankreichs. In Konstanz ging es darum, „die kontinuierliche ‚Pflege des Ackers des Herrn‘ zu gewährleisten und die ‚Sträucher, die Dornen und das Unkraut der Häresien, der Irrtümer und Spaltungen‘ auszureißen, ‚Ausschreitungen zu korrigieren‘ und, was, deformiert ist, zu reformie-

ren“ (ebd. 12f).



Reformation in der Gemeinde

Die lateinische Christenheit verabredete sich nach Konstanz, Konzile einzuberufen, um Deformationen zu reformieren. Die Forderung einer „Reform an Haupt und Gliedern“, der protestantische Ruf „ecclesia semper reformanda“ ist keine evangelische Erfindung. Vielmehr gehört die Forderung nach Veränderung und Umkehr seit seinen Anfängen zur Geschichte des Christentums. Solche Reformationssehnsucht ging immer schon Hand in Hand mit dem Wunsch nach einem Zurück, einer Reformation, zu alter Glaubwürdigkeit, Einfachheit und Sachgemäßheit. Der Konziliarismus des 15. Jahrhunderts wurde leider aufs Abstellgleis der Geschichte gestellt, weil die Renaissance eines prachtvollen Papsttums seine Anliegen schwächte. Damit wurde für Luther sein Sola-Prinzip auch in der Frage von Kirchenreformen wirksam: Gott allein wird die Reformation seiner Kirche ins Werk setzen. Der Mensch, besonders die Stände, sollten dafür Gottes Werkzeuge sein. Dies formulierte Luther in seiner Programmschrift: *An den christlichen Adel deutscher Nation von des christlichen Standes Besserung* (1520). Für Luther war die Zeit überreif für vielgestaltige Reformen. Eine einzigartige Konstellation in der Geschichte sorgte dafür, dass Luthers reformatorische Herzensanliegen die Welt veränderten. Es fing mit einer kirchenkritischen Frömmigkeits- und Bildungsbewegung an. Von der Universität kommend traf Luther mit profunder theologischer Kenntnis, die Herzen der Menschen, schaute dem Volk aufs Maul und redete ihm nicht nach dem Mund. Heute sieht es anders aus. „Die ewigen, meist

**„Solche
Reformations-
Sehnsucht ging
immer schon Hand
in Hand mit dem
Wunsch nach einem
Zurück, einer
Reformation, zu alter
Glaubwürdigkeit,
Einfachheit und
Sachgemäßheit.“**

**„Denn nur wer weiß,
woher er kommt,
weiß, wer er ist, und
nur wer weiß, wer er
ist, kann auch den
Plan entwerfen,
wohin er geht.
Herkunftsfragen sind
immer auch
Gegenwarts- und
Zukunftsfragen.“**

theologiefreien und von strategischen Überlegungen dominierten Strukturdebatten binden Ressourcen. Was hier an Energie investiert wird, fehlt notwendigerweise anderswo... Gegenwärtig geht es vor allem auf Kosten des inhaltlichen Tiefgangs und der theologischen Durchdringung des kirchlichen Auftrags. Die religiöse Gedankenverarmung ist eine offensichtliche Folge der kirchlichen Verlustangst.“ (Lauster, 77) Kirche hat nach protestantischer Überzeugung nicht Selbstzweck zu sein. In der Theorie heißt evangelisch sein, sich als Kirche von unten nach oben zu verstehen. Im Laufe der Jahrhunderte wurde dieses Verständnis von den Füßen auf den Kopf gestellt. Die Notwendigkeit des landesherrlichen Kirchenregiments zur Absicherung der Reformation gehört zu ihren widersprüchlichsten Geburtsfehlern. Auf diesem selbtkritischen Hintergrund, will das Forum Reformation den Gemeinden ab 2020 in Wittenberg ein Begegnungs- und Ermutigungsangebot machen, um zeit- wie sachgemäß reformatorisch unterwegs zu sein. Dazu sollen Gemeinde-Base-Camps entwickelt werden, die offen sind für christliche, jüdische und muslimische Gemeinden, die veränderungsbereit und begegnungsoffen unterwegs sind.

Reformation in der Geschichte

Der Kirchenhistoriker Adolf von Harnack formulierte: „Was wir sind und haben – im höheren Sinn –, haben wir aus der Geschichte und an der Geschichte.“ Beim Blick auf unsere Geschichte haben wir uns selbtkritisch, der eigenen Licht- und Schattenseiten zu stellen. Stimmt Harnacks These, dann macht eine Erinnerung nur im Modus der Aufklärung Sinn, nicht in interessegeliteter und konfessioneller Verengung. Daran krankten

viele Lutherfeiern der letzten Jahrhunder te. Wer sich der selbtkritischen Sicht seiner Geschichte stellt, steht weniger in der Gefahr, bei den Herausforderungen der Zukunft mit blinden Flecken den Weg zu suchen. Mit einem ‚aufgeklärten Luther‘ und einer kritisch reflektierten Reformationsgeschichte lässt sich frischer Nektar für die Gegenwart gewinnen und Wege der Veränderung frohgemut angehen. O-Ton Luther: „Wir sind immer auf dem Wege. Und müssen verlassen, was wir kennen und haben, und suchen, was wir noch nicht kennen und haben.“ Der Kulturprotestant Jörg Lauster ergänzt: „Denn nur wer weiß, woher er kommt, weiß, wer er ist, und nur wer weiß, wer er ist, kann auch den Plan entwerfen, wohin er geht. Herkunftsfragen sind immer auch Gegenwarts- und Zukunftsfragen.“ (Lauster, 64)

Reformation in der Gesellschaft

„Die Reformation ist nicht allein ein historisches Ereignis, die Reformation ist ein dem Christentum innenwohnendes Prinzip eines ewigen Protests, der im 16. Jahrhundert zu seiner sichtbarsten Gestalt gelangte.“ (Lauster, 34) Ist dem so, heißt dies, sich nicht nur der eigenen Geschichte und seines Gemeindeverständnisses zu vergewissern, sondern zu fragen: wie kann die dem Christentum innenwohnende, weltgestaltende Schubkraft, als sein ewiges Prinzip Anwendung finden in einer Welt, deren ungleichzeitige, unsoziale Zentrifugalkräfte ganze Gesellschaften zerreißen? Eine Selbstverständlichkeit sollte es dabei sein, dass solch protestantisches Prinzip weit über den Tellerrand der eigenen Konfession hinausgeht und neugierig die anderen Konfessionen und Religionen in den Blick nimmt. Solch eine Haltung „zeigt sich in der unermüd-

lichen Tapferkeit der Weltgestaltung, die im Vertrauen auf die eine der Welt eingesessenen Güte dem Absurden in der Welterfahrung widersteht. In dieser Tapferkeit und in dieser Überzeugung ist der Protestantismus als ewiger Protest eine Religion für freie Geister – und davon gibt es viele.“ (Lauster, 138) Im besten Falle will das Forum eine Sammlungsbewegung der freien Geister in allen Konfessionen, Religionen und Kulturen werden. Deshalb haben sich einige Unruhegeister nach 2017 zusammengetan, um das Thema Reformation in den Gemeinden praxisbezogen voranzutreiben, reformationsgeschichtliche Jubiläen bis 2030 gesellschaftsrelevant zu begehen und ab 2019 sich auf den Weg zur Gründung eines *Weltreformationsforum Wittenberg* zu begeben. Was Davos für die Wirtschaft geworden ist, kann Wittenberg für das Thema Reformation werden. Zur Premiere sind alle Freigeister vom 18.8.-22.8.2019 zu Begegnung, Feiern und Nachdenken am Urknallort der Reformation eingeladen. Wir wollen dort interkonfessionelle, interreligiöse und interkulturelle Perspektiven einnehmen und mit den Menschen vor Ort drei sachbezogene Feste feiern. Unser Tagungsmotto lautet: „Wofür lohnt es sich heute zu streiten?“

Forum Reformation

Bündeln wir die reformatorischen Kräfte, die in jeder Konfession, Religion und Kultur schlummern. Nutzen wir das Forum Reformation 500 Jahre später als ein

neues Angebot, Reformation weiter zu denken, weiter zu machen und weiter zu führen. Alles möglichst in guter Nachbarschaft zu anderen Institutionen und Playern. Ist Gott „alles in allem“ erscheint die Zeit reif zu sein, die guten Geister fernab der alten *Boxes* zu versammeln, um sich für mehr Veränderung und Zusammenhalt einzusetzen und zu einem menschenwürdigen und gottgefälligen Leben zu ermutigen. Der Tintenfleck als unser Erkennungszeichen erinnert daran, dass wir nur gemeinsam Gutes ermöglichen und Ungutes begrenzen können. „Die Reformation ist kein Ereignis, sie ist eine Haltung. Protestantische Gesinnung engagiert sich mit Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt für die Zukunft ihrer institutionellen Herkunft, sie ist darin jedoch frei von der kleingläubigen Sorge, dass alles so bleiben muss, wie es ist.“ (Lauster, Protest, 138) Ob sich für diese Art der Reformation nach 2017 jemand interessiert? Es wird sich zeigen müssen, wie die Dinge sich fügen. Aber es ist diesen Versuch wert und ich freue mich über jede und jeden, der sich unserem Projekt anschließen möchte. Jörg Lauster verspricht Zuversicht, wenn er schreibt: „Solange das Christentum sich die Mühe macht, seinen großen Antwortschatz, der unzählige wichtige abendländische Denktraditionen aufnimmt, auf die gegenwärtige Lebenserfahrung hin zu entfalten, wird es Gesprächsinteressierte finden und Menschen zum Nachdenken bewegen können.“

- Siegfried Eckert ist seit 2005 Pfarrer der Evangelischen Thomaskirchengemeinde in Bad Godesberg und publizistisch tätig.
www.forumreformation.de



„Deshalb haben sich einige Unruhegeister nach 2017 zusammengetan, um das Thema Reformation in den Gemeinden praxisbezogen voranzutreiben, reformationsgeschichtliche Jubiläen bis 2030 gesellschaftsrelevant zu begehen und ab 2019 sich auf den Weg zur Gründung eines Weltreformationsforum Wittenberg zu begeben.“

Buchempfehlung I

Martin Werner: Wer war der Apostel Paulus?, hrsg. von Jochen Streiter, Verlag T. Bautz, Nordhausen 2018
101 Seiten, € 10,00

Paul Gerhard Schoenborn

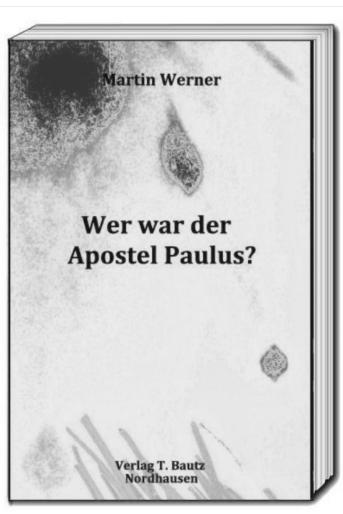
Dem Berner Systematischem Theologen Martin Werner (1887 – 1964), einem Schüler Albert Schweitzers, war es lebenslang ein Anliegen, theologische Forschung und modernes, aufgeklärtes Denken zu verbinden und dabei nicht nur Fachgelehrte, sondern auch mitdenkende „Laien“ mitzunehmen, die an Erkenntnissen über den Weg des Christentums durch die Zeiten interessiert waren. So veröffentlichte er in seiner letzten Lebensphase 1963/64 im „Schweizerischen Reformierten Volksblatt“ eine Serie von Vorträgen unter der Generalüberschrift: „Wer war der Apostel Paulus?“ Die Texte entstammten einem Ferienkurs für normale Gemeindemitglieder. Sie zu einem Buch zusammenzubinden war Martin Werner nicht mehr vergönnt.

Der Wuppertaler emeritierte Pfarrer Jochen Streiter, von dem unlängst ein umfangreicher und informativer Artikel über Martin Werner im 39. Band des Biographisch-Bibliographischen Lexikons, Nordhausen 2018, erschienen ist (Sp. 1558 – 1584), stieß bei seinen Recherchen auf diese Texte. Sie sprachen ihn mit ihrer frischen, verständlichen Darstellungsweise auch nach fast zwei Generationen sehr an. So hat er seinen Archivfund nun, versehen mit einem Lebensbild des Berner Systematischen Theologen (S.

92 – 101), als Buch im Nordhauser Verlag Traugott Bautz herausgegeben.

Das Werk ist übersichtlich gegliedert und zeigt, dass Martin Werner ein begnadeter Volkspädagoge ist, der ohne Abstriche an wissenschaftlicher Erkenntnis die Kunst des Elementarisierens historisch-kritischer Forschung beherrscht.

In den ersten beiden Kapiteln (**I. Die Briefe des Apostels Paulus - S. 10-24, und: II. Die Apostelgeschichte als Quellenbericht über Paulus - S. 25-38**) geht es darum, von welcher Art die literarischen Quellen sind, aus denen man historisch-kritisch belastbare Kenntnisse über den Heidenapostel beziehen kann. Martin Werner informiert über die Eigenart antiker Briefe – die Briefe des Apostels sind ja solche – und dann über frühchristliche Apostellegenden und vor allem die zeitliche Differenz von mehr als einer Generation, die die Berichte der neutestamentlichen Apostelgeschichte vom Leben und Ergehen des Apostels trennen. Auf Grund dessen sind für ihn die echten Paulusbriefe die Hauptquelle, nicht die Apostelgeschichte. Mit leichter Hand behandelt Martin Werner sogenannte biblische Einleitungsfragen wie die Kanonbildung und Literarkritik und informiert über die antike Welt des Paulus.



Die beiden nächsten Kapitel (**III. Der Lebensgang des Paulus – S. 39-52, und: IV. Paulus als Persönlichkeit – S. 53-64**) enthalten eine äußere und eine innere Biographie des Rabbis aus dem kleinasiatischen Tarsus, erarbeitet vor allem an den sog. echten Paulusbriefen. Zunächst war Paulus ein eifriger Christenverfolger. „*Warum eigentlich? Irgendwie muss der strenge Rabbi im neuen Glauben etwas geradezu Unrechtes, eine Art Religionsverbrechen gesehen haben. Das große Ärgernis war für ihn der eigentliche Kernpunkt des neuen Glaubens, d. h. der Glaube, dass in Jesus von Nazareth der Christus, der den Juden verheiße Messias erschienen sei. ... Für den damaligen jüdischen Glauben, zu dem sich auch der Rabbi Paulus bekannte, war der Messias ein überirdisch-himmlisches Wesen nach Art der höchsten Erzengel, das am Ende der Tage vom Himmel her mit Macht und Herrlichkeit zur Schaffung einer neuen, besseren Welt erscheinen sollte. Deshalb empfand es auch der Rabbi Paulus zunächst als etwas Lästerliches, in einem am Verbrecherpfahl des Kreuzes gestorbenen Menschen wie Jesus von Nazareth den himmlischen Messias zu sehen (S.42f).*“ Mit einer Christuserscheinung änderte sich allerdings alles für ihn. „*Seinen bisherigen Messiasglauben gibt er nicht einfach preis, sondern verbindet ihn jetzt mit dem von ihm bisher bekämpften Gedanken, dass der himmlische Messias, an den er bisher schon glaubte, nun eben doch in der Person Jesu von Nazareth bereits auf Erden erschienen und nunmehr nach seinem Tod zum Himmel erhoben worden sei*“ (S. 44). Die Christusvision versteht er als Berufung dazu, in der ganzen damals bekannten Welt, d. h. im römischen Weltreich, den gekreuzigten Messias Jesus von Nazareth als den gekommenen Messias zu verkündigen, und zwar unabhängig von den Uraposteln. Indem sich vom Geist Christi erfüllt wusste, als eine neue Kreatur in Christus fühlte, folgte er hingebungsvoll und konsequent dieser Berufung. Dabei zeigt er sich zugleich

als unerbittlich-fanatisch und liebevoll-demütig, innerlich gebunden und innerlich frei.



Die letzten beiden Kapitel skizzieren die paulinische Theologie aus der Perspektive Martin Werners (**V. Die Eigenart des Christusglaubens des Paulus – S. 65-77, und: VI. Die Bedeutung des Christusglaubens des Paulus für uns – S.78-90**). „*Unter allen Aposteln vertritt einzig Paulus die eigenartige Auffassung, dass das Weltende nicht etwa erst mit der baldigen Wiederkunft Jesu beginnen werde, sondern dass es, obwohl davon äußerlich noch nichts zu bemerken ist, mit dem Tod und Auferstehung Jesu schon begonnen habe. So ist Paulus der einzige unter allen Aposteln, der sagen kann, dass Christus sich im Tode dahingegangen habe, um die Gläubigen aus der bestehenden argen Welt herauszureißen, ja, dass mit dem gekreuzigten Christus die bestehende Welt selber gekreuzigt worden sei (Gal 1, 14; 6, 14). ... Für die Urapostel ist die Überzeugung des Paulus, dass mit dem Tod Jesu das Weltende unsichtbar bereits begonnen habe, etwas Unbegreifliches und Anstoßiges gewesen. Das zeigt uns sehr deutlich der heftige Streit, der zwischen ihnen und Paulus ausbrach, weil Paulus die Auffassung vertrat, durch den Tod Jesu habe auch das mosaische Sinaigesetz seine Gültigkeit verloren, und darum sollen Heiden, Nichtjuden, die sich zum Christusglauben bekehren, nicht mehr auf dieses Gesetz verpflichtet werden. Für Paulus gilt Christus eben deshalb als dieses «Gesetzes Ende» (Rm 10, 4), weil mit seinem Tode sichtbar das Ende der bestehenden Welt (und so auch der für sie bisher geltenden äußereren Ordnung) schon begonnen hat (S. 68.)*“ Allerdings rechnete Paulus, so sehr er vom Anbruch der neuen Welt „schon jetzt“ überzeugt war, mit der baldigen Wiederkunft Christi, die den Schwebezustand des „Schon jetzt – und Noch nicht“ ein Ende setzen würde. Eben das gab ihm Gelassenheit und große innere Freiheit in der bestehenden Welt um ihn herum; er entwickelte keine neue Ethik, ließ ihn die

äußeren Verhältnisse hinnehmen, so wie sie waren.

Martin Werner arbeitet die Situations- und Zeitbedingtheit der paulinischen Theologie in vielen Einzelaspekten heraus. Vor allem kontrastiert er sie mit unserer heutigen Einstellung zum Verlauf der Geschichte. Uns bestimmen weder die Naherwartung der Wiederkunft Christi noch der Glaube an eine in dem Gekreuzigten angebrochene neue Weltzeit. Das „*hat zur Folge, dass unser Christusglaube in einer bestimmten Hinsicht einen anderen Sinn hat als der Christusglaube des Paulus. Für uns gehört es nicht zum Wesen des Christusglaubens, etwas ganz Bestimmtes wissen und erwarten zu können über die Zukunft der Welt. ... Die Menschheit hat (aber für uns) jedenfalls immer noch Zukunft und damit neue offene Möglichkeiten vor sich. Ihre Geschichte kann sich zum Guten oder zum Schlimmen wenden. Beides ist möglich*“ (S. 82.) Und wir müssen dazu stehen, dass wir an unserer Stelle dafür verantwortlich sind und uns unguten Entwicklungen in unserer Welt nicht abfinden dürfen. Daher ist Martin Werner davon überzeugt, dass es „*auch für uns einen tiefen Sinn (hat), dass Paulus, wenn er von Christus oder vom Christusgeist spricht, an eine lebendige geistige Macht denkt, die in der Menschheit wirksam ist, die den Menschen in Unruhe versetzt und es ihm nicht erlaubt, sich mit der Unvollkommenheit der Welt endgültig einfach abzufinden*“ (S. 83). Wenn sie den Menschen ergreift, ist es wie wenn ein helles Licht mitten in der Nacht aufscheint. Er erfährt eine große Freiheit zum Leben – es geschieht für ihn immer wieder als ein Wunder. „*Die Freiheit, die der Christusgeist ermöglicht, ist für Paulus ein innerliches Erwecktwerden des Menschen, das ihn*

mittnen in einer unvollkommenen Welt, in der er es mit dem Leiden, dem Bösen und der Vergänglichkeit zu tun bekommt, fähig macht zu einem Leben, das trotz allem wert ist, gelebt zu werden“ (S. 86). Deshalb ist die paulinische Botschaft: „Wo der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit“ (2 Kor 3, 17) für Martin Werner das Vermächtnis des Apostels Paulus für uns heutige Menschen.

Martin Werners Paulusbuch ist etwas anderes und mehr als eine Skizze der Theologie des Apostels. Es ist der Versuch, wie der Berner Theologe selbst schreibt, den Apostel „als Persönlichkeit, in seinem Leben und Wirken und in seiner religiösen Eigenart, das heißt, ... der Eigenart seines christlichen Glaubens“ (S.10) darzustellen und unserm ganz anderen Denken nahezubringen. So wird uns der Rabbi aus Tarsus verständlich als Mensch seiner Zeit und seiner religiösen Umwelt. Seine Gedankenwelt wird nicht als kirchengründende Lehre kanonisiert und für sakrosankt erklärt. Aber aus ihr erreicht uns die zentrale christliche Botschaft, die auch dem liberalen Theologen Martin Werner so wichtig ist:

„Wo der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit.“

Ich empfehle das Werk als wertvolles Geschenk für Menschen, die als Bibelleser an gediegener Vermittlung theologischer Arbeit interessiert sind. Es könnte gut auch Gegenstand in Lesekreisen sein, wo man mal eingehender ein Sachbuch und nicht nur Belletristik bespricht. Es ist auf jeden Fall ein Buch für kirchliche Erwachsenenbildung und Lehrerfortbildung.

- *Paul Gerhard Schoenborn war von 1973 bis 1981 Studierendenpfarrer und von 1981 bis 1995 Pfarrer für Erwachsenenbildung in Wuppertal, wo er auch heute lebt. Er ist publizistisch tätig.*
p-g-s@gmx.de

Buchempfehlung II

Hans Thomas: *Im Irrgarten. Gedanken und Notizen zur geistigen Lage in Kirche und Staat*, Verlag Pro Business, Berlin 2017, 200 Seiten, € 10,80

Klaus Baschang

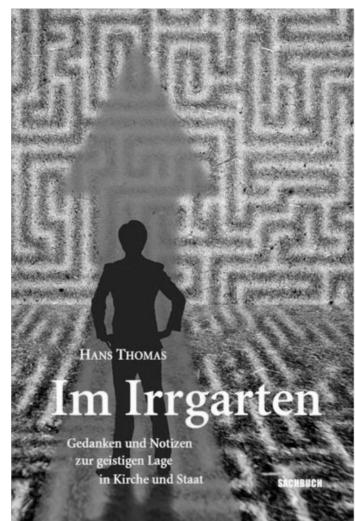
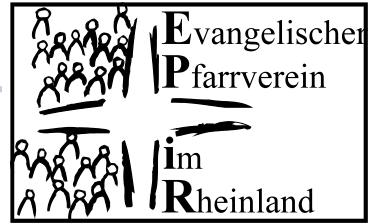
Hans Thomas, *Im Irrgarten. Gedanken und Notizen zur geistigen Lage in Kirche und Staat*, Berlin: Pro Business 2017.

Eine ganz außergewöhnliche Publikation. Genau 200 Seiten im Taschenbuchformat fortlaufend durchgeschrieben, ohne Kapitaleinteilung, ohne Zwischenüberschriften, nur gelegentliche Freiräume zwischen einzelnen Absätzen, aber in ungleicher Länge. Im ungewohnten Layout spiegelt sich die Sache, die der Autor untersucht. Es sind die Irrungen und Verwirrungen, die derzeit das Leben bestimmen, Verführungen, Täuschungen und Selbstdäuschungen. „Im Irrgarten“ gerät die Sinsuche nur zu weiteren Verirrungen. Wer dem entgehen will und die Sinsuche resigniert einstellt, gibt aber das Humanum preis und öffnet weitere Räume für die Verwirrspiele in Staat und Kirche.

Hellsichtig beginnt der Autor mit der Migrationsfrage. Im Frühjahr 2017, als er mit dem Vorwort seine Untersuchung abgeschlossen hatte, konnte er noch nicht wissen, dass die Migrationsfrage den Abschied von Frau Merkel aus der Politik bewirken würde. Aber die Gründe dafür hat er damals sehr klar benannt: Es ist die Vermischung von Individualethik und Sozialethik, der Ersatz der Vernunft durch eine Moral, die sich selbst genügt.

„Gerechtigkeit ohne Bramherzigkeit ist Grausamkeit. Barmherzigkeit ohne Gerechtigkeit ist die Mutter der Auflösung“. Schon damals und auch noch heute kostet es Mut, diese Sätze von Thomas von Aquin wie ein Motto gleich an den Anfang eines Buches zu setzen. Sie besagen, was im politischen Tageswirbel kaum beachtet wurde und immer noch nicht weder in der Politik noch in der Kirche wahrgenommen wird: Die Mehrzahl der Deutschen hat nichts gegen Migranten, aber sie sind mit der Migrationspolitik der Kanzlerin nicht einverstanden. Den beiden Sätzen des Aquinaten lässt Hans Thomas eine große Zahl weiterer Zitate aus Politik und Philosophie mit gleichem Skopos folgen: Leute, lernt unterscheiden, begnügt euch nicht mit dem ersten Eindruck, folgt nicht den Gefühlen, die euch gut tun..

So hat Hans Thomas gleich am Anfang offen gelegt, was ihn bewegt: Er will Klarheit in den Konflikten, denen wir zurzeit ausgesetzt sind. Theologische Klarheit! Hans Thomas, geb 1931, ist pensionierter Pfarrer der Evang. Kirche im Rheinland. Studiert hatte er in Marburg und Bonn, zur Theologie auch Religionswissenschaft und Musikwissenschaft hinzu genommen. Noch vor dem Ende des Theologiestudiums hat er eine phil. Dissertation über „Die deutsche Ton-



filmmusik“ vorgelegt und einige Monate als Programm assistent beim SWF in Mainz gearbeitet. Nach der Ordination war er Gemeindepfarrer, zeitweise auch mit kleineren Nebenaufträgen, wie das früher im Gemeindepfarramt durchaus üblich war. Vor der hier besprochenen Publikation hat er 2008 „Die multikulturelle Gesellschaft, die Kirchen und die Deutschen. Ein Zwischenruf“ vorgelegt und 2015 „Unbequeme Wahrheiten. Vom Niedergang Deutschlands“. Beide Titel haben exzellente Beurteilungen erfahren. Er schreibt einmal: „Ich kann mit meinen bald 87 Jahren die Fehlentwicklungen in Kirche und Staat nicht mit ansehen, ohne dagegen aufzustehen.“

Die politische Szene rechnet mit neuer Klarheit, wenn sich die CDU personell neu aufstellt und bei der SPD Ähnliches geschieht. Gleichwohl sind die „Gedanken und Notizen“ von Hans Thomas nicht überholt. Im Gegenteil! Die verführerische Harmoniesucht liegt wie Nebel über allen Lebensbereichen und Politikfeldern. Man mag ja sogar ein gewisses Verständnis dafür aufbringen, wenn sich die Politik damit zufrieden gibt und harte Auseinandersetzungen meidet; die Wirtschaft bezahlt gute Leute allemal besser. Aber die Kirchen? Sie müssten aus ihrer Geschichte wissen, dass die Verkündigung des Evangeliums auch Streit bewirken kann, und aus dem Evangelium müssten sie wissen, dass ihr Herr auch für ihre Zukunft sorgen will. Stattdessen vermengen sie Gesetz und Evangelium, was Luther für eine theologische Ursünde gehalten hat, ordnen die Autorität der Heiligen Schrift nach dem Wohlgefallen des Publikums, was auch historisch-kritische Theologen auf die Barrikaden gehen lassen müsste, produzieren im Feuilleton der Großmedien politikaffine Schlagzeilen, die die sog. Laien in ihrer

gesellschaftlichen Verantwortung verwirren und ins kirchliche Abseits stellen. Indem sich die Kirche in ihren Leitungen oberflächlich dem Mainstream anpasst, bleibt sie der Politik das Ringen um Klarheit schuldig und versäumt so gerade ihren politischen Auftrag. Die Publikation von Hans Thomas ist also weiterhin hoch aktuell.

Hans Thomas hat es geschafft, den Blick seiner Leserschaft weit über die Zäune zu lenken, die den gesellschaftlichen Irrgarten unserer Zeit umgeben. Und er lenkt ihn ohne Scheu in die Tiefe der Probleme. Diese sind ja untergründig miteinander verbunden. Seine theologischen Analysen machen das sichtbar. Darum erweist sich das ungewöhnliche Layout auch als attraktive Methode: Man kann die Lektüre gleichsam auf jeder Seite beginnen, beenden und wieder neu aufnehmen. Sie bleibt durchgehend spannend. Uns Lesern kommt zugute, dass Thomas eine Fülle exzellenter Zitate zur Verfügung hat und seine eigenen Formulierungen hinter diesen nicht zurückstehen müssen. Das sprachliche Niveau macht Lust zum Lesen trotz allem Ärger über die aufgedeckten Mängel in Kirche und Politik. So kann man – endlich – wieder erfahren, dass sachliche Kontroversen ohne moralische (Vor-) Verurteilungen geführt werden können.

Wer sollte das Buch lesen? Pfarrerinnen und Pfarrer, die wenig Zeit haben, aber eine Empfindung dafür, dass unserem Berufsethos die Mainstream-Medien nicht genügen können. Ein Urteil über den Islam muss auch dessen Streben nach kultureller Hegemonie bedenken. Warum, so lernt der Rezendent, haben die Medien die schlimmen Vorgänge in der Silvesternacht in Köln in der unkultivierten Sexualität nordafrikanischer Männer abgebucht und nicht darüber nachge-

dacht, dass diese zusammen mit wilden Beschmutzungen des Doms und übeln Schmährufern einen islamischen Hegemonieanspruch über das Abendland ausdrücken? Zu Ehe- und Sexualfragen muss man Kenntnisse von den Aktivitäten des „Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung“ haben und vom Einfluss kinderloser Frauen auf die Debatte über die euphemistisch so genannte Schwangerschaftsunterbrechung. Die Ideologie der Gleichheit aller verträgt sich nicht mit der Demokratie, ebenso wenig der Totalanspruch der Antidiskriminierung. Und die Mehrheit der AfD-Wähler kann man nur verstehen, wenn man die Sorgen vieler Menschen über die Überforderung unseres Rechtswesens in Folge ungesteuerter Zuwanderung begreift. Die Formel „Herz statt Hetze“ wird zur Hetze, wenn man sie den falschen Menschen entgegen brüllt. Für das alles und noch viel mehr öffnet Hans Thomas seinen Lesern die Augen. Nur wenige von uns haben die Möglichkeit, die Basler Zeitung oder die Neue Zürcher Zeitung, Cicero oder Tichys Einblick zu lesen. Thomas hat es für uns getan. Der Blick von außen macht uns nüchtern.

Und die Kirchenleitungen und Parteizentralen? Die einen spielen mit Gender-Sternchen und christlich-islamischen Wortblasen, die anderen schaffen es nicht, Vertrauen in der Bevölkerung zu gewinnen. Die großen Bücher passen offenbar zurzeit nicht ins Zeitbudget der Leitenden. Aber Autoren wie Stefan Aust, Jan Fleischhauer, Peter Hahne, Matthias Matussek, Michael Wolffsohn

könnten zumindest in den Vorzimmern gelesen werden, besser noch zur fortbildenden Diskussion eingeladen werden. Es sind Kritiker unserer Kirche aus Liebe zu unserer Kirche. Hans Thomas hat von ihnen profitiert. Auch deshalb lohnt die Lektüre seines derzeit letzten Buches.

Thomas scheut den Dialog mit dem Islam nicht! Die Klarheit, um die er ringt, macht ja den Dialog höchst nötig. Wer aber sind denn die Gesprächspartnerinnen und -partner, von denen wir lernen können und die vermutungsweise von uns zu lernen bereit sind? Es sind nicht die Vertreter der Moscheegemeinden, die eine religiöse Parallelgesellschaft anstreben und darum den Kirchenleute täuschend gewinnend entgegen kommen. Es sind vielmehr diejenigen unserer Mitbürger, die selbst ihre islamische Herkunftsreligion kritisch betrachten: Hamed Abdel-Samad, Bassam Tibi, Imad Karim, Ferhad Ibrahim Seyder, Ahmad Mansour u. a.

Für den Rezessenten repräsentiert der Autor die Mehrzahl der Kolleginnen und Kollegen, die an der Basis arbeiten, ihre Theologie nicht verlernt haben, die Probleme der Menschen selbst entdecken und gerne davon lernen, aber von den Ideen aus den Leitungsorganen oft genug mehr gestört als unterstützt werden. Manche Schlagzeile bischöflicher Pressesprecher bringt eine Unkirche ins Öffentliche, die die Arbeit bei den Menschen unnötig erschwert. Für diese Kolleginnen und Kollegen ist das Buch von Dr. Hans Thomas ein Trostbuch. Danke!



- Klaus Baschang, Jahrgang 1933, war 22 Jahre theologischer Oberkirchenrat der Badischen Landeskirche, zuletzt auch zusätzlich Ständiger Vertreter des Badischen Landesbischofs. Er lebt in Karlsruhe.

kbaschang@web.de

Buchempfehlung III

Kaj Munk: Fünf politische Predigten in einem besetzten Land, übersetzt und hrsg. von Paul Gerhard Schoenborn, NordPark Verlag Wuppertal 2018, Die Besonderen Hefte, 84 Seiten 9,00 €

Christian Hartung

Es tut gut, Kaj Munk zu lesen: in Zeiten, in denen ethische Werte im politischen Streit immer mehr auf der Strecke bleiben und Kirche als moralisch überheblicher Störfaktor empfunden wird; in Zeiten, in denen wegen Kirchenasylen Ermittlungsverfahren gegen Pfarrer eingeleitet werden; in Zeiten, in denen wieder Sündenböcke für alle tatsächlichen oder empfundenen Probleme gesucht und in Minderheiten gefunden werden – in solchen Zeiten tut die Stimme dieses aufrechten Propheten Christi einfach gut. Kaj Munk war Pfarrer an der dänischen Nordseeküste – und zugleich zu Lebzeiten der meistgespielte Dramatiker Dänemarks. Am 4. Januar 2019 jährt sich seine Ermordung durch ein Sonderkommando der SS zum 75. Mal. Paul Gerhard Schoenborn hat bereits die großen Theaterstücke Munks (und manche kleineren Perlen) einfühlsam ins Deutsche übertragen und im DPfBl mehrfach ausführlich über Kaj Munk informiert. Es ist sein großes Verdienst, dass man sich in Deutschland über den hier immer noch weitgehend unbekannten Munk ein vollständiges und gutes Bild machen kann. Nun hat Schoenborn fünf Predigten des dänischen Dichterpfarrers übersetzt und herausgegeben. Diese Predigten wurden seinerzeit

im Untergrund verbreitet und haben vielen Menschen Mut und Orientierung gegeben – und genau das können sie trotz ihrer Zeitbedingtheit auch heute noch, in der eingangs kurz angerissenen Situation.

Der Kern des Bändchens enthält drei Predigten, die Munk noch selbst 1943 herausgab. Schoenborn ergänzt sie durch zwei kurz vor Munks Ermordung entstandene und postum im Widerstand verbreitete Predigten. Ein Vorwort, eine Einführung und präzise Einleitungen zu den Predigten helfen, den historischen Kontext und die Bedeutung der Texte zu verstehen. Ein vorbildlich herausgegebenes und optisch wie haptisch ansprechend gestaltetes Büchlein! Kaj Munk versteht die Wahrheit des Glaubens nicht als abstrakte, überzeitliche Größe, sondern sucht sie in seiner konkreten Lage zu verstehen. Gerade das lässt seine zeitbedingten Worte heute leuchten. „Wenn wir Pastoren uns damit begnügen, Wechsel auf die Ewigkeit auszustellen, dann sind wir nicht mehr die Priester dessen, der niemals einen Wechsel ausschrieb, sondern wo immer er auch ging und stand und saß, die Ewigkeit einführte. (...) Wenn verzückte Christen darüber klagen, dass in der Kirche Politik gepre-



dig wird, so führen sie unchristliche Reden. (...) Im Hause Gottes sollen wir die Politik in ihrem Verhältnis zu Gottes Wort hören.“ (65) Diese Sätze stehen in Munks Predigt, die er trotz ausdrücklichen Verbots am 5. Dezember 1943 im Kopenhagener Dom hielt. Diese Predigt enthält auch diese klaren Sätze: „Wenn man hier im Lande mit der Verfolgung einer gewissen Gruppe unserer Landsleute anfängt, nur um ihrer Abstammung willen, dann ist es christliche Pflicht der Kirche zu rufen: Das ist gegen das Grundgesetz im Reiche Christi, die Barmherzigkeit (...). Geschieht das noch einmal, dann wollen wir mit Gottes Hilfe versuchen, das Volk zum Aufruhr zu bringen.“ Schoenborn weist darauf hin, dass Munk im Jahr 1938 mit seinem Theaterstück „Er sitzt am Schmelzriegel“ und einem offenen Brief an Mussolini „seine Landsleute (...) in hohem Maße gegen Rassenideologie und Antisemitismus des großen Nachbarn im Süden“ sensibilisiert

habe: „Eine Folge war, dass sich die Dänen im Herbst 1943 dem deutschen Versuch widersetzten, das Land „judenrein“ zu machen; sie retteten ihre jüdischen Mitbürger fast vollständig nach Schweden hinüber.“ (16) Munk gehörte dem Widerstand gegen die Besatzung selbst nicht aktiv an. Seine Waffe war das Wort. Doch dies war unmissverständlich: „Und ihr nun, meine Landsleute, die ihr in den Gefängnissen der Staatsgewalt schmachtet, weil ihr hörtet, wie euch die Stimme der Wahrheit aufrief – ich bitte zu Gott, dass ihr stark und treu sein möget gegenüber eurem eigenen Gefühl, recht gehandelt zu haben.“ (35) „Lasst Taten des Friedens aufmarschieren! Lasst die Menschen damit aufhören, Bestien zu sein und stattdessen zu lernen, Schritte auf dem Weg der Entwicklung zu tun, Menschen nach dem Bild Gottes zu werden.“ (46f.)

Es tut gut, Kaj Munk zu lesen.
Auch heute.



*Christian Hartung ist seit 1992 Pfarrer der Evangelischen Kirchengemeinde Kirchberg (Hunsrück) und Autor u. a. von Kriminalromanen.
christian@hartung-kirchberg.de*



Vorstandsmitglieder des Evangelischen Pfarrvereins im Rheinland:

Vorsitzender

Friedhelm Maurer, Gemünden (Hunsrück)

Telefon: 06765-557 -

Email: Friedhelm.Maurer@t-online.de

stv. Vorsitzender

Christoph König, Krettnach

Telefon: 06501- 9479916 - Email: cbdtkoenig@googlemail.com

Geschäftsführer

Gerhard Rabius, Meisenheim

Telefon: 06753-123634 - Email: gerhard.rabius@t-online.de

Kassenführer

Arnulf Linden, Bornheim

Telefon: 02227-7630 - Email: alinden@t-online.de

Schriftleiter

Stephan Sticherling, Düsseldorf

Telefon: 0152-21523490 - Email: stephan.sticherling@ekir.de

Beisitzerin

Karin Lang-Bendszus, Bonn

Telefon: 0176 801 182 88 - Email: lang-bendszus@epir.de

Beisitzer

Prof. Dr. Reinhard Schmidt-Rost, Bonn

Telefon: (0228) 73-7510 - Email: r.schmidt-rost@uni-bonn.de

Die nächsten Termine für den Evangelischen Pfarrerinnen- und Pfarrertag:

11. November 2019

9. November 2020

8. November 2021

im Uni-Club, Konviktstraße 9, 53113 Bonn

IMPRESSUM

INFO-Brief – Mitteilungen des Ev. Pfarrvereins im Rheinland e. V.

www.epir.de

Herausgeber: Ev. Pfarrverein im Rheinland e. V., Pfarrer Friedhelm Maurer (Vorsitzender), Panzweilerstraße 38, 55490 Gemünden.

Redaktion und Layout: Stephan Sticherling
eMail: stephan.sticherling@ekir.de
Telefon: 0152 21523490

Adressenverwaltung: Geschäftsstelle des Ev. Pfarrvereins im Rheinland, Pfr. i. R. Gerhard Rabius, Carl-Hellermann-Str. 29, 55590 Meisenheim

Druck: Gemeindebriefdruckerei, Martin-Luther-Weg 1, 29393 Groß Oesingen
Versand: Diakonie Werkstätten, Hans-Schumm-Str. 10, 55543 Bad Kreuznach

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin wieder und stellen nicht zwangsläufig eine Position des Pfarrvereins dar.



**Versicherer im
Raum der Kirchen**

Bruderhilfe · Pax · Familienfürsorge



DENN WOVON DAS HERZ VOLL IST,
DAVON SPRICHT DER MUND.

MATTHÄUS 12,34

HERZENS. SACHE.

Unsere ethisch-nachhaltige Kapitalanlage und ein fairer
Versicherungsschutz liegen uns besonders am Herzen.
Was so einzigartig daran ist, erfahren Sie hier:
www.vrk.de/ethisch-nachhaltig.

Filialdirektion Rheinland

Telefon 0201 24879500 · fd-rheinland@vrk.de · vrk.de

Folgen Sie uns



**Versicherer im Raum
der Kirchen**

Die Unternehmen erfüllen die Anforde-
rungen für das ECOreporter-Siegel
in der Kategorie „Nachhaltiger
Institutioneller Anleger“. Die strenge
Einhaltung der Kriterien für das Siegel
wurde im Januar 2017 geprüft.
Die Prüfkriterien sind einsehbar unter
www.ecoreporter.de/Nachhaltigkeitsiegel